

Er scheint täglich außer Montag. Preis pränumerando: Vierteljährlich 5,20 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Reise Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark. Monat. Einget. in der Post-Verwaltung Preussisch für 1896 unter Nr. 7377.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Lehrerpreis: Amt 1. Nr. 1508. Telegramm-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin".

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2. Sonnabend, den 11. Januar 1896. Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Kindenstein kontra Drechsler.

Eine neue Wendung hat das Nachspiel zum Fall Hammerstein durch eine Antwort des Grafen Kindenstein auf die vom Oberstaatsanwalt Drechsler gegen ihn im Prozess Rauch erhobenen Beschuldigungen genommen. Die "Kreuz-Zeitung" druckt heute einen augenscheinlich nach dem stenogramm gearbeiteten Bericht des hannoverschen Couriers über die Prozessverhandlungen ab. Im Anschluss daran veröffentlicht sie folgende Erklärung des Grafen Kindenstein:

Am 21. Juli 1895 ist der Kaufmann Hlinsch bei mir in Trostin gewesen und legte mir einen Vertrag aus dem Jahre 1890 vor, dessen Unterschrift, soweit ich mich erinnere, wie folgt lautete: Verlag der Neuen Preussischen Zeitung, Graf Kindenstein. Im Auftrage: Hr. v. Hammerstein. In diesem Vertrage war davon die Rede, daß der Verlag der Neuen Preussischen Zeitung von Hlinsch ein Darlehen von 200 000 M. für Zwecke der Kreuz-Zeitung erhalten habe. Ich ersuchte Herrn Hlinsch um die Erlaubnis, von dem Vertrage eine Abschrift nehmen zu dürfen. Hlinsch verweigerte dies. Am 25. Juli fand alsdann meine erste persönliche Vernehmung statt. Ich habe dem betreffenden Richter auf alle an mich gestellte Fragen ohne jeden Rückhalt geantwortet und auch bezüglich des Papierlieferungs-Vertrages nach der eigenen Aussage des Oberstaatsanwalts Drechsler entsprechende ausführliche Angaben gemacht.

Daß ich damals nicht bereits die in Frage stehende Fälschung ausdrücklich erwähnte, wie dies alsdann nach der umgehend am 1. August anderamteten Komiteesitzung in Gestalt einer entsprechenden Mitteilung an die Staatsanwaltschaft geschehen ist, erklärt sich daraus, daß ich selbstverständlich eine solche Anzeige erst nach Rücksprache mit dem Komitee im Auftrage desselben erstatten konnte. Da, wie gesagt, v. Hlinsch sich weigerte, mich eine Abschrift von dem Vertrage nehmen zu lassen, und ich bei einer so schwerwiegenden Angelegenheit nicht auf mein Gedächtnis allein angewiesen sein wollte, erging an den Hr. v. Hammerstein am 27. Juli nachmittags die telegraphische Aufforderung, sofort telegraphisch über dies Darlehensverhältnis Auskunft zu geben. Auf diese Depesche ging die telegraphische Nachricht ein, daß Hr. v. Hammerstein zu seinem Frankfurter Rechtsanwalt gereist sei und in wenigen Tagen selbst in Berlin eintreffen werde. Da dies jedoch bis zur Komiteesitzung am 1. August nicht geschehen war, ist alsdann an demselben Tage folgende Anzeige an die königliche Staatsanwaltschaft mit eingeschriebenem Brief abgefaßt worden:

Berlin, 1. August 1895. Der königlichen Staatsanwaltschaft mache ich im Namen des Komitees der Neuen Preussischen Zeitung die nachfolgende Mitteilung:

Am 21. Juli ist mir durch den Herrn Ferdinand Hlinsch - Lindenstraße 70 - ein Vertrag d. d. Berlin, 29. Juni 1890

nebst zwei Wechselsepten vorgelegt worden, dessen Unterschriften, soweit sie von mir herrühren sollen, gefälscht worden sind. Da unter dem fraglichen Vertrage auch die Unterschrift des Hr. v. Hammerstein steht, ist derselbe am Sonnabend, den 27. Juli, telegraphisch zur Erklärung über diese Thatsache aufgefordert worden, jedoch ohne daß dieser Aufforderung bis heute genügt worden wäre.

Wir ersuchen daher um gefällige weitere Veranlassung in dieser Angelegenheit.

J. A.: Graf F. v. Kindenstein. Diese Anzeige ist denn auch am 2. August bereits bei der königlichen Staatsanwaltschaft eingegangen. Nach der Ansicht des Herrn Oberstaatsanwalts Drechsler ist die Anzeige „zweideutig und räthselhaft“ gewesen.

Diese Bezeichnung dürfte angesichts des Wortlauts der Anzeige in Verbindung mit der Thatsache, daß ich selbst, der sie unterschrieben hatte, bereits am 25. Juli vernommen worden war und den Papierlieferungsvertrag dabei erwähnt hatte, wohl kaum zutreffend erscheinen. Würde die Staatsanwaltschaft damals irgend eine Aufklärung für nöthig erachtet haben, so wäre selbstverständlich nichts einfacher gewesen, als daß sie mich sofort vernommen ließ, während dies erst am 9. September, also über fünf Wochen nach Eingang der Anzeige geschehen ist. Nicht genug aber damit, daß diese so dringliche Angelegenheit betreffs meiner Vernehmung so lange ruhte, erging, datirt vom 17. September, ein Schreiben des Herrn Oberstaatsanwalts an mich, dessen Eingang wie folgt lautet:

In der kürzlich veröffentlichten Erklärung des Komitees der Kreuz-Zeitung ist mitgeteilt, daß dasselbe Veranlassung genommen habe, die Unterlagen für ein strafrechtliches Einschreiten gegen den Hr. v. Hammerstein der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Waslang ist indessen eine hieraus bezügliche Mitteilung des Komitees bei mir nicht eingegangen; wohl aber habe ich bereits anfangs Juli er. Veranlassung genommen, von Amts wegen den in den öffentlichen Blättern damals gegen den Freiherrn v. Hammerstein erhobenen Vorwürfen näher zu treten.

Da ich aus diesem Schreiben entnehmen mußte, daß die Strafanzeige vom 1. August auch noch am 17. September nicht zur Kenntniss der Staatsanwaltschaft gelangt war, ist darauf von mir dem Herrn Oberstaatsanwalt eingehender Bericht erstattet worden.

Wie unter Berücksichtigung dieser Thatsachen der königliche Oberstaatsanwalt Drechsler bei seiner Vernehmung als Zeuge und angesichts weiter der Thatsache, daß er unter völliger Ignoranz der Anzeige vom 1. August und meiner zweiten Vernehmung vom 9. September 1895 erst am 17. September weiteres Material eingefordert hat, sich dahin äußern kann, daß meinerseits die Sache verschleppt und verzögert sei, vermag ich

nicht einzusehen. Ebenso muß der weitere Vorwurf, daß die Depesche vom 27. Juli an den Freiherrn v. Hammerstein denselben veranlaßt habe, sich seitdem verdeckt zu halten, unzutreffend erscheinen. Denn der Oberstaatsanwalt Drechsler hat selbst bekundet, daß nach einer an ihn ergangenen Mitteilung des R. R. Bezirksamt Innsbruck auf seine erst am 29. September erlassene Depesche der Hr. v. Hammerstein sich bis vor drei Wochen, d. h. also bis etwa den 8. September, thätiglich sogar noch in Sibirien aufgehalten hat.

Ich fühle mich daher von einem etwaigen Vorwurfe, der mich in dieser Angelegenheit treffen könnte, in jeder Beziehung frei.

Berlin, den 9. Januar 1896.

In der vorstehenden Erklärung sucht der Herr Graf die schweren Beschuldigungen, die Oberstaatsanwalt Drechsler gegen ihn erhoben hat, zu entkräften und sich rein zu waschen. Er erzählt uns viel, scheitert aber wie alle Leute in ähnlichen Umständen an den Zahlen und Daten. Seiner eigenen Darlegung nach erhielt er am 21. Juli durch Hlinsch Kenntniss von dem famosen Darlehensverhältnis, wartete erst eine gerichtliche Vernehmung am 25. Juli ab, ließ dann noch zwei Tage verstreichen, und forderte am 27., also nach Verlauf von sechs Tagen, Hammerstein telegraphisch auf, sofort über dies Darlehensverhältnis Auskunft zu geben. Das sofort ist köstlich, nachdem sechs mal 24 Stunden vergehen worden sind.

Natürlich antwortete Hammerstein nicht; und Graf von Kindenstein wartet nun geduldig vier weitere Tage, bis zum 1. August, und erst dann entschließt er sich zu einer Mitteilung an die Staatsanwaltschaft. (Siehe den obigen Brief vom 1. August.)

Ist es so dem Grafen Kindenstein auch keineswegs gelungen, die gegen ihn aus dem Hannover'schen Prozesse hervorgehenden Vorwürfe der Verschleppung der Hammerstein-Sache völlig zu entkräften, so hat er doch Thatsachen zur Sprache gebracht, die eine sofortige Klärung des Oberstaatsanwalts Drechsler dringend erforderlich machen. Merkwürdigerweise ist diese Seite der Sache den meisten bürgerlichen Zeitungen, z. B. der "Voss. Jtg." und dem "Tageblatt", entgangen. Nur die "Nationalzeitung" schreibt, in diesem Falle mit anerkannter Objektivität, über die eskalierende Verzögerung des Erlasses eines Verhaftungsbefehls bis zum 9. September:

„Allerdings ist in der Anzeige Hammerstein nicht ausdrücklich als der Fälscher bezeichnet, aber einen etwaigen Zweifel hierüber konnte und mußte die Staatsanwaltschaft sofort

Das ist nämlich der Unterschied zwischen einem Schelm, der Bogt ist (Verwaltungsbeamter im Auftrag eines großgrundbesitzenden Patrons) und einem andern, der es nicht ist: der Schelm, den er auf sich hat, und der Eid, den seine Kreaturen schwören, wird zu einem Schilde, mit dem er alle Verbrechen decken kann. Wo er diesen Schild vorhält, da werden seine Lügen zur Wahrheit und die Wahrheit seiner Widersacher zu Dämonen.“

Das Buch machte ungeheneren Aufsehen, sein Verfasser war mit einem Schläge eine europäische Berühmtheit geworden und fand auch sein volles Vertrauen in sich selbst wieder.

Nebenher gingen volkreichendliche geschriebene Aufsätze für das "Schweizerblatt" und das "Volksblatt", sowie die weitere Erzählung "Christoph und Elfe" (1782) in Druck. Letztere Erzählung, weit weniger "realistisch", wie man heute zu sagen pflegt, ist voll von wohlbedachteter Kritik ungesunder Volkzustände und auch heute noch recht lesenswert.

Das Hauptwerk des großen Volksfreundes Pestalozzi aber ist eine Schrift, die man nicht mit Unrecht Rousseau's "Gesellschaftsvertrag" an die Seite gestellt hat. Das Wächlein ist betitelt: "Meine Nachforschungen über den Gang der Natur in der Entwicklung des Menschengehirns"; es erschien im Jahre 1797. Rousseau's Einfluss auf das Denken, das sich hier offenbart, ist auf jeder Seite erkennbar.

Die Reaktionäre und Mucker aller Spielarten bekommen in dieser Frucht dreijähriger Arbeit, nach vieljährigen Vorstudien geschriebenen, eine Menge gar harte Risse zu machen. Man hat sich damals durch das Mittel des Todtschweigens dagegen gewehrt (vergl. G. Jungfer, Rousseau und Pestalozzi, Basel 1885), die spätere Kritik nennt das Werk "verworfen", jedenfalls um von seiner Lektüre abzuschrecken.

Pestalozzi sucht darin die Fragen zu beantworten, was der Mensch ist 1. als Werk der Natur, 2. als Werk der Gesellschaft („des Geschlechts“), 3. als Werk seiner selbst. Die Antwort lautet im ersten Falle: ein Thier, im zweiten: ein Bürger, ein Wesen, das von seiner Thierfreiheit so viel dran giebt, als sein Wohlfinden ihm zu erheischen scheint oder als ihm durch das bestehende gesellschaftliche Recht abgedrungen wird; im dritten: ein sittliches Wesen, das in sich die Widersprüche seiner Thierheit und der Gesellschaft durch Selbzigucht und Selbstvervollkommnung auszugleichen sucht.

Aber auch auf der höchsten Stufe der Ausbildung läßt sich die materielle Natur, die Thierheit des Menschen nicht wegdisputieren, jedenfalls ist die Sittlichkeit für Pestalozzi das Allersubjektivste, Persönlichste, was es giebt. So ist ihm auch das gesellschaftliche Recht ganz und gar kein sittliches Recht, sondern eine Modifikation (Abänderung, Gestaltung) des thierischen.

Pestalozzi.

Zum 150. Geburtstag des großen Volksfreundes.

Schon lange, ach! seit meinen Jünglingsjahren wachte mein Herz, wie ein mächtiger Strom, einzig und einzig nach dem Ziel, die Quelle des Glüdes zu küssen, in die ich das Volk um mich her versunken sah.“

Pestalozzi.

Die Schweiz begehrt am 12. Januar 1896 festlich den 150. Geburtstag eines ihrer größten Bürger, den Johann Heinrich Pestalozzi's. Er ist zu Zürich als Sohn eines Arztes geboren, verlor aber seinen Vater schon in seinem sechsten Lebensjahre und wuchs, wie er selbst sagt, unter seiner Mutter und deren Gehilfin Aufsicht als „ein Weiber- und Mutterkind“ auf, was offenbar auf die Entwicklung seines ganzen Naturells von wichtigem Einfluß war. Das tief entwickelte Gemüthsleben, wie auch die Unfähigkeit, mit den rohen und kalten Thatsachen des geschäftlichen und praktischen Lebens sich kräftig abzufinden, das alles hängt sicher mit seiner Jugendberziehung ohne Leitung einer männlichen Hand zusammen. Auch seine lebenslang bewährte kindliche Frömmigkeit — nicht Kirchlichkeit! — scheint mütterliches Erbe zu sein. In früher Jugend zeigte sich aber auch schon sein glühendes Gerechtigkeitsgefühl, sein eifriger Jörn über Unterdrückung jeder Art; als Mitglied des von Lavater, Goethe's Jugendfreund, gegründeten „Freundesbundes“ fand Pestalozzi Gelegenheit, diese Tendenz zu betätigen bei den Angriffen des Bundes auf schlechte Pfarren, den Kunstmeister Brummer und den ungerechten Landvogt Gruber.

Nach seiner Vorbereitung durch die Lateinschule bezog Pestalozzi die Universität, um Sprachen und Theologie zu studieren. Ein Fachkampf, der ihn bei Gelegenheit seiner Probepredigt auf der Kanzel überfiel, ließen ihn die Theologie an den Nagel hängen und sich dem Rechtsstudium zuwenden. Dieses befriedigte ihn freilich auch nicht, es hinterließ nur eine literarische Folge, das Wächlein Pestalozzi's über Gesetzgebung und Kindermord (Zürich 1783). Juristische Deduktion findet sich in dieser glühend bereiten Abmahnung von Hinrichtungen der Kindesmörderinnen freilich weder wenig. Vergebens fließt das Blut deiner Kindermörderinnen, Europa! Laß deine Herrscher aufheben die Ursache ihrer Verzeihung, so wirst du ihre Kinder erretten! Das ist der Hauptinhalt des verhältnismäßig umfangreichen Werkes.

Eine schwere Krankheit sowie das Studium des Rousseau'schen „Natur-Georgeliums“ bestimmten Pestalozzi, Landwirth zu werden. Er kaufte 1788 ein Grundstück nahe dem Dorfe Yver und nannte sein Anwesen Naufel. Dort suchte er neue Kulturen einzu-

führen und dem Stück Oedland Erträge abzugewinnen, wobei der unglückliche Mann Schiffbruch litt und ein gut Theil des Eingekommenen seiner 1789 gebliebenen treuherzigen Frau, Anna Schallheiß, einer begüterten Züricher Kaufmannstochter, zubrochte, wie man zu sagen pflegt.

1775 errichtete er, nachdem er die elende Lage des ländlichen Proletariats gründlich kennen gelernt hatte, eine Armenanstalt für Kinder, in der er Rousseau's Grundzüge naturgemäßer Erziehung zu verwirklichen suchte, nicht ohne sie in dem Sinne wesentlich zu berichtigen, daß er das Erziehungsgesicht als bewußte Kunstthätigkeit betrachtete, welche die natürliche Entwicklung des Kindes zu fördern habe.

Nun lebte er ganz den gegen 30 Proletariatskinder, die er sich sozusagen von der Straße anfas und pflegte, fleidete und in seiner Weise belehrte, sie anleitete, mit Bewußtsein zu sehen, zu hören und richtig zu sprechen, weiter aber auch Handfertigkeiten sich anzuweignen. Pestalozzi klagte sich selbst später an des bei begeisterten Erzieheren oft zu bemerkenden Fehlens, „zu höheren Stufen des Unterrichts vorzueilen, ehe die niederen begründet sind“. Er gerieth in Schulden, die Gönner des Unternehmens zogen sich zurück und 1780 mußte dasselbe eingehen. Die Schrift „Die Abendstunden eines Einsiedlers“ legen Zeugniß ab von der Niedergelassenheit des lähnen Reformators nach diesem Unfall. Das Buch bekundet aber weiterhin auch die innige Theilnahme mit den Leiden des armen Volkes, die in wichtigen Sägen sich aussprach, die einen edel sozial-reformatorischen Geist athmeten.

Ein satirischer Aufsatz über das Bestreben gewisser militär-begeisterter Züricher, die bisherigen „krummen Richter vor dem Diabthaus“ mit wohlgedrillten Soldaten zu vertauschen, erregte in der Handschrift die Aufmerksamkeit des Malers Füßli, der darin das Talent Pestalozzi's zum Volks-Schriftsteller richtig erkannte.

Man gab Pestalozzi einen diesbezüglichen Wink und er schrieb die erschütternde Tragödie einer von einem schuftigen Bogt in Noth und stillen Verfall gebrachten Dorfgemeinde, nach dem im Vordergrund stehenden Ehepaar „Dienhard und Gertrud“ betitelt, die zugleich einen Hymnus auf den Erzieherberuf des Weibes darstellt. (Zürich 1781-85“).

Der Hauptreiz des Buches besteht in seiner bis dahin nie dagewesenen Naturtreue und der Schilderung des Lebens der Arbeiter und in dem glühenden Jörn über deren Verderber.

Ein Satz aus dieser Volkserzählung mag eine Witterung geben, was Pestalozzi den Lesern für ein Gericht vorsetzte:

*) Billigste Ausgabe: Neclan's Universal-Bibliothek Nr. 434 bis 437.

ausführen. Angesichts der Erklärung des Grafen Finkenstein...
erschien es sehr bedauerlich, daß dieser nicht als Zeuge zu der
Strafkammer-Verhandlung in Hannover geladen war. Eine dem
zweiten Teil seiner Erklärung entsprechende Aussage wäre,
falls Oberstaatsanwalt Drescher sie nicht etwa widerlegen konnte,
vielleicht für das Urtheil gegen den an-
geklagten sozialdemokratischen Redakteur
von Belang gewesen. Jedenfalls wird die hiesige Staats-
anwaltschaft auf die Angaben des Grafen Finkenstein nicht
schweigen dürfen.

Hauptächlich wird Herr Drescher sich noch näher
darüber äußern müssen, wie die Staatsanwaltschaft dazu
kam, jenen Finkenstein'schen Brief vom 1. August einem
neuen Untersuchungsrichter als „Sache Flinsch“ zu
übergeben und dieses wichtige Aktenstück der „Sache
Hammerstein“ zu entziehen. Stellt man sich selbst
einmal auf den Boden der Drescher'schen Auffassung,
daß der Brief zweideutig war, so war er doch jeden-
falls nicht eindeutig belastend für Herrn Flinsch,
sondern mindestens ebenso belastend für Herrn v. Hammer-
stein. Herr Drescher hat aber selbst erklärt, daß die Staats-
anwaltschaft nur auf die Suspension Hammerstein's, die
am 9. Juli erfolgte, gewartet habe, um energisch gegen
ihn vorzugehen. Wie konnten da der nämlichen Behörde noch
Zweifel aufkommen, ob vielleicht auch auf Grund des Finken-
stein'schen Briefes vom 1. August neue Anklagemomente
gegen diesen sowieso schlimm verdächtigen Mann sich ergaben?
Momente, die die Ueberweisung des Finkenstein'schen Briefes
an den Untersuchungsrichter in der Hammerstein-Sache rathsam
machen? Da mußte erst bei Finkenstein um nähere
Erläuterung gebeten werden und mittlerweile wanderte der
Brief in eine andere Rubrik hinein. Die Auskunft-
erlangung bei Finkenstein verzögerte sich aber bis zum
— 9. September durch dieses, durch jenes Hinderniß!

Das spricht nicht für den kriminalistischen Scharfsinn
und die kriminalistische Schnelligkeit der Berliner Staats-
anwaltschaft.

Weitere Aufklärung ist dringend erforderlich. Vielleicht
wird sie dadurch herbeigeführt, daß das Reichsgericht dem
Revisionsantrage unseres Genossen Rauch stattgibt.

Wehlan.

Den potentesten und uniformsten Vertretern von Ordnung,
Sittlichkeit und Religion wird dieser Name noch lange unangenehm
in den Ohren klingen. Nicht genug, daß der schneidige Affektor,
des Deutschen Reiches Vizelanzler in Kamerun, durch unerhörte,
schauerliche Grausamkeiten den deutschen Namen schändete, er fand
auch noch deutsche Richter, die seine Verbrechen äußerst milde be-
urtheilten: zum einen Halle Wehlan kam so der andere. Und der
eine ist genau so charakteristisch, genau so bemerkenswerth, fordert die
sorgsame Betrachtung genau so wie der andere.

Als Grundlagen zu dem Disziplinarverfahren gegen Wehlan
dienten seine, unseren Lesern aus dem Prozessbericht hinlänglich
bekannten Thaten; solche Abscheulichkeiten pflegen sich dem Gedächtniß
eines mitsühlenden, entrüsteten Menschen mit eiserner
Schärfe einzubohren, und wir brauchen deshalb nur das aller-
wesentlichste kurz zu rekapitulieren:

Es wird Wehlan zur Last gelegt, daß er durch Folterung
Geständnisse erzielt habe. Ein Polizeisoldat namens Agatje war
beschuldigt, einen Koffer gestohlen und den Inhalt an einen
Neger verkauft zu haben. Agatje wurde aufgefordert, den Mann
zu nennen, dem er die Sachen verkauft habe. Da Agatje be-
theuerte, daß er den Mann nicht kenne, so ordnete Wehlan an, Agatje
solle so lange mit einer Flußpferdpeitsche gepeitscht
werden, bis er den Mann nenne. Nach einigen Tagen wurde
ihm gemeldet, daß das Schlagen nichts nütze. Darauf befahl
Wehlan, dem Agatje noch täglich zehn Hiebe zu geben.
Ein Boy, der im Verdacht stand, dem Angeeschuldigten
Zigarren gestohlen zu haben, wurde mit zwanzig
Hieben bestraft. Ein Koch hatte ein fettes Huhn gestohlen.
Wehlan ordnete an, daß er 15 Tage lang 15 Hiebe erhalte, und
zwar so, daß es durchkommt. Der Gouvernementsdolmetscher
Eted's hatte Kleidungsstücke, bares Geld und Spirituosen ge-
stohlen. Dieser wurde von Wehlan mit Fußstritten regaliert.
Wehlan hat außerdem verfügt, daß Eted's 15 Hiebe
mit einer Gummipeitsche, einem Instrument,
das mindestens ebenfals Schmerzen wie die Flußpferd-
peitsche verursacht, erhalte, und zwar, daß es durch-

kommt. Wehlan geriet schließlich dazwischen, daß er
verfügte. Eted's solle ein Strich um den Leib gelegt, über Bord
geworfen werden, so daß er die Wassertiefe erhalte. Eine Ver-
nehmung des Eted's hat nicht stattgefunden. Einem Polizei-
soldaten, namens Claffar, der den Gehorsam verweigert hatte,
ließ Wehlan zwanzig Hiebe geben, daß es durchkommt,
alsdann ließ Wehlan den Claffar in Ketten legen, ins Gefängniß
sperrten und ordnete an, dem Claffar nur Bananen und Wasser
zu verabreichen, und zwar nur so viel, daß er nicht verhungere.
Weiter hat Wehlan bei einem Streikzug gegen ausländische
Neger drei Gefangene gemacht. Ein Koch der Wörmann'schen
Faktorei begünstigte die Flucht eines dieser Gefangenen. Wehlan
ordnete an, daß die zwei Gefangenen und der er-
wähnte Koch todtgeschlagen werden. Die drei
Gefangenen wurden unter Puffen und Stößen ans Land ge-
schleppt, so daß sie dadurch schon halbtodt waren. Alsdann
wurden sie durch Stöße ins Genick und Schläge
auf den Kopf getödtet. Die drei Leichen, die ganz
entsetzlich aussahen, blieben bis zum folgenden Tage am Strande
liegen.

Das alles hat die Anklageschrift vorgebracht, das hat die
Verhandlung bewiesen; und doch haben die Scheußlichkeiten, die
von dem Vertreter der Staatsgewalt, dem Legationsrath Dose
als Rohheiten bezeichnet wurden, wie man sie von einem
gefitteten Menschen nicht für möglich halten sollte! — und
doch haben nicht sie den Grundton der Verhandlung ab-
gegeben. Mit aller Gewalt wurde dagegen, der strenge
aber gerechte Mann in den Vordergrund geschoben: als ob
seine Hobbies zarte Schattierungen waren, durch die die
Konturen des strengen aber gerechten Mannes nur um so
deutlicher hervortreten sollten. Es giebt einfach keinen Ausdrück
für das Verhalten eines Mannes wie Wehlan in unserer Sprache;
er hat sich sittlich von unserer Gemeinschaft losgelöst, er hat sich
jenseits von Gut und Böse gestellt und ist deshalb für unser
Volk inkommunikabel geworden. Solche abgetrennten
Glieder eines Organismus sterben, sie verdorren und vergehen...

Aber wie kamen, so fragt man unwillkürlich, wie kamen die
Richter in Potsdam zu einer so ungleich mildernden Auffassung
der Verbrechen Wehlan's? Wie konnten sie ihn für würdig
halten, noch ferner ein ihnen gleichberechtigtes Mitglied der
Beamtenhierarchie zu sein? Haben sie denn kein Gefühl für die
unfähigen Leiden der armen Kameruner, die durch kein
Geseß geschützt sind gegen die Brutalitäten ihrer
weißen Peiniger? Haben sie in ihrem Herzen keine Neigung
mehr für die ergreifende Lehre von der Gleichwerthigkeit aller
Kreatur, die Menschenantheit trägt? O, daran zweifeln wir nicht;
die Herren sind Christen, sie sind Beamte von empfindsamer
Ehre, sie sind getreue Ausleger des Rechtes.

Aber gerade das Recht vermag in diesem Falle, denn
„unsere schwarzen Brüder“ sind rechtlos; über das Zuchtigungs-
recht in unseren Kolonien und über die Grenzen eines solchen
Zuchtigungsrechtes giebt es keinerlei Vorschriften, — was für
schneidige Kolonisationsdenken ungewissenhaftestem Vorzug hat, daß sie
keine verletzen können. Darum sind auch im Disziplinar-
verfahren derartige Ausdehnungen unserer afrikanischen
Kulturfragen so schwer fassbar: einer bezeugt immer dem
andern, daß es „ohne Schläge“ nicht gehe, daß die
Schinderleien „landesüblich“ seien und so fort mit Grazie.
Das heißt eigentlich nichts anderes, als daß die farbigen Bewohner
deutscher Kolonien eigentlich noch unter Sklavenrecht stehen,
daß sie noch als Sachen, nicht als Personen gelten; und
eine Sache — nun, die kann man mißhandeln, schlagen, ver-
nichten, kurz mit ihr machen was man will. Darum können auch
Vergehen, wie die Wehlan's, vor einem Disziplinar-Gerichts-
hof nie so streng bestraft werden, als wenn sie gegen rechtlich
geschützte Subjekte begangen wären: die Richter haben Geseße
angewandt, nicht zu schaffen.

Aber sie sind nicht nur Fieber und Ausleger des Rechtes:
sie sind auch Angehörige einer bestimmten Gesellschaftsform, sie
sind einer Konvention unterworfen, gegen die alle Gebote
der Religion an Kraft zurücktreten, sie sind unbewußt die Träger
der unserer Gesellschaft eigenthümlichen Sittlichkeitsbegriffe. Ein
in der gesellschaftlichen Entwicklung der Menschheit höchst
bemerkenswerther Prozess hat dahin geführt, daß wir
dem Begriffe der Sittlichkeit neben dem allge-
meinen noch einen besonderen Inhalt geben, nämlich
den der geschlechtlichen Zurückhaltung. So ist
ein „unfittliches Mädchen“, das sich dem Manne hingiebt,
und mag die höchste Sittlichkeit es treiben; so spricht man
von der „Unfittlichkeit auf dem Lande“ und meint nicht damit
die schreckliche Ausbeutung ländlicher Proletarier und Prole-
tariinnen, sondern die den Lebensgewohnheiten schlichter Leute
entsprechenden geschlechtlichen Zustände. Und gegen

eine Sünde wider die geschlechtliche Sittlich-
keit verstoßt die schwärzeste That, d. h. wohlgeübt, nur, wenn
die „Unfittlichkeit“ offenbar wird — denn im Geheimen
und Verborgenen, da feiert Venus noch heute Triumphe.
Der Kampf zwischen dem unzählbaren Naturtrieb und den
Forderungen der konventionellen „Sittlichkeit“ hat unserer
modernen Gesellschaft jenen eigenthümlichen Geisteszustand ge-
schaffen, den wir „Prüderie“ nennen. Ein unheilvoller,
Wärde und Wahrheit vernichtender Geisteszustand, aber ein
natürlicher Sproß der gesellschaftlichen Entwicklung.

Und hier haben wir wohl den Schlüssel zum Verständniß
des Potsdamer Urtheils gefunden: weil Wehlan keine „Un-
fittlichkeiten“ begangen hat, weil er nicht, wie weiland
sein Kollege Leist, sich Pfandweiber nächtllicherweile in buhler-
ischer Lust herbeischleppen ließ — darum ist er würdig und
wohlgeschick, in Ehren graue Haare als deutscher Beamter
zu bekommen. Die Prüderie der modernen Ge-
sellschaft hat ihn gereitet, deren äußerliche Wohlstandig-
keit sich so schön verträgt mit dem Lob des „verschwiegenen
Vasiers“.

Ist darum das Urtheil gerecht? Ist es überhaupt nur
gerecht? Das mögen Leute entscheiden, die mit feststehenden
Moralitätsbegriffen an die Lösung solcher Fragen herantreten.
Und genügt es, einmal festzustellen, daß es aus dem Geiste der
herrschenden Klassen geboren ist, und daß es zum anderen im
Volk keinen Widerhall finden konnte, weil eben das Volk
anderen Geistes ist. Da ist ein Streit unnütz, wo ein gemein-
samer Kampfboden fehlt.

Was nun die weitere Behandlung der Sache anlangt, so
müsse der Staatsanwalt sich noch mit ihr befassen, wenn die
Neger als Menschen im Sinne unseres Strafgesetzbuchs an-
erkannt würden. Unzweifelhaft hat Wehlan nach der An-
klageschrift gegen folgende Paragraphen des Reichs-Strafgeset-
zbuchs sich vergangen:

§ 211. Wer vorsätzlich einen Menschen tödtet, wird
er die Tödtung mit Ueberlegung ausgeführt hat, wegen...ordes
mit dem Tode bestraft.

§ 339. Ein Beamter, welcher durch Mißbrauch seiner
Amtsgewalt oder durch Androhung eines bestimmten Miß-
brauchs derselben jemand zu einer Handlung, Duldung oder
Unterlassung widerrechtlich nötigt, wird mit Gefängniß
bestraft.

§ 340. Ein Beamter, welcher in Ausübung oder in Ver-
anlassung der Ausübung seines Amtes vorsätzlich eine Körper-
verletzung begeht oder begehnen läßt, wird mit Gefängniß nicht
unter drei Monaten bestraft.

Ist die Körperverletzung eine schwere, so ist auf Zuchthaus
nicht unter zwei Jahren zu erkennen.

§ 343. Ein Beamter, welcher in einer Untersuchung
Zwangsmittel anwendet oder anwenden läßt, um Geständnisse
oder Aussagen zu erpressen, wird mit Zuchthaus bis zu fünf
Jahren bestraft.

§ 345. Gleiche Strafe (Zuchthaus) trifft den Beamten,
welcher vorsätzlich eine Strafe vollstrecken läßt, von der er
weiß, daß sie überhaupt nicht oder nicht der Art oder dem
Maße nach vollstreckt werden darf.

Welchen Verlauf nun auch die Sache weiter nehmen mag:
Der Fall Wehlan wird immer ein bedeutungsvolles Zeichen für
den fortschreitenden sittlichen Verfall der Bourgeoisie bleiben.

Daß selbst unsere politischen Antipoden ähnlich urtheilen
wie wir, geht aus einem telegraphisch übermittelten Leitartikel
der „Kölnischen Zeitung“ hervor. Derselbe wendet sich in überaus
scharfer Weise gegen das Urtheil des Disziplinar-Gerichtshofes zu
Potsdam im Prozess Wehlan, wodurch den Deutschen die Schamröthe
ins Gesicht steigen müsse, wenn man sich vorstelle, daß im Aus-
lande die sittlich-rechtliche Denkmäler des deutschen Volkes
nach den Entscheidungsgründen dieses Urtheils beurtheilt werden
könnte. Das Urtheil werde vom auswärtigen Amte bestimmt
aufgehoben werden. Die „Köln. Ztg.“ betont, es wäre
wünschenswerth zu erfahren, auf Grund welcher gesetlichen oder
völkerrechtlichen Vorschriften der Gerichtshof ein Tödtungs-
recht des Angeklagten angenommen habe. Wehrlöse Ge-
fangenen zu tödten, sei eine Sitte verübte
Barbaren und wilder Naturvölker. Die ganze
Angelegenheit bilde eine der traurigsten Episoden in
der deutschen Kolonialgeschichte.

Politische Ueberläßt.

Berlin, 10. Januar.

Der Reichstag konnte auch heute die schläfrige Stim-
mung nicht abschütteln, die bleiern über der gestrigen
auf die Leichtigkeit der Eingriffe in die Tasche
der Bürger.

Was ist aber davon die Folge?
Der Mißbrauch der Macht plangt sich beim ungeborenen
Zustand des Menschen von Anfang an hinüber in den gefälligen
Zustand und verwildert denselben. Das ist das ewige Geseß,
daß sich das tierliche Wesen immer zum Uebergewicht seines
Thierfusses und seiner Thierkraft lenkt und daß der Mensch,
der mächtig und thierisch zugleich ist, zu der Schwäche seines
Gehirns (= zu den Schwächen) sagt: Du bist um meiner-
willen da. An den Ketten der Macht, die kein Recht kennt,
sinkt der Mensch wieder zu aller Unbehilflichkeit und Gefähr-
losigkeit seines verdorbenen Naturzustandes herab, dann nähert
sich die Auflösung der Staaten durch das Allgemeinwerden des
inneren Gefühls des Sanctulottismus.

Mit dem Sprüchlein: Die Religion muß dem Volke erhalten
bleiben, weiß Pestalozzi dagegen auch nicht recht anzufangen:
„Die Religion“, meint er, „muß Sache der Sittlichkeit sein, als
Sache der Macht ist sie ihrem Wesen nach nicht Religion, und
das Finanzegeheiß der durch ihre philosophischen Irthümer
und durch ihre politischen Gewaltthätigkeiten bankrott gewordenen
Staatskünstler, daß wir wieder zur Religion zurückgekehrt
werden müßten, dieses Finanzegeheiß einer Staatskunst, die,
nachdem sie das Menschengeschlecht auf das Neueste gebracht
hat, sich nun auch selber auf diesem Neuesten findet, wird uns,
so wie es ist, weder zur Religion, noch zur Sittlichkeit, noch
irgend wohin bringen.“

Wir sind durch die Gewaltthaten und das Naturleben ihrer
Selbstsucht selber aller Empfänglichkeit für ihre Großmutter-
künste beraubt worden und wären nun, wenn wir auch wollten,
nicht mehr im Stande, an (heute: auf) diesem Seil, das sie uns
selber verächtlich gemacht haben, für sie fortzuhalten zu tanzen und
für sie fortzuhalten Brot zu verdienen.

An anderer Stelle lesen wir:
Die Masse des Volkes hat keinen Begriff von seinem gesell-
schaftlichen Recht — also auch keinen gesellschaftlichen Willen;
und Verkleinerungsmittel unserer bürgerlichen Entmannung sind
weder ein Erbsaß des mangelnden bürgerlichen Rechtes, — noch
ein Fundament einer wahren gesellschaftlichen Ordnung — und
die Gewaltordnung, die die Macht nicht für das Menschen-
geschlecht, sondern für ihren Dienst einrichtet, ist noch schlimmer
als das Uebel, das uns die Hege gelockt hat.

Zu solchen radikalen Folgerungen kommt unser Denker gemäß
seinem Grundsatz: Nur Betrüger und Betrogene berühren die
Ursachen nicht, wenn von Wirkungen die Rede ist.
Wir hören auf mit Anführen, am besten wäre wohl eine
vielleicht gekürzte Neu-Ausgabe dieses hochbedeutenden Wertes
des großen Anwalts der Etablieren.

Höchst interessant müßte auch eine Vergleichung der Arbeit
Pestalozzi's mit Schiller's ästhetischen Briefen ausfallen, die
offenbar auch stark von Rousseau beeinflusst sind. Doch ist
hier dazu nicht der Raum vorhanden. Ebenso wenig dazu,
Pestalozzi's unsterbliche Verdienste um das Erziehungs- und
Volksschulwesen zu würdigen.

Die Ideologen werden freilich entrüstet ausrufen: wo bleibt
da die göttliche, die sittliche Weltordnung, der Rechtsstaat und
wie die schönen Dinge alle heißen. Aber wenn man wirklich
logisch denken und mit beiden Füßen fest auf dem Grunde der
gegebenen und beobachteten Thatfachen stehen bleiben will, so
bleibt einem nichts übrig, als jene schönen Sachen: sittliche
Weltordnung, Rechtsstaat u. s. w. für überlebte Begriffe
zu erklären, über deren Inhalt alle Menschen unter
einen Hut zu bringen ein schwer Stück ist. Alle
solche Begriffe kristallisieren sich aus den Tausenden
und Millionen von sinnlichen Einzelerfahrungen, die jeder
in Natur und Leben, in sich selbst und in der menschlichen Ge-
sellschaft macht. Das, was uns allen erkennbar gemeinsam ist,
bleibt am Ende doch die materielle Seite unseres Wesens
und Daseins, die irdische, leibliche oder wie Pestalozzi sagt:
(thierische Seite.)

Das mag verkehrt klingen, ist es aber nicht. Von unserer
animalischen Natur, — wenn das Fremdwort besser klingen mag,
bezeichnet es doch dieselbe Sache! — können wir nicht abstrahieren,
nicht absehen, sie ist da und zwar weit fester fassbar,
erkennbar und beurtheilbar wie alle ideologischen Begriffe, die sich
beiläufig ganz folgerichtig aus den materiellen Dingen und ihrer
Beobachtung durch unsere Sinne in ihrer Entwicklung erkennen
lassen.

Der Grund der Unterwerfung des Menschen unter das ge-
sellschaftliche Recht ist nach Pestalozzi „Selbstsorge“; Lebens-
sorge nennt es Lippert und führt auf diese alle sittlichen Be-
griffe zurück, die nach ihm deshalb nicht primär, sondern
sekundär sind.

Der dem Staat und seiner Macht sich Unterwerfende hat
nach Pestalozzi „Anspruch an eine weise Organisation des bürger-
lichen Erwerbs, an gesetzliche Sicherstellung der niederen Rechte,
an gesicherte und allgemeine Volksbildungs-Anstalten, an Schutz
eines jeden, dem Armen möglichen Erwerbs, an gesetzlicher
Beschränkung der Reichen in jeder gemein-
schädlichen Benutzung ihrer Fonds“.

Eigentum und Besitz auf sittliche Wurzeln zurückzuführen,
erklärt Pestalozzi für unmöglich.

Eine ursprüngliche Rechtmäßigkeit des Besitzstandes oder
eine Möglichkeit, den ursprünglich rechtmäßigen Besitzstand zu
sondern, vermag ich mir nicht zu denken.

Die Frage nach dem Ursprung des Besitzes, erklärt Pestalozzi
weiter, geht uns auch weiter nichts an, — aber wie er ge-
braucht wird und wie er gebraucht werden
dürfe, das geht uns unendlich viel an. Mit
dem Besitz müsse die Ruhegebungsbeschränkung
wachsen und dabei handle es sich „mehr um Grundsätze als
um Almosen, mehr um Rechtsgefühl als um Spitäler, mehr um
Selbstständigkeit als um Anbenden“.

*) Man vergleiche dazu Goethe's prächtigen Ausspruch, das
Religion, Verfassungen u. dergl. „polierter Nationen“ nichts sind
als „Draperie (Gewandung), von der man höchstens sagen kann,
wie sie der Nation ansteht“.

Dabei sollte die Rede und sogar die Quelle des Meyer-
schen Witzes zum Vertrauen gebracht hatte. Die „Börse-
reform“ zieht nicht mehr, weil die Börse selbst
zu sehr zieht, und weil die Hauptstimpfrolle
entweder selbst, oder in der Person von Freunden,
Genossen, Kollegen oder gar „Führern“ die Macht und die
Kraft der bösen aber mitunter sehr freigebigen Zauberein-
tönen gelernt haben. Kurz, die Debatte war wieder lang-
weilig. Erst nachdem die zwei ersten Redner des heutigen Tages:
der nationalliberale C u n y und der Zentrumsmann F r i e n
die Geduld der kleinen Zuhörerschaft durch gähnenverursachende
Gemeinplätze auf die härteste Probe gestellt hatten, gelang
es unserem Redner Schoenlank durch seine sachkundigen,
das Wesen der Börse beleuchtenden, nach vielen
Richtungen hin scharf treffenden Ausführungen die
Debatte auf ein höheres Niveau zu erheben und für
eine halbe Stunde die Aufmerksamkeit des — allerdings
bei weitem nicht beschlußfähigen Hauses zu fesseln. Der
Fortschrittler Fischel, der nach dem Sozialisten das Wort
ergriff, predigte das orthodoxe Evangelium des Heiligen
Manchester, verhielt sich jedoch so allgemein als möglich,
sodas sein Nachfolger und Antipode, der Antisemit Liebermann
von Sonnenberg, kein Angriffsobjekt fand und seufzend erklärte,
sich „objektiv und ganz ruhig“ verhalten zu wollen, was bei
Herrn Liebermann von Sonnenberg bedeutet, daß er keine
Juden verpfeifen und nicht schimpfen will. Wenn aber
Herr Liebermann von Sonnenberg keine Juden frist und
nicht schimpft, ist er zum Sterben langweilig. Und so be-
werkstelligte diese seine Ankündigung eine phänomenal schnelle
Seezung des Hauses.

Und Herr Liebermann von Sonnenberg war noch lang-
weiliger, als die stehenden Kollegen befürchtet hatten.
Für heute war das Haus unfähig, weitere Redner an-
zuhören. Und nach einigen Bemerkungen des Reichsbau-
Direktors Koch und des Ministers v. Berlepsch, und einer Reihe
von persönlichen Bemerkungen vertagte sich das Haus bis
morgen, wo die Börsen-debatte fortgesetzt und zu Ende ge-
führt werden wird.

Der Reichstag ist der Börsen-debatte müde. Das
Thema kam unter ganz anderen Bedingungen auf die
öffentliche Tagesordnung, und die jetzige Temperatur
unterscheidet sich von der damaligen wie Winter
von Sommer. Ein Sommervergügen im Freien läßt sich
nicht im Winter fortsetzen. Und dazu kommt noch: über
den Waffern der Börsen-reform schwebt seit Monaten
S a m m e r s t e i n ' s G e i s t .

Morgen: Fortsetzung der heutigen Tagesordnung und
Margaritengesetz.

Zwei Nachwahlen aus dem Reichstage haben
gestern stattgefunden. Es liegen vorläufig bloß Teil-
resultate vor. Aus Meß wird uns depechiert: von 8379
eingeschriebenen Wählern der Stadt Meß stimmten bloß
3658. Davon erhielt unser Genosse Martin 1446,
der Protestlerisch-Klerikale Pierson 1849 Stimmen.
Aus 28 Gemeinden liegt noch kein Resultat vor, in den
übrigen erhielt Martin 8094, Pierson 7894 Stimmen.
Bei der Hauptwahl 1893 erhielt der Elässer 9895, ein
antisemitischer Kandidat 8407 und Liebknecht 8458
Stimmen.

Aus dem Kreise Diedenhausen-Volchen wird
uns gemeldet, daß bisher bloß die Resultate von 800 Ge-
meinden aus den 420 des Wahlkreises vorliegen. In diesen
erhielt Genosse Schleich 1067, der Regierungskandidat
Chariton 1948. Nach dem Wolffischen Bureau hat Chariton
bisher 6369, Schleich 1876 Stimmen erhalten.

In Volchen-Diedenhausen erhielt bei der Hauptwahl der
Elässer 15 083 Stimmen, ein reichsparteilicher Kandidat
3979, der sozialdemokratische Kandidat 504 Stimmen.

Wir haben also einen sehr großen Stimmengewinn zu
verzeichnen. —

Die Südafrikanische Republik, wie die amtliche Be-
zeichnung des Transvaals lautet, ist nur insofern kein
völlig unabhängiger Staat, als sie zur Genehmigung ihrer
Verträge mit fremden Mächten der Genehmigung der
englischen Regierung bedarf. Von verschiedenen Seiten
verlautet jetzt, die Regierung zu Pretoria beabsichtigt die
Aufhebung dieser Klausel des Vertrages von 1884
zu verlangen, da die englische Regierung es nicht
verstanden habe, sie vor einem Angriff durch englische
Unterthanen zu schützen. Sollte England sich dieser be-

rechtigten Forderung widersetzen, so würde das Transvaal
wahrscheinlich an die europäischen Mächte
appellieren.

Wie berechtigt diese Forderung ist, geht aus einem
Sündenregister hervor, das das radikale „Daily Chronicle“
der Chartered Company und Sir Cecil Rhodes vorhält:
1. Dr. Jameson, der Anführer des Zuges, war der Haupt-
beamte der Chartered Company; 2. seine Streitkraft war stark,
führte Schnellfeuer-Geschütze und konnte nur in einem gewissen
Zeitraum zusammengebracht werden; 3. Oberst Rhodes, Cecil
Rhodes' Bruder, besand sich in Johannesburg während der
Ausländerbewegung, und man nimmt an, daß er mit dieser enge
Führung hatte; 4. Herr Rhodes ist einer der geschäftsführenden
Aufsichtsräte der „Consolidated Gold Fields of South Africa“,
in deren Geschäftsbüroaus nach einem Telegramm des Vertreters
des Neuter'schen Bureaus aus Johannesburg, 31. Dezember, die
Anwerbung für einen bewaffneten Aufstand gegen die britische
Regierung vor sich ging, wobei den Leuten 1 £ für ein Gold
Bewaffnung und 100 £ für eine Ration zugesagt wurde. Das sind anerkannte
Thatsachen.

Ueber den weiteren Verlauf der Angelegenheit liegen
noch folgende Telegramme vor:

London, 9. Januar. Nach einem amtlichen Telegramm
Robinson's an Chamberlain telegraphierte der Herr
Robinson's an Chamberlain telegraphierte der Herr
Robinson's an Chamberlain telegraphierte der Herr

London, 10. Januar. Sir J. Robinson theilt hierher
telegraphisch mit, daß Präsident Krüger in seiner Antwort
auf die von Chamberlain auf Anordnung der Königin
von England an ihn gerichtete Depesche erklärt, es sei seine
erste Absicht, Jameson und die anderen Gefangenen
den englischen Behörden auszuliefern, damit sie durch die
englische Regierung zur Strafe gezogen werden.
Er werde seine endgültige Entscheidung über diese Angelegenheit
bekannt geben, sobald Ruhe und Ordnung in Johannesburg
wieder hergestellt seien. Präsident Krüger bittet Robinson, der
Königin die Versicherung seiner Hochachtung und den Dank für
ihre Worte zu übermitteln und sendet der Königin seine ehrsüchtigen
wollen Grüße.

London, 10. Januar. Das Neuter'sche Bureau meldet
aus Pretoria vom vorgestern Datum, daß infolge
der Forderung des Reformkomitees im Land
(dem Goldbezirk), das Versprechen der Entlassung seiner
Leute auszuführen, sich der englische Agent De Wet
wieder nach Johannesburg begeben hat. Zur Zeit lag
dort eine Regierungskommission, um sich der Aus-
führung der Unterwerfungs-Bestimmungen zu vergewissern.
De Wet wohnt den Sitzungen der Kommission bei. Ungefähr
10 000 Büren sind unter den Waffen und werden nicht eher in
die Heimath zurückkehren, als bis die Angelegenheit endgültig ge-
regelt ist.

Ein Vertreter der Zeitung „Pretoria Press“ ist amtlich be-
nachrichtigt worden, daß die Regierung der südafrikanischen
Republik alles mögliche thun werde, um den Betrieb der
Minen zu fördern, deren Besitzer daher nicht nötig hätten,
ihre Interessen zu Gunsten einer Schaar von Aufwiegern zu
opfern. —

„Eine Flotte her, damit wir die Herren der
Welt werden!“ brüllte vorgestern ein „Patriot“ namens
Willicems in Leipzig bei einer Versammlung des „Ver-
bands Altdeutschland“ zur Besprechung der Transvaal-
Frage und des kaiserlichen Telegramms. Mit diesen un-
vorsichtigen Worten hat der allzu offenerzige „Patriot“ das
Geheimnis der plötzlichen Vegetation auch der Reaktionen
für die Büren ausgesprochen.

Wenn ein feindlicher Diplomat krank wurde, pflegte
Talleyrand zu fragen: Warum ist er krank? Und wenn
unsere Chauvinisten und Reaktionen plötzlich einen nation-
alen Begeisterungssturm veranstalten, dann fragen wir:
wozu die Komödie? was führen die Deutschen im Schilde?

Daß unsere für Absolutismus, Majestätsbeleidigungs-
Prozesse, Sankt Sedan und den Militarismus schwärmen-
den „Patrioten“ für die Büren, die keinen König und kein
herrliches Kriegsbeere haben, nicht schwärmen können, das
versteht sich von selbst. Was ist ihnen Gelüba? Was
ist ihnen Krüger und seine Republik? Die Schwärmererei ist
also bloß Heuchelei und Maske, um irgend einen licht-
schönen Zweck zu verdecken. Und das Schwärmen
Willicems von „Altdeutschland“ hat das Geheimnis, oder
wenigstens einen Teil desselben verraten. Der bekannte
große Flottenplan soll verwirklicht, im Rebe der Trans-
vaal-Begeisterung um eine Milliarde d. h. tausend
Millionen für neue Schiffe aus der Tasche geholt
werden. Nun, sollte man es wirklich im Reichstag damit
versuchen — Herr Bennigsen hat schon eine bestellte Inter-
pellation in der Tasche — so haben wir einige Feuerproben
mit eisaltem Wasser.

Die Herren „Patrioten“ haben übrigens noch andere
Pläne. Deutschland soll — und das ist das alte Ideal
unserer junkerlichen Dichtories — Deutschland soll mit
dem unheilbar verbürgerlichten England, dem Mutterlande
des Parlamentarismus, in Streit verwickelt, und Ruß-
land, dem Hort der Reaktion, in die Arme getrieben
werden.

Sehr klug ausgesprochen. Allein leider heißt es auch
hier: es ginge wohl, aber es geht nicht. An dem England,
das schon vor länger als 70 Jahren die Heilige Allianz
der Frau von Krüdener zu Fall brachte, wird auch die
Heilige Allianz des Herrn Knackfuß zu schanden werden. —

Aus Trans, 10. Januar, wird telegraphiert: Die Anlag-
kammer hat sich heute Nachmittag für die Auslieferung
des Freiherren v. Hammerstein ausgesprochen.

Jetzt ist noch die Genehmigung des Appellationsgerichts,
dann die des Justizministers und des Ministers des Innern er-
forderlich. Darauf wird durch das Ministerium des Innern
die Genehmigung der hiesigen deutschen Volkshaus mitgeteilt;
von da ab dauert es voranschreitend noch acht Tage, bis die Aus-
lieferung wirklich erfolgt.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Aus
Dresden wird geschrieben: Die Sucht überall Majestäts-
beleidigung zu wittern, hätte beinahe in Dresden wieder ein
Opfer gefordert. Der Arbeiter Saalfrank sah in
einer Kneipe mit einer Anzahl Leute zusammen, als die
Rede auf den Prozeß Liebknecht kam. Dabei mag sich der
Mann etwas ungeschickt ausgeäuert haben, und nun fand
sich scheinungsmäßig ein Deuzjanant in der Person des
Wardiebs und Bierausgebers Finz. Saalfrank
wurde verhaftet, am anderen Tage aber sofort nach dem richter-
lichen Verhör wieder entlassen. Jetzt ist nun das Verfahren
gegen ihn eingestellt worden. — Möge dieser Fall wieder
zur Warnung dienen.

Aus dem Großherzogthum Baden. In
stark angetrunkenem Zustande hatte der
31 Jahre alte Fabrikarbeiter Johann Döher
in Achern in einer dortigen Wirthschaft eine unehrliche
Bemerkung über den Großherzog von Baden gemacht. Er
wurde dafür von der Strafkammer in Offenburg zu
2 Monaten Gefängnis verurtheilt.

In Frankfurt a. M. wurde am 9. Januar der
Schlosser Genosse Waldmann wegen Majestäts-
beleidigung von der Strafkammer zu drei Monaten
Gefängnis und sämtlichen Kosten verurtheilt. Der
Staatsanwalt selbst hatte Freisprechung be-
antragt. Waldmann legte sofort Revision ein. Die Ver-
handlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. —
In einem ähnlichen Falle, bemerkt zu dieser Mittheilung
die „Frankfurter Volksstimme“, erkannte vor einigen Wochen
die Strafkammer gegen die Frau des Genossen Mählberg
auf Freisprechung. —

Das Andenken Pestalozzi's, des großen Erziehungs-
Reformators, an seinem 150. Geburtstag — dem 12. d. M. —
würdig zu feiern, rüflet man sich überall, wo die Bedeutung des
Mannes erkannt wird, der, neben Robert Owen, bahnbrechend
war für die moderne, vom neuen, neueren und neuesten Kurs in
Meth und Mann gethane Pädagogik.

In Pestalozzi's Geburtsstadt Zürich wird eine großartige
Feier vorbereitet und die Errichtung eines Denkmals geplant.

Freilich das beste Denkmal ist das Wirken im Geiste Pestalozzi's
und die Ausbreitung der Dunkelmänner, welche die von
ihm aufgestreute Saat zu zerkleinern und den Ruf nach der Hoch-
heit an Stelle der Erziehung zur Humanität zu setzen bemüht
sind. —

Deutsches Reich.

Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung die
Anschlagsanträge, betreffend die anderweite Einbringung des Ent-
wurfs eines Gesetzes über Abänderung der Gewerbe-Ordnung,
mit einigen Abweichungen angenommen. Den zuständigen Aus-
schüssen wurden überwiesen: der Reichstagsbeschluss zu der Denk-
schrift, betreffend die Ausführung der seit dem Jahre 1875 er-
lassenen Anleihegesetze, der Entwurf einer Verordnung wegen Er-
gänzung der Verordnung vom 16. August 1876 über die Funktionen
der bei der Militär- und Marineverwaltung angestellten Beamten,
sowie die Vorlagen, betreffend die Behandlung der abgestempelten
Schuldverschreibungen der russischen zweiten Staats-Prämien-
anleihe von 1886.

Die übrigen in dieser Sitzung gefassten Bundesraths-Beschlüsse
haben wir schon in unserer letzten Nummer gemeldet.

Der preussische Minister des Innern Freiherr von der Helle
von der Helle ist zum Bundesrath Bevollmächtigter für das
Königreich Preußen und der Staatsminister, Wirkl. Geh. Rath
von Wegnern zum Bundesrath-Bevollmächtigten für das Fürstenthum
Schaumburg-Lippe ernannt worden. —

Folgende Verichtigung sendet uns mit ganz un-
nötiger Berufung auf § 11 des Pressgesetzes Herr Dr. Hempel,
der Verleger der „Tägl. Rundschau“:

Die vom „Vorwärts“ in seiner diesjährigen Nummer 6 auf-
gestellte Behauptung, daß Herr v. Stamm in einer Briefkasten-
Antwort der „Tägl. Rundschau“ Dank für irgend
welche Bemerkungen von dieser ausgesprochen sei, beruht
auf Unwahrheit; die einzige Notiz, welche auf Herrn
v. Stamm Bezug nahm, war vom 12. Dezember vorigen Jahres
und lautet: „O. N. Geh. Kommerzienrath Freiherr v. Stamm-
Halberg, Berlin, Kaiserhof. Für Ihre Bemerkungen freundlichen
Dank.“ In derselben wird also einem Herrn O. N. Dank für
seine Bemerkungen ausgesprochen und ihm die Adresse des Herrn
v. Stamm mitgeteilt. —

Der Reichstags-Abgeordnete Dr. Otto
Böckel, der ehemalige Chefredakteur des Bodeckschen „Deutschen
Volksrecht“, hat mit einem Herrn J. Möbius am 1. Januar d. J.
eine neue Zeitung gegründet: „Volkstämpfer“, unab-
hängige Wochenchrift. Der „Volkstämpfer“ ist das Organ des
„Deutsch-wirtschaftlichen Verbandes“ und erscheint wöchentlich.
Somit zerfallen jetzt die Antisemiten in fünf Gruppen.
Spalten sich Böckel und Möbius, so haben wir die sechste u. s. w. —

Der Reichstags-Abgeordnete Dr. Otto
Böckel, der ehemalige Chefredakteur des Bodeckschen „Deutschen
Volksrecht“, hat mit einem Herrn J. Möbius am 1. Januar d. J.
eine neue Zeitung gegründet: „Volkstämpfer“, unab-
hängige Wochenchrift. Der „Volkstämpfer“ ist das Organ des
„Deutsch-wirtschaftlichen Verbandes“ und erscheint wöchentlich.
Somit zerfallen jetzt die Antisemiten in fünf Gruppen.
Spalten sich Böckel und Möbius, so haben wir die sechste u. s. w. —

Die Abhängigmachung von der Bedürfnisfrage kommt thatsächlich auf
eine Abhängigmachung der Hausfrau von den niederen Polizei-
Organen hinaus. Und was das heißen will, darüber wird
jeder Reichstags-Abgeordnete sein eigenes selbständiges Urtheil
haben. Da kann ihm die politikere Geistlichkeit
kein A für ein U vormachen. Im Reichstags wie in vielen
anderen ärmeren Gebirgsgegenden Deutschlands spielt das
Hausfräulein eine große Rolle im Volkshaushalt. Zahlreiche
Reichstags-Abgeordnete ziehen mit dem Packer auf dem Rücken jahraus
jahrein durchs Land. Die werden Augen machen über die Be-
schreibung, die ihnen ihr ultramontaner Abgeordneter durch das
Eintreten der Zentrums-partei für reaktionäre Schutzmaßregeln
im angebliehen Interesse des Handwerks einbroden will. Die
Partei kann sich eine der strengsinnigsten Bevölkerungen Deutsch-
lands auf solche Weise entfremden. —

Eine erfolglose Agitation für den Antrag
Kantl betreiben seit Monaten im Austrage des deutschen
Bauernbundes in der Provinz Schleswig-Holstein der
Wanderprediger Perschke und der frühere nationalliberale
Dr. Hahn. Letzterer macht auf dem flachen Lande Stimmung
für den „harmlosen“ Antrag Kantl, der „nur einen mäßigen
Betreibpreis“ erzielen will. Aber wie die Zahl der Provinz-
blätter eine größere wird, die sich als Gegner bekennen, so müssen
die Herren vom Bund auch sehr häufig aus dem Munde
der Landleute hören, daß sie mit der Kantherei
nichts zu thun haben wollen. Der Landmann ist dank der
eifrig betriebenen sozialdemokratischen Landagitation über viele
Thatsachen aufgeklärt, die dem Bauernbund sehr unheilbar sind
und seine Massen verrotten läßt. Für unsere Partei hat diese
Thatsache den Vortheil, daß im allgemeinen die sonst dem
Bauernbund sehr ungethane Anhänger-schaft sich sehr verkleinert
und daß von den Abtrünnigen vielen ein Licht darüber aufgeht,
daß sie als Kleinbauern zum Klassenbewußten Proletariat sich zu
zählen haben. —

Größere Aufmerksamkeit auf Tren-
nankalten. Die Regierungspräsidenten sind vom Minister der
Medizin, u. c. Angelegenheiten ersucht worden, über die Weiter-
entwicklung der öffentlichen Anstalten für Geisteskranken, Idioten
und Epileptische fortlaufend zu berichten.

So ganz ohne Grund ist also für die Reform des Tren-
nankalten die Kontrolle durch die „Öffentlichkeit“ nicht geblieben.

Die Hamburger Behörden auf der An-
archistenbahn. Infolge einer Denunziation bei der Staats-
anwaltschaft ist bei einem hiesigen Weinhändler Nieschlag
und dem früheren Redakteur der „Holzwerker-Zeitung“, Müller, eine
Einschuldung nach anarchistischen Schriften abgedakelt worden.
Nach Ausgabe des Denunzianten sollten die Genannten an-

Das von ihm 1798 gegründete Erziehungshaus zu Stanz mit
80 Kindern „aus der Hefe des Volkes“ erlag den Kriegsläufen
und den Mänten einer gemäßigten Partei, worauf sich Pestalozzi
als Schulmeister nach Burgdorf begab.

Die mehr nur erzieherischen Schriften „Die Gertrud ihre
Kinder lehrte“ (1801), „Buch der Mütter“ (1803), „Anschauungslehre
der Zahlenverhältnisse“ gefielen vielen Menschenfreunden und
Erziehungsbegeisterten gar wohl. Weniger seine politische Haltung
als aufrechter Demokrat und sein Buch: „Ansichten über die
Gegenstände, auf welche die Gesetzgebung Helvetiens ihr Augen-
merk vorzüglich zu richten hat“ (1802).

Das Volk schickte ihn dafür vertrauensvoll als Wortführer
seiner Angelegenheiten zum ersten Konsul Bonaparte nach Paris.

Die Wanderungen der Pestalozzi'schen Anstalt nach München-
buchsee (1804), nach Yferten, deren hohe Bläthe um 1813
den Verfall durch innere Zwiste zwischen den Gehilfen des
Reislers, zum guten Theil aus dessen unpraktischen
Wesen und Mangel an Unterfertigungsqualitäten zurückzuführen,
können wir trotz unserer lebhaften Neigung dazu hier nicht
schildern.

1826 fiel das Werk zusammen und als gebrochener Mann
zog sich Pestalozzi nach Neuchâtel zu seinem Sohne zurück, legte
in einem Buch: „Meine Lebensschicksale als Vorsteher meiner Er-
ziehungsinstitute in Burgdorf und Yferten“, das mit dem
„Schwanengesang“ im gleichen Jahre 1827 erschien, Rechenschaft
über sein Gesamtwirken ab.

Er starb zu Brugg bei Morgau am 17. Februar 1827.

Für den Sozialpolitiker sind die Werke Pestalozzi's, selbst
mehrere der pädagogischen, eine schier unerschöpfliche Fundgrube
unendlich seiner Beobachtungen, und sollten einmal nach dieser
Richtung gründlich bearbeitet werden.

Weithin bemerkbar und tiefgreifend ist sein Einfluß auf das
Erziehungswesen noch heute; aber Pestalozzi würde doch heute
vielleicht, gar vieles noch ehen so verderblich und erbärmlich finden
wie zu seinen Lebzeiten. Im praktischen Lehren thut es ihm heut
wohl gar mancher Schulmeister zuvor: aber wo ist die abgründ-
liche, uneigennütige Liebe? die brennendheiße Theilnahme für
die Kerksten des Volkes?

Daß die Minder ihm das „wahre Christenthum“ absprechen,
ist nicht zu verwundern; er war kein Welt und etwa der
preussischen Regierung wohlgefälliger Regulativmann. Aber
irresend sagte Alberti in seinem Lebensbild des gewaltigen
Reformators; wenn er keine Heiligen hatte, so war er ganz
Religion im edelsten, im humanen Sinne.

Daß Proletariat hat alle Ursache, des edlen Mannes allzeit
danbar zu gedenken.

archaische Schriften in Masse über ganz Deutschland verbreiten. Bei den Durchsuchungen ist jedoch nicht eine einzige anarchische Schrift zu Tage gefördert worden. Allen Anschein nach handelt es sich bei der Denunziation um einen Nachschuß. Der Staatsanwalt, der nach dem Ergebnis der Durchsuchungen das gleiche zu vermuten scheint, hat deshalb den davon Betroffenen zugesagt, daß sie nach Abschluß der eingeleiteten Untersuchung den Namen des Denunzianten erfahren sollen.

In Hamburg giebt es keine Polizeispiegel mehr. Dieselben sind durch eine Verordnung der Polizeibehörde endgiltig abgeschafft. Nach dieser Verordnung sollen nämlich die Subjekte, die im Volksmunde „Fünfsprossen-Jungen“ heißen, in der Republik Hamburg fortan den offiziellen Titel „Aussendiensttuhende Diakone“ führen. Werden die Nichtgentlemen aber jetzt stolz sein!

Für die sächsischen Justizbehörden ist am 1. d. M. eine Geschäftsordnung in Kraft getreten, welche folgenden Passus enthält: „Im amtlichen Verkehr mit dem Publikum hat sich jeder Beamte unausgesetzt vor Augen zu halten, daß jedermann den Anspruch zu erheben berechtigt ist, von der Behörde in anständiger, ruhiger und höflicher Weise behandelt zu werden, und daß dem Ansehen und der Würde der Behörde, sowie der Achtung vor dem Beamten selbst nichts so sehr schadet, wie ein unangemessenes Verhalten gegen das Publikum. Der Beamte hat hieran selbst dann zu halten, wenn er in die Lage kommt, Zurechtweisungen zu erteilen. Das anerkenbare Interesse der Rechtssuchenden ist überall, wo es nicht mit der Rücksicht auf eine Gegenpartei unverträglich erscheinen sollte, nach Kräften zu fördern. Es darf auch nicht der Schein aufkommen, als ob ein ordnungsmäßiges Angehen der Justizbehörde als eine mißliebige Beihiligung empfunden werde.“

Das ist eine sehr nachahmenswerthe Ermahnung, die auch von den preussischen Justizbehörden gelesen und beachtet zu werden verdient.

Schweiz.

Büchli, 9. Januar. (Fig. Bericht.) In der Beurteilung der Prinzenraub-Geschichte, über die zur Stunde noch keine amtliche Mitteilung vorliegt, geht die Presse ziemlich auseinander. Während eine Anzahl Blätter auf Grund der bisher erfolgten privaten Darstellungen der Meinung ist, daß zu einer diplomatischen Aktion für die Schweiz keine Veranlassung vorliegt, verlangen wieder andere Blätter, daß bei Italien energische Schritte getan werden sollen. Wenn wir keine reichsdeutschen Postpiloten dulden möchten, schreibt der „St. Galler Stadt-Anzeiger“, „so finden wir auch italienische Postpiloten ebenso wenig verträglich und wenn wir Prinzen oder Fürsten keine größeren Rechte zuerkennen, als anderen Menschen, so bedauern wir es gleichwohl, daß König Menelik, der seine Verwandten an eine unserer Willkürhöfen laßt, so sehr getäuscht worden ist. Nicht nur die Gewalt, sondern in der That auch die „List“ ist zu verpönnen und auch nicht den Schein einer Zustimmung zu dem Vorgehen italienischer Briganten darf ein ehrenhaftes Volk auf sich kommen lassen.“ Das Blatt verspricht sich wohl wenig Erfolg mehr von einer diplomatischen Intervention, nachdem man die Sache so weit hat gediehen lassen, aber gleichwohl hält es die Erhebung eines Protestes in Rom für zweckmäßig. Es bleibt abzuwarten, was der Bundesrath in der Sache thun wird.

Oesterreich.

In böhmischen Landtage, wo ein klein wenig mehr Versöhnungslust zwischen Deutschen und Tschechen herrscht, kam es bei der Wahl der Budgetkommission zu Differenzen über das Verhältnis der Parteien bei Besetzung der Kommissionen. Das Ergebnis war, daß Deutsche und Großgrundbesitzer je acht Mitglieder in die Budgetkommission entsenden sollen. Der Beschluß ist vor allem charakteristisch für die parlamentarische Macht des Großgrundbesitzers.

Die Errichtung einer Universität für ihre Sprachgenossen wird in Mähren gleichzeitig von Deutschen und Tschechen gefordert.

Frankreich.

Paris, 10. Januar. Eine Meldung aus Bordeaux, der zufolge Arton keine, irgend einen Abgeordneten kompromittierende Briefe oder Papiere besitze, wird von verschiedenen Blättern wiedergegeben. „Libre Parole“ fügt dieser Mitteilung hinzu, daß Arton seine Papiere nur nicht preisgeben wolle. Die Regierung könnte aber, wenn sie wirklich Recht in den Panamastandal zu bringen wünsche, Arton zum Sprechen bewegen.

Türkei.

Konstantinopel, 10. Januar. Ein Trabe des Sultans ordnet die Bildung einer Hilfskommission unter dem Vorhinein des Sultans behufs Unterstützung der durch die letzten Ereignisse heimgekehrten asiatischen Vilajets an. Die Hilfsleistung wird Türken und Christen zu gute kommen.

Ruhe herrscht in den ganzen Reiche, wie von türkischer Seite der „Nordd. Allg. Ztg.“ gemeldet wird. Wir trauen dieser Sache ebenso sehr wie den deutsch-österreichischen Meldungen der „Nordd. Allg. Ztg.“

Kuba.

Siegesnachrichten werden wieder von den Spaniern verbreitet, aber sie sind, wie die folgenden aus Madrid eingetroffenen Depeschen beweisen, recht bescheiden geworden. Die Nachrichten lauten:

Die Insurgenten stecken 30 Häuser in Nocca in der Provinz Matanzas auf Kuba in Brand. Ein Bataillon Marine-Infanterie griff sie an und schlug sie in die Flucht. 5 Millionen Silber und eine Million Gold sind nach Cuba geschickt worden.

Nach Mitteilung des Marschalls Martinez Campos hat der General Estragne die Insurgenten mehrmals eingeholt und deren Nachhut beschossen. Den Insurgenten wurden große Verluste beigebracht und einige gefangen genommen.

Japan.

Yokohama, 10. Januar. Ein Adressentwurf an die Krone, welcher die Regierung wegen des Rückzuges aus Liaotung tadelt, wurde vom Parlamente mit einer Mehrheit von siebzig Stimmen abgelehnt.

Nach Formosa werden bedeutende Verstärkungen geschickt.

Afrika.

Zwischen den Italienern und Schwanern fand ein Treffen statt, dessen Ausgang ein Zurückweichen der Italiener keine Entscheidung gebracht hat. Die feindlichen Armeen stehen aber so nahe aneinander, daß eine entscheidende Schlacht in den nächsten Tagen erwartet werden kann. Der „Italia militare“ zufolge verfügt General Baratieri in Adigrat über 15 000 Mann und 28 Feldgeschütze; außerdem sind 5000 Mann von Massauah nach Adigrat unterwegs. Die italienische Regierung bezweckt noch weitere Truppenendungen vor, sie befürchtet den Sieg der Schwaner.

Parlamentarisches.

Zur Stabsberathung. Auf Wunsch des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes ist die Berathung seines Staats bis Ende nächster Woche vertagt worden, weil keine Zeit durch die Transvaal-Affaire zu sehr in Anspruch genommen ist. Dagegen betreibt der Staatssekretär für die Post mit löblichem Eifer die Berathung seines Staats, weil die Postersesseln, an den Folgen einer Operation laborierend, dringend eines längeren Urlaubs bedarf,

vorher aber seinen Etat ins Reine bringen will. Infolge der geäußerten Wünsche wurde das Programm der Budgetkommission geändert und soll am nächsten Dienstag der Postetat, später der Etat des Auswärtigen Amtes und dann der Militäretat in der Kommission berathen werden. Einige kleine Sachen will man noch morgen, Sonnabend, erledigen.

Die Bekanntmachung, betreffend Abänderung der Bekanntmachung vom 5. Februar 1895 über Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe vom 25. Oktober 1895 ging dem Reichstage zu. Der Inhalt der Verordnung ist folgender:

In der Tabelle, welche der Bekanntmachung vom 5. Februar 1895 (Reichs-Gesetzbl. S. 12), betreffend Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe, beigefügt ist, sind in der Spalte 3 zu Ziffer 7 (Bessemer- und Thomas-Eisenwerke, Martin- und Ziegelguss-Eisenwerke, Puddel- und zugehörige Mälz- und Hammerwerke, sowie Hoehofen-Gießereien der Gruppe A (Bergbau, Hütten- und Salinenwesen) die Worte: „Die den Arbeitern zu gewährenden Ruhe hat mindestens zu dauern: für jeden Sonntag abwechselnd 24 und 48 Stunden.“ zu streichen.

Bürgerliches Gesetzbuch. Die bis in die vorige Woche noch festgehaltenen Annahme, der Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuches könnte einem aus Reichstagskreisen kundgegebenen Wunsch entsprechend zum 18. Januar im Reichstag eingebracht werden, muß jetzt, wie die „Münchener Allg. Ztg.“ schreibt, als hinfällig bezeichnet werden. Die letzte Berathung im Ausschuss des Bundesraths hat hinausgeschoben werden müssen, bis sich das preussische Staatsministerium zu dem Entwurfe, resp. der Frage gewisser Abänderungen schlüssig gemacht hat. Das soll in der laufenden Woche geschehen.

Die Kommission des Reichstages zur Vorberathung der Handwerkskammer-Vorlage wird am nächsten Donnerstag zusammenzutreten. Die Resolution, in der die vorläufige Vertheilung der Vorlage beschlossen werden soll, wird, wie die „Post“ in Erfahrung gebracht hat, von den Abgg. Dr. Fike und Petzold (Z.) eingebracht werden.

Heber Freiherr v. Hammerstein als Güter des Reichs-Invalidentfonds macht der „Wochen-Courier“ folgende Bemerkungen: Das Mitglied der Reichsschulden-Kommission, für welches nunmehr eine Neuwahl stattgefunden hat, heißt nämlich — Hammerstein. Die konservative Partei hatte auch für den verantwortungsvollen Posten eines Mitgliedes der ein großes Reichsvermögen mitverwaltenden Kommission ihren Hammerstein als würdig genug erachtet. Der Kommission liegt die Aufsicht über die Reichsschulden-Verwaltung, die Verwaltung des Reichs-Kriegsschatzes, Verwaltung des Reichs-Invalidentfonds, sowie über die An- und Ausfertigung, Einziehung und Veruntlichung der Reichs-Banknoten und Reichs-Kassencheine ob. Die Angelegenheit gewinnt noch dadurch ein erhöhtes Interesse, daß einen Monat lang der Schlüssel zu den Schätzen des Reichs-Invalidentfonds in den Händen des Herrn v. Hammerstein lag. Zum Glück reicht ein einziger Schlüssel nicht aus, um den Tresor zu öffnen. Es gehören vielmehr vier Schlüssel dazu, von denen zwei von Kassenbeamten, einer von einem Bundesraths-Mitglied verwahrt wird und der vierte von Monat zu Monat unter den Kommissionsmitgliedern zirkulirt. Zur Entnahme von Papieren aus dem Reichs-Invalidentfonds müssen also vier Personen gleichzeitig erscheinen. Andernfalls wäre der Tresorschlüssel in den Händen Hammerstein's eine Gefahr für das Deutsche Reich gewesen.

Verzeichniß der Mitglieder des Reichstages und des Bundesrathes. Heute wurde im Reichstag das offizielle Verzeichniß der Bevollmächtigten zum Bundesrath und der Mitglieder des Reichstages nebst Fraktionsliste für die IV. Session der 9. Legislaturperiode (1895/96) ausgegeben. Unter den ersteren finden wir noch den Minister des Innern von Köller, an dessen Stelle jedoch laut amtlicher Mitteilung an den Bundesrath bereits sein Amtsnachfolger Freiherr von der Hede von der Post getreten ist.

Partei-Nachrichten.

Der Kampf gegen die sächsische Fraktion. In Gabelnz residierte Genosse Franz Hofmann über: „Das Landtags-Wahlrecht in der zweiten sächsischen Kammer.“ Der Referent erläuterte sehr ausführlich die Bedeutung des Wahlrechts für das arbeitende Volk und wies darauf hin, daß das Volk überall seine Stimme erheben und gegen die geplante Aenderung des Wahlrechts flammenden Protest einlegen müsse. Den Redner lohnte für seine treffenden Ausführungen brausender Beifall. Daraus wurde eine entsprechende Resolution einstimmig angenommen.

In Oelsitz und Lauteritz fanden gut besuchte Protestversammlungen statt.

Politikales, Gerichtliches etc.

Redakteur Illge von der „Leipziger Volkszeitung“ hat Aufforderung erhalten, am 18. Januar die rechtskräftig gewordenen Gefängnisstrafe anzutreten.

Die Parteigenossen Fr. Schneider und Ottawa in Harburg hatten im Antrag einer Volksversammlung eine Eingabe beim Magistrat gemacht, worin über die schlechten Trinkwasserverhältnisse der Abwasserkanäle, durch die eine Typhus-Epidemie hervorgerufen worden ist, Beschwerde geführt war. In dieser Eingabe sollten sich die beiden Parteigenossen ungehöriger Ausdrücke bedienen haben; sie erhielten ein polizeiliches Strafmandat über je 15 M., weil sie den § 72 des hannoverschen Polizei-Strafgesetzes übertreten hätten. Das Schöffengericht war anderer Meinung, es sprach beide frei.

Ein Mäntelprozeß in Aussicht. In der Nr. 34 der Rheinischen Zeitung in Köln vom 9. Februar 1895 erschien unter der Ueberschrift „Auf der Suche nach Material“ ein Artikel, in welchem Vorkommnisse in einer Arbeiterlofen-Versammlung in Essen, sowie in der Bergarbeiter-Versammlung in Baulau, welche später den Prozeß und die Verurtheilung von Schröder und Genossen wegen Meineids im Gefolge hatte, geschildert wurden. Wegen dieses Artikels wurde gegen den verantwortlichen Redakteur A. Hofrichter auf Grund der §§ 185, 186 und 200 des Strafgesetzbuches und § 20 des Reichsgesetzes über die Presse Klage erhoben. Die Verhandlung findet am Montag, den 10. Februar, vormittags 10 Uhr, vor der II. Strafkammer in Köln statt. Dieser Prozeß, in welchem der bekannte Gendarm Winter eine Rolle spielen dürfte, bildet eine neue Variation der zahlreichen Mäntel-Beleidigungs-Prozesse. Er unterscheidet sich aber von seinen Vorgängern dadurch, daß diesmal nicht nur Herr Winter, sondern die Polizei-Organen und die Gendarmerie des Regierungsbezirks Arnsberg im allgemeinen durch Behauptung nicht nachweislich wahrer Thatsachen beleidigt sein sollen. Der Prozeß dürfte interessant werden.

Gerichts-Beifung.

Wegen Sittlichkeitsverbrechens unter Mißbrauch der Amtsgewalt hatte sich gestern der Gefangenenausscher Herrmann Heine vor der 2. Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Derselbe war beschuldigt, am 21. November v. J. in der Strafanstalt Bismarck an dem jugendlichen Strafgefangenen Knoll ein Verbrechen wider die Sittlichkeit verübt zu haben, nachdem er den jungen Menschen durch wiederholte unzüchtige Gespräche für seine Absichten gefügig gemacht hatte. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Aus der Urtheilsverhandlung des Vorsitzenden Landgerichts-Direktors Henckhoff ging hervor, daß der Angeklagte die That in Abrede gestellt hatte, daß der

Gerichtshof aber dem einzigen Belastungszeugen Knoll vollen Glauben schenkte und für die Schuld des Angeklagten auch das offene Geständniß spreche, welches derselbe unmittelbar nach Entdeckung des Verbrechens vor dem Oberinspektor Jüngel abgelegt hat. Der Angeklagte habe in der freventlichsten Weise die Pflichten verlehrt, welche ihm sein Amt auferlegte, von milderen Umständen könne daher keine Rücksicht sein. Das Urtheil lautete daher auf zwei Jahre Zuchthaus und mit Rücksicht auf die Ehrlosigkeit der Handlung auf vier Jahre Ehrverlust. Angeklagter erklärte sich bereit, die Strafe sofort anzutreten.

Vater Bander verurtheilt! „Den Hammerstein lassen Sie laufen, aber anhängige Bürger belästigen Sie!“ Diese Worte sollte unser 63-jähriger Parteigenosse Bander zwei Kriminalkassationsinstanzen entgegengeleitet haben, die von dem Kriminalkommissarius Schöne beauftragt waren, am großen Kollertage in seiner Wohnung eine Hausdurchsuchung abzuhalten. Die Lechter des Weises, Genossin Ottilie Bander, war, wie so manches andere tüchtige Mitglied unserer Partei bei der politischen Polizei unzulässig in den Verdacht des Vergehens gegen das Vereinsgesetz gekommen und aus diesem Grunde war auch sie bei der großen Aktion am 25. November bedacht worden. Nach der Befragung der beiden Beamten sei unser alter Genosse bei dieser Gelegenheit sehr erregt gewesen. Nachdem er seinem Anwalt durch die Eingangs erwähnten Worte Luft gemacht hatte, hielt er dem einen Beamten ein Paar Frauentische mit dem Bemerkens dacht unter der Nase: er möge doch nachsehen, ob vielleicht etwas darin verborgen sei. Den Hut des anderen Beamten, den dieser auf das Bett gelegt hatte, warf er auf den Fußboden, und nach Beendigung der Durchsuchung gab er seinem Enkel den Rath, „sich die Kerls recht genau anzusehen, damit er sie auf der Straße wieder erkenne“. Auf die Strafanzeige der Beamten hatte sich Bander gestern wegen Beleidigung zu verantworten. Der Staatsanwalt bedauerte, einem Greise gegenüber einen Strafantrag stellen zu müssen; das Recht müsse aber gegen Jung und Alt zur Anwendung kommen. Er beantragte 30 M. Geldstrafe eventuell 6 Tage Gefängniß. Der Angeklagte vertheidigte sich in der patriarchalisch-ruhigen Art, die dem Greisenalter eigen ist. Er suchte dem Gerichtshofe auseinander zu setzen, daß das Durchhören fremder Papiere und fremder Wohnräume immer verwerflich sei, selbst wenn es durch Polizeibeamte geschieht, und daß das Wort „Kerl“ gar nicht beleidigend sei. Es gebe, meinte er, auch „gute Kerle“, ja sogar „Pracht-Kerle“, und das Wort werde erst zur Beleidigung, wenn ein beleidigendes Adjektiv hinzutrete. Der Gerichtshof schloß sich dieser Ansicht nicht an, sondern verurtheilte den Angeklagten zu 20 M. Geldstrafe event. vier Tagen Gefängniß.

Das Reichsgericht hat die Revision des Mörder's Springslein und seiner Genossin Beck gegen das Urtheil des Schwurgerichts zu Prenzlau verworfen.

Gewerkschaftliches.

Die Agitationskommission der Schuhmacher Verbands theilt uns zu der gestrigen Berichtigung der Schuhwaarenfirma J. N. D. H. (Nachfolger N. Siebert), Berlin, Schweinmünderstraße 59, folgendes mit: Die „wahrheitsgetreue“ Berichtigung bedarf notwendigerweise einer Korrektur. Die Firma behauptet, daß Lohnunterschieden bei ihr nicht vorgekommen wären, doch erklären die Arbeiter einmüthig, daß Herr Oberst am Sonnabend, den 4. d. M. einen Abzug bis zu 35 Pf. pro Tag und in Aussicht stellte. Daß die Arbeiter danach etwas renitent wurden, indem sie sich diesen Abzug nicht gefallen lassen wollten, ist selbstverständlich. Als man sah, daß sie einig waren, ließ man den Lohnabzug fallen, doch das „Karnidell“, Kollege Hildebrandt, soll nun hinausgeschoben werden, weil er stets die Interessen der Arbeiter gewahrt habe. Ohne Hildebrandt wird aber keiner der Arbeiter seinen anfangen. Wenn die Firma ferner behauptet, die Arbeiter seien unkeusig gewesen, so ist darauf zu erwidern, daß sehr oft das zur Arbeit nöthige Material nicht vorhanden war.

In Bremen hat der Buchdruckereibesitzer Sahmann, der das „Bremer Tageblatt“ druckt, seinen Sehern die nothige Zustimmung gestellt, aus dem Verbands auszutreten. Er verlangte auch noch schriftliche Erklärung, daß sie andernfalls sofort entlassen werden könnten. Die Seher wiesen das Ansuchen energisch zurück, worauf ihnen das Arbeitsverhältnis gekündigt wurde. Wie unser bremsches Parteiorgan mittheilt, lö. nen nur Lohnreduktionsgelüste Herrn Sahmann veranlaßt haben, den Austritt der Seher aus dem Verbands zu verlangen.

Depeſchen und letzte Nachrichten.

Wien, 10. Januar. (B. G.) Nach einer Mitteilung des „Extra-Blattes“ nimmt die in Serajewo herrschende Typhus-Epidemie eine sehr bedenkliche Ausdehnung an. Auch in Konstantinopel sollen bereits mehrere hundert Erkrankungen an Typhus unter der Zivil- und Militärbevölkerung vorgekommen sein.

Budapest, 10. Januar. (B. G.) Wegen maßloser Angriffe gegen die Regierung konnte heute eine Versammlung von Arbeitslosen nicht stattfinden. Die Arbeitslosen setzten ihre Demonstrationen dann auf der Straße fort, sodaß die Polizei mit einem starken Aufgebot gegen die Kravalle einschreiten mußte. Acht Ruheförer wurden verhaftet.

Belgrad, 10. Januar. (B. G.) König Milan soll Gerüchten zufolge am Donnerstag nach Petersburg reisen. Eine Audienz beim Koen soll ihm bereits bewilligt worden sein.

Paris, 10. Januar. (B. L. B.) Der unter dem Pseudonym Jacques St. Core bekannte Journalist und Mitarbeiter des „Figaro“, Rosenthal, ist unter der Anschuldigung der Erpressung in der Angelegenheit Lebouin verhaftet worden.

Rom, 10. Januar. (B. G.) Fieberhafte Erregung herrscht hier wegen des Angriffs auf Malakka. Troßdem derselbe zurückgewiesen worden, befürchtet man dennoch, daß Malakka fallen und Menelik sofort nach Arum und Abua vorgehen werde.

London, 10. Januar. (B. L. B.) Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureau's“ aus Perth (Australien) ein großes Diamantenlager entdeckt sein.

London, 9. Januar. (B. L. B.) Das „Reuter'sche Bureau“ erklärt die Meldung der „New-York World“ aus Caracas, nach welcher Venezuela sich im Revolutionszustande befinde, für vollständig unbegründet.

London, 10. Januar. (B. G.) Die Dehe gegen die Deutschen dauert fort. Die Kaufleute weigern sich, mit deutschen Kaufleuten zu arbeiten bezw. entziehen letzteren die bereits erteilten Aufträge. Dies Verhalten wolle man so lange beobachten, wie die Unfreundlichkeit der deutschen Regierung gegenüber England währt. In Blätterzuschriften wird sogar öffentlich vor Beschlüssen bei Deutschen gewarnt.

Johannesburg, 8. Januar. (B. L. B.) (Meldung des Reuter'schen Bureau's). Die Stadt ist wieder ruhig und nimmt ihr gewöhnliches Aussehen an. Die Börse wurde wieder geöffnet, der Markt ist fest, jedoch findet wenig Geschäft statt; auch die Kaufhäuser sind allgemein wieder geöffnet. Regierungsbeamte sammeln, ohne Widerstand zu finden, die Waffen ein, wobei sie von dem „Reformkomitee“ unterstützt werden.

Johannesburg, 10. Januar. (B. L. B.) (Meldung des Reuter'schen Bureau's). Zweihundzwanzig Mitglieder des „Reformkomitees“, darunter der Bruder von Sir Cecil Rhodes, Oberst Rhodes, Sir Lammond Durbar, Lionel Phillips und Dr. Sauer, wurden in der vergangenen Nacht unter der Beschuldigung des Hochverraths in ihrem Klub verhaftet und darauf nach Pretoria gebracht. — In Johannesburg herrscht weiter Ruhe.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 9.

Sonnabend, den 11. Januar 1896.

13. Jahrg.

Reichstag.

12. Sitzung vom 10. Januar 1896. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: v. Werle, v. Kries, v. Kriesberg, v. Kriesberg, v. Kriesberg.

Die erste Beratung des Entwurfs eines Börsengesetzes und des Entwurfs eines Gesetzes, betr. die Pflichten der Kaufleute bei der Aufbewahrung fremder Werthpapiere wird fortgesetzt.

Abg. v. Cuny (natl.): Meine politischen Freunde sind nicht geneigt, die Börse zu verhindern an der Erfüllung der ihr obliegenden wirtschaftlichen Aufgaben, sie sind der Ansicht, daß die Vorlage nicht geeignet ist, die Börse zu beschränken, sie hoffen, daß die Vorlage einen Anfang machen wird mit der notwendigen Besserung der mangelhaften Verhältnisse, welche sich herausgestellt haben. Es wäre vielleicht zu prüfen, ob nicht die Bestimmungen, welche vom Bundesrath erlassen werden sollen, in das Gesetz aufgenommen werden können. Der Bundesrath ist zu recht wichtigen Beschlüssen berufen, bei welchen keineswegs bloß das Interesse der Börse in Betracht kommt. Der Börsenmineralhandel greift tief in die Verhältnisse der Landwirtschaft und der Industrie ein; es wäre also recht und billig, wenn nicht bloß die Vertreter der Börse, sondern auch die Vertreter der anderen Erwerbszweige, welche in Betracht kommen, bei der Entscheidung über die Vorschriften über den Terminhandel mitwirken. Nun sollen aber 2/3 der Mitglieder des Börsenausschusses von den Börseninteressenten gewählt werden, es werden vorwiegend Vertreter des Börseninteresses gewählt werden, sie würden das Uebergewicht haben. Meine politischen Freunde bitten die Kommission, die Frage einer anderen Zusammenfassung des Ausschusses in Erwägung zu ziehen.

Zur Frage des Ehrengerichtes nehmen meine Freunde eine freundlichere Stellung ein als die gestrigen Redner der Konservativen. Mit einer Bestimmung aber sind wir nicht einverstanden. Es soll da, wo nicht ein Ausschuss besteht, die Gesamtheit der Börsenbesucher zur Wahl des Ehrengerichtes berufen sein.

Bezüglich der Zulassung fremder Werthpapiere sind meine Freunde auch der Meinung, daß Vorschriften in der Sache nicht erforderlich sind.

Eine wichtige Frage ist auch die Stellung des Kommissionärs. Die Vorlage will demselben zum Theil den Selbsttritt gestatten, wie es das Handelsgesetzbuch zuläßt. Anders liegt es aber bezüglich des Pfandes, der jezt selbst nicht eintreten kann. Wie soll eine Aenderung des bestehenden Rechts herbeigeführt werden? Er darf sich dabei aber nur innerhalb gewisser Grenzen bewegen und unterliegt ja auch der Aufsicht der Börsenorgane. Der Lieferungshandel ist von großer Wichtigkeit für das wirtschaftliche Leben; er soll nicht gefährdet werden. Aber die gegenwärtige Ausdehnung des Börsenmineralhandels schädigt namentlich die Landwirtschaft, und deshalb billigen meine Freunde die staatliche Regelung desselben. Ein Theil meiner Freunde ist der Meinung, daß der Terminhandel in gewissen Produkten überhaupt verboten werden müsse; sie wollen es der Entscheidung des Bundesrathes überlassen zu prüfen, für welche Artikel der Terminhandel ausgeschlossen werden soll. Ein Theil meiner Freunde ist auch bereit, dem Bundesrath die Befugnis zu geben, über die Lieferbarkeit der Waaren Vorschriften zu erlassen, und sie hoffen, daß der Bundesrath von dieser Befugnis einschneidenden Gebrauch machen wird. Es muß der Benutzung von nicht lieferungsfähigen Waaren eine gewisse Schranke gezogen werden. Gerade der Börsen-Terminhandel giebt Anlaß zu dem Unfug, der mit dem Börsenspiel getrieben wird. Namentlich die Urtheile des Reichsgerichts haben darauf hingewiesen, daß die Termingeschäfte oft reine Differenzspiele gewesen sind. Es giebt aber auch Termingeschäfte, welche eine gewisse wirtschaftliche Berechtigung haben, und diese Geschäfte wollen wir nicht hindern. Ein ideales Mittel ist ja das Börsenregister nicht, es sprechen manche Bedenken dagegen. Wir sind natürlich prinzipiell Freunde des zweiten uns vorgelegten Entwurfs, betreffend die Aufbewahrung von Werthpapieren. Aber es wird nöthig sein, das Gesetz noch etwas auszubauen, namentlich eine Kontrolle dafür einzuführen, daß wirklich der Kommissionär die Werthpapiere gesondert aufbewahrt. Redner beantragt die Verweisung der Vorlagen an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Frey (natl.): Einem Börsenkommissionar konnte ich zuerst keinen Gesetzmacht abgewinnen. Er erinnerte mich immer an die früheren Staatskommissionen bei Aktien-Gesellschaften, die eine sehr unbedeutende Rolle spielten. Aber ich habe mich überzeugt, daß der Kommissionär doch eine große Bedeutung hat. Er hat verschiedene Befugnisse der Börse gegenüber und wenn der Bundesrath überhaupt für die Börse irgendwelche Verordnungen erlassen soll, so braucht er den Kommissionär, welcher das Verbindliche zwischen der Börse und dem Bundesrath bildet. Der Project der Aufhebung der Provinzialbörsen durch die Berliner Börse ist sehr bedauerlich.

Für die Commissionen eine Centralstelle zu schaffen, wäre sehr bedenklich; es müßte doch eine Aufsichtsbehörde sein und sie würde eine zu große Verantwortung auf sich nehmen müssen. Bezüglich der Haltung der Emissionshäuser wird die Kommission darauf sehen müssen, daß die Beweislast für die Geschädigten so geregelt wird, daß ihnen der Beweis auch ermöglicht wird, damit sie wirklich zu ihrem Recht kommen. Redner bemängelt dann die Vorschriften über die Emissionen in einzelnen Punkten.

Der Terminhandel in Waaren und namentlich in Getreide hat zu großen Mißbräuchen geführt. Wie man in dem Reglement etwas Bedenkliches finden kann, das begreife ich nicht. Eine Einschränkung des Terminhandels in gewissen Werthen ist sehr zu wünschen; ich erinnere an die Zedernaktien. Besonders wichtig ist die Bestimmung über die Lieferbarkeit der Waaren. Wenn strenge Bestimmungen über die Lieferbarkeit des Getreides erlassen würden, so würden große Mengen von Getreide überhaupt nicht an die Börse gelangen. Ich für meine Person halte den Getreide-Terminhandel für unentbehrlich in wirtschaftlicher Beziehung, aber wenn ich mich überzeugen sollte, daß die Nachteile des Terminhandels größer sind, als die Vortheile, und ein großer Theil des Volkes hat diese Meinung, so würde ich mich auch dazu entschließen, den Terminhandel ganz zu beseitigen. (Zustimmung rechts.) Das Börsengesetz wird, wenn es die unsoliden Geschäfte und Emissionen unterdrückt, wenn es den Terminhandel einschränkt, eine erhebliche Verminderung der Einnahmen aus der Börsensteuer zur Folge haben. Aber der wirtschaftliche Vortheil, die Erhaltung zweifelhafter fremder Werthpapiere und die Einschränkung des Börsenspiels würden diesen Nachtheil weit überwiegen. Mit dem Depotgesetz bin ich einverstanden; aber es müßten die Vorschriften des Gesetzes noch erweitert werden dahin, daß jedem Proponenten ein Nummernverzeichnis seiner Papiere gegeben wird. Redner spricht die Hoffnung aus, daß die Vorlage verbessert an das Haus zurückkommen werde.

Abg. Schoenlank (Soz.): Die Debatte macht den Eindruck, als ob die Freunde der Vorlage gar keine rechte Freude daran haben und die Gegner sich keinen besonders tiefen Schmerzen darüber hingeben. Ich will den Ton der Debatte nicht ändern, wir Sozialdemokraten stehen ja der ganzen Börsen-

reform-Vorlage als tüchtige Beobachter gegenüber, da wir doch die Erblichkeit des Kapitalismus cum beneficio inventarii antworten. Ich bedauere nur, daß die prinzipielle Seite der ganzen Frage von keinem Redner eingehend behandelt ist. Ich will nicht über die Bedeutung der Börse für die kapitalistische Welt wiederholen, was man in jedem Buch über Nationalökonomie liest. Wir sind alle darüber einig, daß die Börse ein Faktor der verderblichen kapitalistischen Entwicklung ist, daß die Produktenbörse Kauf und Verkauf der Produkte regelt, daß die Effektenbörse dem Anlage suchenden Kapital Gelegenheit zur Anlage giebt, daß Kapitalbedürfnis der Staaten und gemeinnützigen Unternehmungen befriedigt, daß die Börse das Organ ist, das Zahlungsgeschäft im Staate und unter den Staaten zu regeln, daß die Börse eine Zahlungsmittelgleichung vermittelt — darüber sind wir alle einig. Ich will nur einige sozialpsychologisch sehr interessante Momente skizziren. In der Börse, sagt Friedrich Engels, sehen wir den Weltmarkt im Reflex des gegenwärtigen Effektenmarktes. Es geht mit diesem Reflex wie mit dem Reflex im Innern des menschlichen Auges, die Strahlen gehen durch eine Sammellinse, und das Bild, das sich darstellt, ist umgekehrt. Der Handel mit Produkten richtet sich nach dem Geldhandel, der einer eigenen Bewegung folgt, zwar beherrscht ist durch die Gesetze der Produktion, aber innerhalb dieser Abhängigkeit eigene Gesetze hat, und diese Bewegung hat ihre eigenen aparten Phasen und beeinflusst die Wege der Produktion. Es handelte sich bei der Eroberung von Indien u. nicht etwa um den Export, an dem damals niemand dachte, sondern um den Import von Indien. Welche kolossalen Wirkungen übten aber diese Eroberungen auf die ganze Industrie, und der Export nach diesen Ländern hat erst die Großindustrie geschaffen. Der Geldhandel sichert sich allmählich die Herrschaft über ein Produktionsgebiet nach dem andern, Industrie, Verkehr u. In der ganzen Eisenbahnpolitik der Vereinigten Staaten richtet sich zum Beispiel der ganze Betrieb der Eisenbahnen nach den momentanen Geldoperationen der Jay Gould und Vanderbilt, die dem Interesse der Bahnen an sich ganz fern liegen. Diese Thatsachen sind da, und Sie haben sich mit diesen Thatsachen abgefunden, daß der Geldhandel, der Effektenhandel, der an der Börse seine höchste Potenz hat, immer größeren Einfluß gewinnt auf das wirtschaftliche Leben, auf die ganze bürgerliche Gesellschaft. Dieser Project ist nicht anzuhalten. Herr Frey betont selbst, wie das Ausfallen der kleinen und mittleren Betriebe fortgeschritten. Die Börse ist das Barometer, an dem wir die wirtschaftlichen Verhältnisse ablesen können, sie ist der Spiegel der Weltmarktwirtschaft. Dieser Mechanismus ist so konstruirt, daß, so lange Sie die kapitalistische Gesellschaft haben, Sie auch die Börse haben. Dieser Project kann nicht aufgehoben werden durch Polizeimittel, nicht durch Gesetze. Die Umgestaltung dieser wirtschaftlichen Bewegung ist nicht anzuhalten, durch keine Macht des Himmels und der Erde, weder durch Herrn Brossart v. Schellendorf, noch durch den Erzengel Michael, nicht einmal durch Herrn Professor Knauth. (Weiterkeit.) Diese Zustände haben das Eigenthümliche, daß sie die sogenannten Unwüchse und Uebelstände erzeugen, aber diese sind nichts Abnormes, sondern eine natürliche Konsequenz der kapitalistischen Wirtschaft. Aber die Börse ist ein böser Onkel, nirgends wird mehr gemogelt, als auf dem Tuis und an der Börse. Deshalb treten wir für die Börsenreform ein; ich betrachte diese vorläufig als eine Wohlthat, als das Gegenmittel, daß etwas Souffrir ist im Staate Länemark. Eine Großthat ist die Vorlage nicht, sondern eine Gelegenheitsgesetzgebung, an der unsere deutsche Legislatur überhaupt krankt. Wenn Savigny noch lebte, würde er nicht leugnen können, daß unsere Gesetzgebung den Ruf der Gelegenheitsgesetzgebung hat. Wir hatten den Fall Heineke und sofort erschien die lex Heineke, es geschah das Attentat auf den Präsidenten Carnot und sofort legte uns die Regierung das Auswurfgesetz vor, 1891 vertrat eine Reihe von Königen, jüdische und christliche, und 1896 heißt die Börsenreform aus der Verlesung heraus. Nach den Vorverhandlungen mußte man annehmen, die Vorlage würde sein wie ein Tiger, ein reißendes Thier, und jetzt, da wir sie vor uns sehen, ist sie kein Tiger, höchstens ein Tiger, der das Pförtchen giebt. Die Vorlage scheint mit einer gewissen leichten Hand in den Regierungsbüroausgearbeitet zu sein.

Durch die ganze Börsenreform-Kommission zieht sich wie ein rother Faden der eine Gedanke: der Staatskommissionar muß eingeführt werden. Die Gegner sagten: was nützt uns dieser Beamte? In Oesterreich haben wir das Staatskommissionariat gehabt ohne Erfolg. Und in den Motiven steht: „Bereits das österreichische Gesetz vom 1. April 1875 enthält die Institution eines bei jeder Börse zu bestellenden Börsenkommissionars“. Nun, das ist gar nicht wahr. In der Enquete-Kommission wurde gegen den Kommissionar eingewandt, daß der Börsenreform von 1875 festgestellt habe mit dem Börsenkommissionar. Gegenwärtig ausdrücklich erklärt: damals gab es keinen Börsenkommissionar und man war der Ansicht, daß dieser erst 1875 eingeführt sei. Er besteht aber bereits seit 1854. Diese Unkenntnis der thätlichen Verhältnisse in Oesterreich ist gerade keine besondere Empfehlung für den Verfasser der Motive, und ich habe mich gewundert, daß selbst der Reichsbankpräsident Koch, den ich als feindsidigen Verteidiger der Goldwährung schätze, und die Professoren Cohn und Schmoller in der Kommission das nicht gewußt haben. Und wo war denn dabei Herr Camp, der jeztmal mehr fragt, als ein Sachverständiger beantworten kann? Unser verehrter Kollege Richter irrt, wenn er in seinem neuen ABC-Buch Herrn Camp als den Löwen der Vorlage bezeichnet. Herr Camp ist kein Löwe, sondern höchstens ein schlafender Löwe. (Weiterkeit.) Es ist vielleicht von Nutzen, wenn ich Ihnen aus dem Börsen-Enquetebericht einige Sachen über diesen Staatskommissionar vorlese. Da sagt Herr Prof. Schmoller, zum Börsenkommissionar braucht man ja keinen Professor zu nehmen. Das könnte ja ein pensionirter Minister oder Unterstaatssekretär, ein Mann in vornehmer und selbständiger Stellung sein. Bei der Ueberproduktion hierzu wird ja ein Mangel nicht eintreten. (Weiterkeit.) Vielleicht hat Herr Schmoller damals schon geahnt, daß der sehr geschätzte Polizeiminister, Herr v. Köller entlassen würde. Ich denke nicht so hart und grausam über den Börsenkommissionar, wie die Sachverständigen. Ich bin ganz damit einverstanden, daß ein solcher eingeführt wird. Im Gegentheil: es müßten noch viel mehr Kommissare eingeführt werden. In der kritischen Zeit, der letzten halben Stunde, sind an der Berliner Börse nicht weniger als 80 Wallerguppen thätig, von je 2-3 Mann. Da würden doch mindestens eben so viele Kommissare notwendig sein, wenn sie leisten sollen, was von ihnen verlangt wird. Dieses Produkt, welches die Staatskommissionar veranlagt, ist zwar nur etwas halbes, aber es steckt doch was Gutes darin, denn der Staat hat das Recht und die Pflicht zu kontrolliren. Was für ein Material steht aber für solche Stellungen zur Verfügung? Man wird wieder einen Juristen nehmen, denn diese verstehen ja alles; und doch denken über die Befähigung des jungen Nachwuchses der Juristen manche recht eigenartig; so Herr Boffe, Numerius Regidius und Valus Agerius. Sie wissen ja selbst, wie äbel es bestellt ist mit den praktischen Erfahrungen in der

Judikatur und in der Verwaltung. In einer sächsischen Strafammer hat ein Prozeß stattgefunden, in welchem der Verteidiger erklärte, er werde event. zum Beweis der Wahrheit der Ausführungen seines Klienten, eines Redakteurs, die stenographischen Sitzungsberichte des Reichstages vorlegen. Darauf sagte der Vorsitzende: Ja, bestehen Sie wirklich auf der Vorlegung der Berichte? Ich muß bekennen: weder ich noch meine Beisitzer können stenographiren (Große Heiterkeit). Er mußte erst darüber aufgeklärt werden, daß die Berichte gedruckt werden. Daß aber alle staatliche Beaufsichtigung nichts nützt, hat sich in Oesterreich gezeigt, wo der Staatskommissionar seit 1854 besteht, denn dort hat es die Krach von 1873 gegeben, ferner den Bontoux-Krach und manche anderen Krisen und schließlich den schwarzen Sonnabend vom 30. November 1895 mit 71 stillen Jnsolvenzen. Wer da glaubt, daß durch den Staatskommissionar hierin etwas gebessert wird, der muß auch glauben, daß eine Klopferschlinge unschädlich oder ein Tiger zahmer gemacht wird dadurch, daß man zu der Generalversammlung der Aktionäre des Zoologischen Gartens einen Schutzmännchen zuzieht. (Große Heiterkeit.) Ganze Staaten machen es nicht besser als einzelne Spekulanten. Italien hatte ausdrücklich erklärt, keine Jnsolventen einzuführen, um es nach 4 Wochen doch zu thun, die Fortzugelien haben nur 90 Ct. bezahlt, sodas sie noch hinter dem Kommerzienrath Anton Wolff zurückstehen, der wenigstens mit 50 Pct. abgeschlossen hat.

Interessant ist auch der Einfluß der Börse auf die Presse. Panamismus giebt es nicht nur in Frankreich, sondern überall, wo es Kapitalismus giebt, da giebt es auch Panamismus. Er darf nicht mit Patriotismus als ein nur französisches Gewächs betrachtet werden. Ich berufe mich auf die Sachverständigen, Herrn Ruffel und andere aus der Enquete-Kommission dafür, daß das Verhältnis der Börse zu der Presse auf einem sumptigen Untergrund steht. Da sagt einer aus: die Presse sei in erster Linie ein Gewerbe; der Eigenthümer will einen Ueberschuß erzielen und ist darauf angewiesen, gut bezahlte Inserate zu bekommen. Daher werden die Emissionbanken von Agenten zur Zeit von Emissionen förmlich bestimmt, und wenn die Zeitung die Inserate nicht erhälte, dann erscheint bald ein mißliebiger Artikel in ihr. Es werde geradezu ein Trud ausgeübt auf die Emissioninstitute, den Zeitungen Inserate in weitem Umfang zuzuwenden, als es sonst geschehen würde. Redner verliest nach einige Auszüge anderer Sachverständiger, die sich in ähnlichem Sinne äußern. Die Mittel, die Günst der Presse sich zu verschaffen, gehen hinunter bis zum klingenden Gold. Es ist aufs tiefste zu bedauern, daß die Enquete-Kommission nicht das Recht hatte, unter dem Zwang des Gesetzes zu vernehmen, dann hätten wir wahrscheinlich noch ganz anderes zu hören bekommen. Diese Korruption ist ein immanenter Bestandteil unserer ganzen kapitalistischen Wirtschaft. Es wird die öffentliche Meinung gehandelt wie Weizen, Petroleum und alle Dummpe und diese Beziehungen sind vorhanden von den kleinsten Börsenblättern bis hinauf zu den scheinbar angesehensten. Diese Zustände sind so skandalös, daß ich es bedauere, daß die Strafbestimmungen des Entwurfs nicht schärfere geworden sind und daß man es nicht versucht hat, Strafbestimmungen für diese künstliche Presse einzuführen. Radikal allerdings wird man das Uebel nicht beseitigen können. Im Frankfurter „Aktions“ vom 8. Dezember vorigen Jahres konnte man lesen, daß der Leiter des Handelstheils eines ersten Berliner Blattes und eines viel gelesebenen Börsen-Wochenblatts seit einiger Zeit Berichte geschrieben habe, die den thätlichen Verhältnissen merkwürdig widersprechen. Ein Berliner Fachblatt beschuldigte den Verfasser, daß er sich habe lassen lassen. Als darauf keine Rechtfertigung seitens des Angeklagten erfolgte, hat sich der hochgeachtete Inhaber des Blattes veranlaßt gesehen, seinen langjährigen Mitarbeiter, der nebenbei auch Privatdozent ist, zu entlassen. Der Verleger dieses hervorragenden Blattes trägt einen in der klassischen Literatur sehr berühmten Namen. Das Blatt gehdrt zu den honestesten Berliner Zeitungen, aber wir sehen, daß auch diese Blätter nicht davor sicher sind, daß sich solche Herren in den Handelstheile einschleichen. Der Herr ist sofort von seinem Verleger entlassen worden, und dieser Verleger hat prompter und rascher gehandelt als das „Krenz-Zeitungs“-Komitee. Derselbe Kultusminister Boffe, der gegen die Privatdozenten Zastrow und Krause vorgegangen ist, hat sich mit diesem Fall nicht beschäftigt. Der betreffende Herr, nämlich Moriz Meyer, ist Dozent an dem Technikum in Charlottenburg und es ist ihm sogar von dem Könige von Preußen vor einiger Zeit der Titel Professor verliehen worden. Um gegen diesen Herrn vorzugehen, brauchte der Minister Boffe nicht einmal das Gutachten des Prof. Hirsch. So steht es in bezug auf Kapitalismus und Presse, und aus diesen Thatsachen ergibt sich die Nothwendigkeit einer viel schärferen Formulirung von Bestimmungen, welche die Beziehungen der Börsianer zur Presse auf das entschiedenste treffen. In der Börsenkommission hüllten sich die Sachverständigen in Schweigen, als sie vom Vorsitzenden über das Verhältnis der Presse zu Börsenunternehmungen befragt wurden. Das genügt.

Ich komme nun zu der Frage des Terminregisters. Gegen die Terminregister haben wir selbstverständlich nichts einzuwenden. Es hat durchaus nichts Verleidendes, daß jeder, der solche Geschäfte macht, sich in dies Register einschreiben läßt. Wer spielt denn eigentlich? Die Termingeschäfte sind viel älter, als man glaubt. In der deutschen Geschichte des preussischen Hofhistoriographen Prof. Treitschke lesen wir, daß in den Jahren 1840-1844 Männer aus allen Ständen, selbst Offiziere in Uniform, berühmte Künstler und Gelehrte sich in dem Börsengebäude drängten, um sich an diesem Börsenspiel zu betheiligen. Und heute ist es gerade so. Der Bankier Kopitzki sagte aus die Frage, wer sich am Terminspiel betheilige, daß so ziemlich alle Kreise ab und zu am Termingeschäft sich betheiligen. Der Frankfurter Bankier Sulzbach sagte in der Kommission, es sei ganz unmöglich, das Privatpublikum zu hindern zu spielen. Wenn jemand spekuliren wolle, dann spekulire er eben. Vor einiger Zeit sei zu ihm, als er gerade verreisen wollte, ein General gekommen und habe ihm ein Summularium von Papieren gezeigt, die er gekauft habe. Er habe dem General gesagt: Excellenz, das sind keine Papiere für Sie — der General habe nicht einmal ein großes Vermögen gehabt, vielleicht eine halbe Million — gehen Sie an die Börse, verkaufen Sie die Papiere und kaufen Sie preussische Konfols. Er wisse nicht, ob der General es gethan habe. Ein anderer Fall ist noch interessanter. In den Sitzungen des Staatsrathes, welcher über die Brauntweinsteuer und den Antrag Kanitz verhandelt sollte, wurden bekanntlich auch Praktiker und Sachverständige eingeladen, auf deren Urtheil der Kaiser in seiner Ansprache im Staatsrath einen großen Werth gelegt hat. In diesen Theilnehmern gehörte auch der Rittergutsbesitzer Meyna, ein Anhänger des Antrages Kanitz. Dieser Herr ist ein gewerbmäßiger internationaler Differenzspieler, der auch von dem Minister von Werle als immoralisch bezeichneten Einwand des Differenzspiels erhebt, wenn er in Verlust ist. Dieser Agrarier hat nicht nur in Deutschland, sondern auch in Paris und Budapest spekulirt und auf Differenz gespielt. Er erhob z. B. den Einwand des Differenzspiels gegen eine Pariser Firma und um loyal zu sein, wie er sich in seinem Schreiben ausdrückte, auch gegen eine deutsche Firma. Als es sich aber darum handelte, einen Rugen von 20000 M. einzuführen, hat

er diese Loyalität nicht bewiesen, sondern den Gewinn ohne jeden Einwand akzeptiert. Dieselben Kreise, die einem Offizier, der seine Ehrenschulden nicht decken kann, die Pistole in die Hand drücken, gewinnen es über sich, einen Einwand gegen ihre Verpflichtung zu erheben, welchen der Minister v. Berlepsch als eine höchst unmoralische Handlung bezeichnet. Es geht eben nicht mehr mit dem Pharisäismus, daß man die Achseln zuckt über die Verlotterung der Börsen in Paris, London, Wien, New-York u. s. w. und vor den Uebelständen an den heimischen Börsen die Augen schließt. Der Kapitalismus ist die natürliche Ursache dieser Erscheinung, und die Herren, die mit der Börse in Verbindung stehen, müssen es sich auch gefallen lassen, daß sie mit gefangen werden. Diese Uebelstände sind so groß geworden, daß man sich nach dem Palliativmittelchen der Börsenreform umsieht. Wenn Sie aber nicht die Ursachen treffen und die Quelle verstopfen, so muß es doch beim alten bleiben. Das Uebel wird alsdann in modifizierter Form wiederkehren. Die „volkswirtschaftlichen Zeitfragen“, das Organ der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, deren Hauptvertreter das Duo Lorenzpaar Barth und Alexander Meyer ist, haben es selbst zugegeben, wie schlimm es mit der heutigen kapitalistischen Gesellschaft und mit dem herrschenden Konkurrenz- und Schwindelsystem bestellt ist. Wenn wir nun die Börsenreform unterstützen und für das Prinzip derselben eintreten, so machen wir uns keine Illusionen, daß damit eine große bedeutungsvolle Reform geschaffen wird. Aber eins wird man merken: wenn die Börsenreform Gesetz wird, wird sie deshalb von Nutzen sein, weil alle solche Dinge eine Schärfung des öffentlichen Bewusstseins herbeiführen nach der Richtung, daß es so nicht weiter gehen könne, daß nur durch Beseitigung des Kapitalismus andere, bessere Zustände geschaffen werden können. Vorläufig begnügen wir uns hier mit der Börsenreform. Der Kapitalismus ist desorganisiert, er ist krank, und schlechte Ärzte würden wir sein, wenn wir ihm nicht das kaltsinnige Pulver dieser Börsenreform verschreiben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fischbeck (fr. Sp.) spricht namens seiner Freunde das Einverständnis mit einigen Theilen der Vorlage aus, einige organisatorische Bestimmungen, wie die Ausdehnung der Befugnisse der Handelskammern zur Beaufsichtigung der Börsen, die Bestimmungen über die Kursummellen seien zu billigen. Auch für das Depotgesetz würden die Freisinnigen stimmen, weil diese Verhältnisse dringend einer Regelung bedürfen. Aber nicht einverstanden seien seine Freunde mit dem Staatskommissar, weil ein staatlicher Beamter garnicht im Stande sei, die Börsenverhältnisse zu beurteilen. In der Börsenkommission fragte ein Sachverständiger, ob denn die Reichsbank-Direktoren geeignete Persönlichkeiten für die Kommissarstellen seien. Der Reichsbank-Präsident verneinte das. Wer soll denn für eine solche Stelle geeignet sein? Wenn der Kommissar für die Ordnung der Börse sorgen soll, dann werden die Korporationen selbst dafür garnicht mehr eintreten. Für den Börsenkommissar treten dieselben Leute ein, welche bei den Handelskammern meinten, daß es ohne Beamte garnicht zu gehen scheine. Redner bemängelt die Bestimmung, daß das Schiedsgericht nur dann zuständig sein soll, wenn beide Theile Kaufleute seien. Das Berliner Börsen-Schiedsgericht genieße ein großes Ansehen. Wenn einem Nichtkaufmann gestattet sei, die Entscheidung des Schiedsgerichts zu verwerfen, so werde daraus schließlich nur eine Verschleppung entstehen. Nicht einverstanden ist Redner ferner mit den Bestimmungen über das Maklerwesen, die gut gemeint seien, aber praktisch kaum durchführbar sein würden. Es besteht eine große Bewegung gegen die Emission ausländischer Anleihen. Man sollte dieser Bewegung nicht ohne weiteres folgen, sondern man sollte prüfen, ob denn wirklich die Emissionshäuser irgend welche Schuld trifft. Die Verhältnisse in Portugal, Griechenland und Argentinien waren zur Zeit der Emission der betreffenden Anleihen ganz anders, als sie jetzt geworden sind; die Banken konnten die Verschlechterung der Verhältnisse nicht voraussehen. Die staatliche Verinflussung hat nur Schaden gestiftet. Als Kaiser Bismarck der Reichsbank die Beleihung russischer Weiche verbot, da wurden diese Papiere verkauft und die Leute kauften sich hochverzinsliche ausländische Papiere, an denen sie nachher Verluste erlitten. Aber wenn man die Verluste zusammenrechnet und das, was an ausländischen Werten verdient ist, so wird immer noch mehr verdient als verloren sein. Die Geschäftsleute wissen die Eigenschaften eines Wertpapiers besser zu beurtheilen als die Staatsbeamten. Die Herren, welche hier ihre Stimmen erheben für das deutsche Kapital, das sind dieselben Herren, welche in Paris vom französischen Präsidenten empfangen worden sind, welche durch den Bimetallismus das deutsche Kapital eines großen Theils seines Wertes berauben wollen, welche die deutschen Gläubiger schädigen wollen. Wenn die Regierungen etwas Praktisches thun wollen, dann sollten sie rund heraus erklären, daß sie mit den bimetallistischen Rippeln und Wippeln nichts zu thun haben wollen, damit würde mehr geleistet als durch die Bestimmungen über die Emissionen.

Die Einschränkung des Terminhandels wird von denjenigen verlangt, welche den deutschen Markt möglichst von dem Einfluß des Weltmarktes befreien möchten. Man sagt allerdings immer, den legitimen Handel wolle man nicht schädigen; man spricht immer nur von dem Unfug des Terminhandels, der nach Belieben die Preise festsetzt und die Landwirtschaft schädigt. Wenn man auf den Handel schimpft und auf die gesunkene Grundrente hinweist, dann sollte man nicht vergessen, daß die Kapitalrente noch viel mehr gesunken ist. Auf theoretische Untersuchungen über den Terminhandel einzugehen, ist überflüssig; jeder, der die wirtschaftlichen Verhältnisse kennt, weiß, daß er notwendig ist. Es giebt allerdings auch sachverständige Industrielle, welche z. B. den Terminhandel in Rammzug befechtigen möchten. Aber andere Sachverständige sind der Meinung, daß das nicht geschehen darf, wenn nicht auch die anderen Länder den Terminhandel abschaffen; denn sonst würde Deutschland in bezug auf den Rammzug vom Auslande abhängig werden.

Daß das Spiel an der Börse getrieben wird, beklagen wir auch; wir haben auch dagegen gestimmt, daß der Staat durch die Lotterie der Spielwuth Vorbehalt leistet. Aber die Vorlage schafft das Gegentheil dessen, was sie schaffen will. Statt der Spielwuth einen Niegel vorzuschieben, sagt der Staat: Ihr, die ihr spielen wollt, kommt her zu mir; laßt 150 M. Registergebühr und 25 M. Jahresgebühr ab, dann könnt ihr spielen, so viel ihr wollt und der Staat wird euch auch noch schützen, daß euch nicht der Einwand des Differenzspiels gemacht werden kann. Das ist ja der reine Ablasshandel. (Zustimmung links.) Wo bleibt die Moral und das Recht, wenn das Verbotene demjenigen erlaubt wird, der 25 M. bezahlt? Die Verechtigung des Terminhandels wird anerkannt. Aber beim Terminhandelsregister wird gar kein Unterschied gemacht zwischen denen, welche den Terminhandel zu ihrem Geschäft bedürfen, und denen, welche bloß spielen. Das ist eine Schädigung des ehrlichen, soliden Kaufmanns, dem man zumüthet, sich in ein Register einzutragen zu lassen, in welchem die Spieler verzeichnet sind. Wenn Herr Camp einen Unterschied machte zwischen den Ehrenmännern Frenkel und Mendelssohn und den andern Vertretern der Berliner Kaufmannschaft, so habe ich zu bemerken: Ehrenmänner sind die Herren; wir haben Herrn Frenkel das auch zu erkennen gegeben, daß wir ihn wieder zum Vorstehenden des Handelstages machten. Darum handelt es sich nicht, sondern um Meinungsverschiedenheiten; man konnte nicht zugeben, daß die Meinung, welche die Herren vertreten hatten, den Anschauungen der Berliner Kaufmannschaft entspricht. Wegen das Register werden wir

unter allen Umständen stimmen und wir werden abwarten, ob die Konservativen, welche die Handelsverträge als schlecht bezeichnen haben, weil die Sozialdemokraten dafür gestimmt haben, auch das Register als schlecht betrachten werden, weil die Sozialdemokraten dafür stimmen. Die Agrarier schimpfen auf die Börse nur, wenn die Getreidepreise niedrig sind; aber auf die unmoralischen Wandlungen der Spiritusprekulantanten sind die Agrarier nicht böse gewesen. Man spricht immer von der Volksernährung und thut so, als ob die Kaufleute, welche fremdes Korn einführen, die Volksernährung schädigen. Das Wort von dem Normwucher ist nicht gefallen gegenüber einem Kaufmann, sondern gegenüber einem Führer der Agrarier. Die Feindschaft gegen die Börse ist ein Ausdruck des Hasses des Junkers gegen den Kaufmann. Je mehr die Wohlhabenheit des Bürgerstandes zunimmt und die Junker, die sich den modernen Verhältnissen nicht anpassen können, in ihrer Stellung zurückgehen, desto mehr verlangt man nach der Hilfe des Staates. Ein kleiner Theil des Volkes drängt sich in den Vordergrund und wird mit Aemtern und Ehrenstellungen überhaupt ausgezeichnet, während die große Menge des Volkes immer mit neuen Lasten bedacht wird, ohne an Einfluß zu gewinnen. Ein solches Ausnahmengesetz gegen einen Stand ist nur möglich in einem Staate, wo die Edelften der Nation bevorzugt werden vor dem gesammten Volk. Redner erklärt schließlich, daß seine Freunde für das Depotgesetz stimmen würden.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Reform-P.): Wir haben seit Jahren für eine Reform der Börse gesprochen und werden seit einigen Jahren von der agrarischen Bewegung unterstützt. Wir wären aber mit unseren Anforderungen nicht durchgedrungen, wenn nicht die Stimmung des Volkes und recht gegeben hätte. Wir freuen uns über den Entwurf, wir werden ihn zu verbessern suchen. Wir sind noch nicht eingeweiht in alle Finessen und Kniffe der Börsenjobber, aber mit gesundem Menschenverstand kann man sich doch ein Urtheil über die Börse bilden und dieses Urtheil muß schließlich überwiegen. Heute sühlt jedermann den Einfluß der Börse. Die Handels-, Geschäfts- und Geldkreise, die sich schnell an einander folgen, ziehen alle Volkskreise in Mitleidenschaft; der Mittelstand schwindet, das Proletariat wächst an. Niemand ist der Börse gegenüber seines Vermögens sicher. Man ist der Meinung gewesen, daß man den Schwachen schützen muß. Jede Maßregel gegen die Börse rief sonst immer großes Geschrei hervor, man sprach von der Auswanderung; leider haben die Herren die Prophezeiung nicht erfüllt. Auch bei der Börsensteuer war das Geschrei ein großes. Jetzt ist es verhältnismäßig still, so wohl deshalb, weil man mit Herrn Barth denkt, das Gesetz wird nicht viel schaden. Die Vorlage muß verbessert und verschärft werden.

Der Begriff der Börse hätte festgesetzt werden sollen, daß hätte mehr genügt, als der ganze Staatskommissar. Wenn die sächsische Regierung, die gezeigt hat, daß sie sich vor den Börsenmächten nicht fürchtet, eine gute Börsenordnung für Leipzig schafft, so kann dadurch gutes geschaffen werden. Der Staatskommissar muß in seiner Stellung geklärt werden; er muß der Aufsichtsführende werden, und wenn ihm dazu Mittelkräfte zur Verfügung gestellt werden müssen, natürlich nicht aus den Kreisen der Börsenbesucher selbst. Nicht die Börse soll geschädigt werden, sondern das Publikum vor der Ausbeutung durch die Börse. Deshalb hat man in den Börsen-ausschüß Elemente eingefügt, die nicht zur Börse gehören; aber die Börsenelemente bilden die Mehrheit. Öffentlich nimmt die Regierung immer an, daß die Interessen der Börse erst in zweiter Linie gewahrt zu werden verdienen. Beim Erbrecht geht es um die Definition des Begriffs Börse. Die Bremer Börse, die erbsamen bankrottischen Großkaufleute, sind nicht zu vergleichen mit den Jobbern an der Terminbörse. Wenn keine Präzeleien vorlägen, wenn die Herren sich „tippen“, dann wag ein Ehrengericht einzuweisen; wenn aber das Publikum geschädigt wird, dann muß ein anderes Gerichteslos vorhanden sein. Zum Schutz des Publikums muß der Entwurf noch nach manchen Richtungen hin ergänzt werden. Auch bei der Festsetzung der Börsenpreise fehlt die Definition des Begriffs Börse; denn die Preisfeststellung beim ehrlichen Geschäft ist eine andere als beim Differenzspiel, wo allerlei Gerüchte im Umlauf gesetzt werden; hat man doch neulich erst den angeblichen Mordtritt des Reichs-kanzlers skomptirt zu Kursirenbereiten. Bedauerlich ist, daß die Kursummellen durch eine Hinterthür das Recht erlangen, selbst einzutreten; die meist jüdischen Makler werden diese Hinterthür fleißig benutzen. Herr Fischbeck hat die Emissionen griechischer und argentinischer Papiere in Schutz genommen; selbst wenn Gewinn und Verlust ausgeglichen sein sollten, so fragt sich doch, wer hat gewonnen und wer verloren. Wenn kleine Leute ihr Kapital verloren haben und große Bankiers Millionen gewonnen haben, so ist das eine Schädigung des Nationalvermögens. Es sind mir Mittheilungen gemacht worden über die Verluste in griechischen Papieren, die mich doch veranlassen, die Regierung zu mahnen, ebenso schneidig wie in Transvaal auch Griechenland gegenüber aufzutreten; denn ein genügendes Äquivalent ist die nichtgesetzliche Auslieferung eines Verbrechens nicht. (Zuruf links.) Gesetzlich war sie nicht, aber ich freue mich darüber, wie jeder ehrliche Mann, der will, daß der Verbrecher seine Strafe erhalt. Eine mangelhafte Auffassung vom Staat zeigt sich darin, daß noch besonders bestimmt ist, daß Reichs- und Staatsanleihen nicht zurückgewiesen werden würden. Ein Staat kann sich einer solchen Kommission nicht unterstellen. Verbessert werden müssen die Vorschriften über die Haftung der Emissionshäuser. Wenn Herr Schoenlauf von Panamismus spricht, so hat er großen Heiß recht. Aus der Börsenquote geht hervor, daß bei der Begebung der portugiesischen Monopolausleihe 100 000 M. zur Verteilung an die Berliner Presse verwendet worden sind. Die deutsche Handelsgesellschaft zahlt den Leitern an Gehalt und Lantienem mehr als 600 000 M., an den Pensionsfonds für ihre Beamten aber nur 80 000 M. Redner verweist auf die Aussagen des Herrn Dr. Müller über die Preßbetheiligung. Herr Müller sei auch von den Bankiers angegangen worden, Betteiligung anzunehmen; er habe es aber abgelehnt. Neulich seien die Aussagen des Börsenberichterstellers des „Berliner Tageblatt“, Wiener, der ebenfalls jede Betteiligung abgelehnt habe. Es sollte allgemein bekannt werden, daß die Börsen-nachrichten der Presse nicht viel Vertrauen verdienen. Das Zentrum, welches sich von Gründungen fern gehalten hat, sollte danach trachten, daß nicht solche Nachrichten unlaufen, wie in einer Brochüre, in welcher Juden verschiedener betrügerischer Manipulationen beschuldigt werden; es wird da dem Dr. Traut von der „Kölnischen Volkszeitung“ vorgeworfen, daß er in Verbindung stehe mit einem bekannten Börsenmann.

Bezüglich des Terminhandels haben wohl die Weizenproben, die Herr Camp vorgelegt hat, gezeigt, daß es unerbört ist, welche Waaren man als Lieferungsgegenstand betrachtet. Für den Terminhandel und das Differenzgeschäft hat man ebenfalls keine genaue Definition gefunden, trotzdem die Spielgeschäfte ungeheuren Schaden anrichten. Sehr dankenswerth ist die Einrichtung des Börsenregisters, das ergiebt sich schon aus dem Angriff des Herrn Fischbeck auf das Register. Wenn die Standesgenossen des Grafen Kanitz, wie Herr Singer sagt, wirklich am Börsenspiel theilhaftig sind, so ist das Börsenregister sehr zweckmäßig, denn es wird die Herren zwingen, dem Börsenspiel fern zu bleiben und sich dadurch vor Schaden zu bewahren. Einer Ergänzung bedarf auch noch der Abschnitt „Strafbestimmungen“. Der Fall, den Graf Kanitz angeführt hat, wird übertroffen von einem anderen Fall, wo der Kassirer einer Gesellschaft im Pessischen 300 000 M. wahrscheinlich im Börsen-

spiel verbrocht hat. Die Genossenschaft ist zusammengebrochen und die armen Bauern sind hartbar gemacht worden; sie werden wahrscheinlich sämmtlich von Haus und Hof vertrieben werden. Es wäre politisch flog, wenn die Regierungen diese Opfer des Börsenspiels unterstützen würden. Die Verlockung zum Börsenspiel sollte als Verbrechen bestraft werden. Die Gerichte sollten veranlaßt werden, von betrügerischen Handlungen der Börsenbesucher den Börsenvorständen Mittheilung zu machen, damit die betreffenden von der Börse ausgeschlossen würden. Der dauernde Ausschluß würde die schlimmste Strafe für die Jobber sein. Gegen das Depotgesetz ist mit Ausnahme kleiner formeller Bedenken nichts einzuwenden. Unsere Petroleum-Interpellation soll von Sachverständigen mit Hohngelächter aufgenommen sein. Daraus würde auch ein Vorwurf gegen Herrn v. Bötticher folgen, der uns doch damals Antwort gegeben hat. Es wäre interessant, wenn Herr v. Bötticher sagen könnte, was die Regierung über die Frage denkt. Es hätte vielleicht in das Gesetz eine Bestimmung aufgenommen werden können, welche die Ringbildung verhindert. Daß die Petroleumpreise schon gesunken waren, war kein Grund, die Interpellation zu unterlassen. Herr Fischbeck kennt die Reden der Sozialdemokratie noch nicht genügend. Sie mißt mit verschiedenen Maßen, sie hat ein Janus-gesicht, welches auf der einen Seite die Jäge des Herrn Singer, auf der anderen Seite die des Herrn Schoenlauf trägt (Heiterkeit), die freilich eine gewisse Familienähnlichkeit haben. Die Sozialdemokratie hat jetzt das Bedürfnis, sich als eine harmlose (!) Reform-partei (!) aufzuspielen. Herr Schoenlauf vertrat diese Richtung. Herr Singer sagte aber vor mehreren Jahren, daß die Sozialdemokratie gegen die Börse nicht vorgehe, weil dieselbe dazu diene, die bürgerliche Gesellschaft zu zerkleinern. Zur gründlichen Reform der Börse gehört noch eine Reform des Handelsgesetzbuches und eine Reform der Reichsbank. Möge die Vorlage der Anfang sein, um die Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft infolge der jüdisch-liberalen Gesetzgebung aufzuhalten, um die Gesellschaft zu stärken gegen die Angriffe der verbandten rothen und goldenen Internationalen. (Zustimmung rechts.)

Reichsbankpräsident Koch: Ich will nur ein Mißverständnis berichtigen. Der letzte Redner hat aus meinen gefrigen Ausführungen entnommen, ich hätte infolge der Vorschläge des Grafen Kanitz ein Scheitern der Börsenreform in Aussicht gestellt. In solchen Erklärungen bin ich weder ermächtigt, noch hat das in meiner Ansicht gelegen. Ich habe nur warnen wollen, schärfere Bestimmungen in den Gesetzentwurf hineinzubringen, und habe gesagt, wenn das democh geschieht, wird es in weiteren Stadien dem Entwurfe Nachtheile bereiten. Zu diesen Vorschlägen gehört keineswegs das, was von dem Grafen Kanitz und Herrn Camp in bezug auf den Staatskommissar angefragt ist. Von dem dem Staatskommissar zu übertragenden Befugnissen wird das Schicksal des Entwurfs nicht abhängig sein. Es wird ja schwer sein, die mit all den nöthigen technischen und juristischen Kenntnissen ausgestatteten Männer für das Staatskommissariat zu finden, aber man darf vertrauen, daß die Regierung, der ja eine große Auswahl zu Gebote steht, geeignete Männer finden wird, wenn sie auch nicht ihr Augenmerk auf die zu ganz anderen Zwecken vorgebildeten Mitglieder des Reichsbank-Direktoriums richtet.

Minister v. Berlepsch: Der Abg. Schoenlauf hat dem preussischen Kultusminister vorgeworfen, daß er bei der Auswahl der Exponenten nicht mit genügender Vorsicht verfahren und hat durchsuchten lassen, daß der Minister nicht genügend darauf achte, daß solchen Personen nicht Vorwürfe gegen ihre Ehre gemacht werden können. Er erzählte, daß an der technischen Hochschule in Berlin eine Persönlichkeit angestellt sei, die von einer Zeitungsredaktion beurlaubt sei, weil sie gegen Bezahlung dafür gesorgt habe, daß schlechte Aktien im Handelstheil des betreffenden Blattes empfohlen seien. Es ist richtig, daß an der technischen Hochschule in Berlin ein Privatdozent angestellt ist, von dem später in Zeitungsnachrichten stand, daß er gegen Bezahlung schlechte Aktien empfohlen habe. Die Anstellung ist aber längst vor dem Zeitpunkt geschehen, wo diese Thatfache bekannt geworden ist, und ebenso ist die Ernennung des betreffenden Professors längst vor dem Bekanntwerden dieser Thatfache erfolgt. Herr Schoenlauf hat es ausdrücklich anders dargestellt, daß nämlich die Anstellung trotzdem erfolgt sei. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich habe das ganz ausdrücklich aus seinen Ausführungen gehört. Bei der Anstellung lag gegen die Ehrenhaftigkeit der Persönlichkeit nicht das mindeste vor. Sobald der Kultusminister von den Zeitungsnachrichten Kenntniß erhielt, ist der betreffende amtlich vernommen worden und sind die nöthigen Schritte eingeleitet worden. Herr Schoenlauf hat also dem Kultusminister einen unberechtigten Vorwurf gemacht. Er hat ferner den unberechtigten Vorwurf erhoben, daß das Gesetz leichter Hand ausgearbeitet sei. Ich habe vielmehr Recht ihm vorzuwerfen, daß er leichter Hand Vorwürfe gegen einen preussischen Minister gerichtet hat, die thatsächlich nicht begründet sind. (Weisall.) Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Persönlich befreit Abg. Singer, daß er in Börsenfragen eine andere Stellung eingenommen habe als der Abg. Schoenlauf. Der Abg. Liebermann v. Sonnenberg habe vergessen, daß es sich in der von ihm geäußerten Rede nicht um die Börsenreform, sondern um die Börsensteuer gehandelt habe und daß er, Redner, damals namens seiner Fraktion ausdrücklich erklärt habe, sie sei hauptsächlich gegen die Börsensteuer des Zweckes ihrer Verwendung wegen. Er habe, wenn nicht schon damals, so später erklärt, daß, wenn die verheißene Börsenreform kommen werde, er für dieselbe stimmen werde.

Abg. Camp kann nicht zugeben, daß seine angebliche Unkenntniß der Börsenverhältnisse irgend einen Schluß für die Unzumutbarkeit des Börsenkommissars zulasse. Vielleicht werde es gelingen, Herrn Fischbeck für diesen wichtigen Posten zu gewinnen. (Heiterkeit.)

Abg. Schoenlauf: Der preussische Handelsminister hat meine Ausführungen mißverstanden und objektiv unwahr dargestellt. (Hoh rechts.) Es ist mir nicht eingefallen, zu sagen, daß etwa nach der Mittheilung des betreffenden Blattes der Herr zum Professor ernannt worden sei. Ich habe ausdrücklich gesagt, der Kultusminister Woffe hat in durchaus nicht zu rechtfertigender Weise sich in die Angelegenheiten der Privatdozenten Kronz und Jastrow gemischt, und gefragt, ob er auch in diesem Falle einschreiten werde. Er habe es in diesem Falle nicht nöthig, ein Gutachten von Prof. Hirschman zu erfordern. Wenn der Handelsminister mir insinuiert, ich könnte mein Stenogramm vielleicht nachträglich ändern, so weise ich dies als ungerathen zurück. Er kann sich aus meinem Stenogramm vor der Korrektur überzeugen, daß ich den Sachverhalt objektiv richtig wiedergegeben habe. Ich möchte ihn bitten, nicht gegen Mitglieder des Hauses so leichtfertig Anschuldigungen zu erheben, die er nicht beweisen kann. (Lachen rechts.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg bleibt dabei, daß der Abgeordnete Singer in der erwähnten Rede ganz allgemein die prinzipielle Stellung der Sozialdemokratie zur Börse überhaupt, nicht zur Börsensteuer festgelegt habe. Auch hier habe die Sozialdemokratie wieder einmal ihr Janusgesicht gezeigt.

Schluß 6 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr (Fortsetzung der abgebrochenen Debatte, schnellerer Antrag betr. Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Schmidt-Frankfurt, Margarinogesetz.)

Lokales.

Unser Parteigenosse Stephan Hellwig ist am 8. dieses Monats 33 Jahre alt an der Proletarierkrankheit gestorben. Hellwig war in der deutschen wie in der polnischen Arbeiterbewegung ein tapferer und treuer Kämpfer; die polnische sozialdemokratische Parteiorganisation verlor an dem Dahingegangenen einen tüchtigen und redgewandten Aktator, der gewerkschaftlichen Bewegung leistete er gleichfalls opferwillige Dienste. Hellwig wird am Sonntag Nachmittag 3 Uhr auf dem freiwilligen Friedhof in der Pappelallee beerdigt.

Bestalozzi-Feier. Heute Abend findet das Stiftungsfest der Arbeiter-Bildungsschule in Verbindung mit der Erinnerungsfest für Bestalozzi in Keller's sämtlichen Festsaal, Koppenstraße 20, statt. Es sei hiermit noch einmal auf das Fest, das, soweit aus dem Programm und den Vorbereitungen bis jetzt ersichtlich, durchaus dem Geiste eines Bestalozzi würdig verlaufen wird und sich mit den entsprechenden Veranstaltungen bürgerlicher Kreise reichlich messen kann, hingewiesen. Öffentlich steht ein zahlreicher Besuch des Festes seitens der Berliner Arbeiterschaft zu erwarten.

Zur Lokalliste in Nixdorf. Auf dem am Sonntag verbreiteten Flugblatt steht das Lokal **Solzberg**, welches der Arbeiterschaft ebenfalls zur Verfügung steht.

Den Parteigenossen von Steglitz und Friedenau zur Nachricht, daß in Steglitz die Lokale Schwarzer Adler, Zeitz, Albrechtstr. 125, Gambinus bei Schellhase, Alhornstr. 15a und Vorderstr. 66a der Arbeiterschaft zur Verfügung stehen. Die Lokale sind durch Plakate kenntlich.

In Friedenau steht der Arbeiterschaft seit dem Brande des Kurhauses kein Saal zur Verfügung, was namentlich die Vereine beachten wollen. Die der Arbeiterschaft offen stehenden Restaurationen sind ebenfalls durch Plakate zu erkennen.

Im Nothen Hause ist der Freisinn bekanntlich in drei Gruppen gespalten. Zwei dieser Gruppen, welche sich der Führung der Herren Justizrat Meyer und Charitèdirektor Spinola erheben und zusammen die Majorität der Stadtverordnetenversammlung bilden, haben am letzten Donnerstag ein glänzendes Bröckchen politischen Anstandes und kapitalistischer Auentwägheit abgelegt. Gegen Ende des verfloffenen Jahres hatte die Versammlung zehn Mitglieder deputiert, um in Gemeinschaft mit fünf Stadtverordneten über den Erwerb der Berliner Elektrizitätswerke mit der Aktiengesellschaft für die Stadt zu beraten.

Trotz des damals erhobenen Widerspruchs wurde die sozialdemokratische Fraktion bei der Zusammensetzung dieser Deputation übergegangen. Die dritte Gruppe der Versammlung, die neue Fraktion der Linken, die sich der demokratischen Forderung der Gleichberechtigung nicht verschließt, hatte später in Besetzung des Grundbesitzes, das bei wichtigen und prinzipiell bedeutungsvollen Fragen alle Teile der Versammlung schon bei den vorbereitenden Verhandlungen beieinander sein sollen, durch den Austritt eines ihrer Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion einen Sitz in der Kommission eingeräumt. Bei der am letzten Donnerstag vorgenommenen Erziehung wurde der von den Sozialdemokraten zu ihrer Vertretung delegierte Stadtv. Singer an Stelle des ausgeschiedenen Mitgliedes vorgeschlagen. Die Wahl eines Sozialdemokraten ging jedoch den liberalen Vorkämpfern der Aktiengesellschaft gegen den Strich, und die sonst feindlichen Brüder vereinigten sich, um zu hinterziehen, daß ein Gegner der privatkapitalistischen Ausbeutung städtischen Eigentums, von den hinter verschlossenen Thüren stattfindenden Beratungen Kenntnis erhält. Und siehe da, der Streich gelang. Während 37 Stimmen für Singer abgegeben wurden, fanden sich 61 Freisinnshelden, die sich den Teufel um Anstand und Gerechtigkeit scheerten, sondern die günstige Gelegenheit benutzten, um noch einen Sitz in der Kommission für ihre Partei zu ergattern. Da es sich um Verhandlungen mit den Berliner Elektrizitätswerken dreht, welche dank des ihnen gegen Zahlung eines Trinkgeldes verliehenen Monopols 12 1/2 Mt. Dividende für ihre Aktionäre aus der Benutzung der Straßen Berlins herauswirtschäften, so schien zur Bewältigung dieser Aufgabe den 61 Gefaschdvertretern ein mit Aktiengesellschaften ganz besonders vertrauter Kollege am Platze zu sein. Und so erhoben denn die wackeren Freisinnsmänner den erst vor wenig Tagen in die Versammlung eingetretenen Justizrat Munkel, welcher in fünf verschiedenen Aktiengesellschaften die tantienreiche Würde eines Aufsichtsraths bekleidet, auf den Schild, damit er jeden Versuch, die Berliner Elektrizitätswerke in ihrer dividendenschaffenden Thätigkeit zu stören, im Keime zu erschicken helfe.

Die Thatsache, daß Herr Sanitätsrat Dr. Edel die Strafanträge gegen den „Vorwärts“ und die „Noabiter Nachrichten“ zurückgezogen hat, giebt u. a. der „Staatsb. Ztg.“ Anlaß zu der Frage, wie sich die Staatsanwaltschaft nunmehr zu der Edelschen Angelegenheit stellen werde. Diese Fragesteller sei gratuliert, daß die Staatsanwaltschaft sich unseres Willens bereits mit der Sache befaßt hat, und zwar gleich nachdem der „Vorwärts“ Ende 1898 die Angriffe gegen die Edelsche Irrenanstalt gebracht hatte. Die staatsanwaltschaftliche Untersuchung, die angeht des Umstandes, daß erst sehr spät gegen den „Vorwärts“ die Verleumdungsklage erhoben wurde, wohl eine beträchtliche Zeit in Anspruch genommen haben muß, scheint aber, ähnlich wie im Mariaberger Fall, der Anklagebehörde keinen Anlaß gegeben zu haben, gegen Herrn Sanitätsrat Dr. Edel einzuschreiten. Es wurde vielmehr gegen den „Vorwärts“ von der Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse Anklage erhoben. Diese wurde hinwiegend, weil Herr Edel, voller Edelmut, den von ihm gestellten Strafantrag zurückzog, als seine Versuche, die Angelegenheit durch einen Vergleich aus der Welt zu schaffen, an unserem Widerstande gescheitert waren. Damit erledigte sich auch das Einschreiten der Staatsanwaltschaft gegen unser Blatt. — Eine uns aus Charlottenburg zugehende Meldung, die wir nicht weiter kontrollieren können, besagt, daß Herr Sanitätsrat Dr. Edel beabsichtige, sein Amt als Stadtrath niederzulegen.

Ein Loblied auf die Gemeindegasse Berlins stimmt die „National-Zeitung“ gelegentlich der Meldung an, daß im ganzen 231 661 Schulkinder in Berlin vorhanden sind. Nachdem das nationalliberale Blatt ganz ernsthaft die moncheferliche Platinide vorgebracht hat, daß es keinem dieser Schüler verwehrt sei, sich zu den Höhen des Lebens hinaufzuschwingen, meint es: „Die Organisation unseres Schulwesens bietet dazu die Hand. Die Berliner Gemeindegasse nimmt sich des begabten und strebsamen Jungen an. Sie übergibt ihn der Fortbildungsgasse und Fachschule. Sie stattet ihn mit Stipendien aus und läßt ihn auf höhere Schulen übergehen. Ueberall giebt es Freistellen, Unterstufungen und Hilfe.“ — Wir wollen der „National-Zeitung“ ihr anrühliches Loblied zu gute halten, wenn es ihr gelingt, uns einen einzigen Berliner Gemeindegasse herbei zu schaffen, der im Stande wäre, auch nur seine liebe Muttersprache zu benutzen, ohne daß er die gründlichsten grammatikalischen und orthographischen Fehler beginge.

Von dem bekannten Vorsitzenden der zweiten Strafkammer am hiesigen Landgericht I, Herrn Landgerichtsdirektor Brausewetter, wird nunmehr im „Lokal-Anzeiger“ vom Freitag Abend die folgende Neuigkeit berichtet: „Landgerichtsdirektor Brausewetter hat in der Nerven-Heilanstalt des Dr. Gnaud in Panlow, wo er sich seit einigen Wochen ansiedelt, einen Selbstmordversuch gemacht. Der Kranke versuchte sich mittels eines Instrumentes am linken Handgelenk die eine der beiden Pulsadern zu öffnen, doch brachte er sich nur eine leichte Wunde bei, so daß ein sofort an-

gelegter Verband größeren Blutverlust verhinderte. Ueber das sonstige Allgemeinbefinden des Patienten erfahren wir, daß er an einer hochgradigen Hysterie leidet und von Wahnvorstellungen verfolgt wird, die jedoch nur zeitweise auftreten. Eine dieser Vorstellungen, an denen hysterische Kranke häufig leiden, ist die Einbildung, daß eine Heilung ausgeschlossen sei und sie allmählich aber sicher der völligen geistigen Umnachtung entgegengehen. Daß derartige Patienten in ihrer Verzweiflung häufig Selbstmordversuche begehen, ist psychologisch leicht erklärlich. Herr Brausewetter wurde nun veranlaßt, nach Berlin zurückzukehren, und ist jetzt in der Anstalt des Dr. Scholimus in Panlow untergebracht.“

So der „Lokal-Anzeiger“. Wie wir erfahren, sind von den Mitgliedern der zweiten Strafkammer zur Zeit neuerdings noch zwei andere Herren krank geworden.

Wilhelm II. will, wie wir in bürgerlichen Blättern lesen, in der Marine-Abteilung der Berliner Gewerbe-Ausstellung das Modell der „Nachtmetor“ ausstellen. Das Modell soll massiv aus Silber getrieben angefertigt werden.

In der angebliehen Neuerung des Ministers Dr. Bosse über die Beschäftigung jüdischer Lehrkräfte veröffentlicht der „Börs.-Cour.“ folgendes Schreiben des Ministers an den Vorstand der hiesigen jüdischen Gemeinde:

Berlin, den 27. Januar (P) 1899.
Die Befürchtung, welche der Vorstand der jüdischen Gemeinde in seiner Eingabe vom 17. Juni d. J. an die Verfügung des hiesigen königlichen Provinzial-Schulcollegiums vom 15. Mai d. J. knüpft, sind, wie ich nach wiederholter genaue Ermittlung des Sachverhalts festgestellt habe, nicht begründet. Das von der hiesigen jüdischen Schuldeputation an die sämtlichen im Gemeindefachdienst der Stadt Berlin beschäftigten, noch nicht definitiv angestellten jüdischen Lehrkräften gerichtete Schreiben vom 6. Juni d. J., das in den beteiligten Kreisen Verrückung hervorgerufen hat, bezieht auf einem Mißverständnis der oben bezeichneten Verfügung des königlichen Provinzial-Schulcollegiums, welches durch eine weitere Verfügung dieser Behörde vom 29. September d. J. ausgeklärt worden ist. Es hat sich nur darum gehandelt, daß bei Heranziehung von Vertretern oder Vertreterinnen für beurteilte oder erkrankte Schreiperpersonen im Gemeindefachdienst der Stadt Berlin der Vertreter auch demselben Bekanntschaft angedeutet, wie derjenige, dessen Vertretung er übernimmt. Der Erlass meines damaligen Herrn Amtsvorgängers vom 8. Juli 1875 wird durch die bezügliche Anordnung überhaupt nicht berührt.“ (gez.) Bosse.

Das sieht allerdings etwas anders aus als die gestrige Meldung der „Staatsbürger Zeitung“, wiewohl uns auch diese Beschränkung völlig zwecklos erscheinen will.

Die neueste Militär-Vogelotzliste enthält im ganzen 116 Lokale aufgeführt, deren Besuch den Militärpersonen vom Gebühel abwärts verboten ist. Auf Berlin kommen 105 Lokale, auf Charlottenburg 8, auf Schöneberg, Reinickendorf und Prenzlauer ein. Selbstverständlich stehen alle Restaurationen, deren Besitzer als Sozialdemokraten bekannt sind, auf der Vogelotzliste, welche auch für Militärpersonen Geltung haben, die sich in Berlin als Umlauber, Barschen, Abkommandierte etc. aufhalten. Zuwiderhandeln werden unmissverständlich mit Arrest bestraft und meistens von ihrem Kommando abgedöh.

Ein eigenartiger Vogeltot hat der Gastwirt Gorn, Kl. Marktstraße 10 über sich ergehen zu lassen. Seit langen Zeiten sind seine Restaurationsräume bei öffentlichen Wahlen als Wahllokal benutzt worden, sowohl bei Reichstagswahlen wie bei Landtagswahlen. Auch bei der demnächst stattfindenden Landtagswahl im IV. Berliner Kreise sollten die Räumlichkeiten des Herrn Gorn zu diesem Zwecke wieder Verwendung finden; kurz vor Weihnachten erschien ein W. rüstrotshote in der Restauration, um sich zu erkundigen, ob das Lokal zum 21. Januar frei wäre. Am vergangenen Montag kam der Bote wieder, aber nicht, um wie der Wirt gedacht hatte, den Vertrag endgültig abzuschließen, sondern, um die Mitteilung zu überbringen, daß der Magistrat das Lokal diesmal nicht benutzen wolle, nachdem einige Wähler die Meinung ausgesprochen hätten, daß die Räume unpassend wären. — Die Herren, die so plötzlich zu dieser Entdeckung gelangten, sind einige Junungsmeister, die den Wirt schon lange aus Korn genommen hatten, weil er als Sozialdemokrat in der Vogelotzzeit ringsherum Bier geschänkt und am Abend des St. Sebastianes sein Fenster nicht mit Lichtern angeputzt hatte. — Der Magistrat hat in diesem Falle gewiß nach bestem Wissen und Gewissen und ohne Voreingenommenheit gehandelt, aber eine etwas nähere Prüfung hätte die Frage doch verdient, warum denn das Lokal, das selbst bei Reichstagswahlen groß genug war, jetzt bei der Landtagswahl, die sportlos an der großen Mehrheit der Bevölkerung vorüber geht, unzulänglich für unpassend besunden worden ist.

Ein neuer Akkumulatoren-Wagen verkehrt seit Donnerstag auf der Pferdebahnhofe Berlin-Charlottenburg, und zwar auf der Theilstraße Charlottenburg-Knie-Pferdebahndepot. Der Wagen ist hübsch ausgestattet und wird im Innern durch vier elektrische Glühlampen erleuchtet. In ähnlicher Weise werden auch die Perrons erhellt; das Signallicht besteht aus elektrischen Scheinwerfern, ist weit hin sichtbar und erhellt die Fahrstrecke auf große Entfernung. Die Akkumulatoren, die unter den Sitzen angebracht sind, bedürfen zu einer zwölfstündigen Fahrt einer einmaligen Speisung; die Bewegungsfähigkeit ist beschränkt. Die Batterie ist für eine Tagesleistung von etwa 110 Wagenkilometer konstruiert, vermag jedoch 150 Wagenkilometer zu leisten. Die Betriebskosten stellen sich bedeutend billiger, als beim Pferdebetrieb; man hat indessen bisher von der Einführung der Akkumulatoren für Straßenbahnbetrieb Abstand genommen, weil es noch keinen Akkumulator gab, welcher bei einmaliger Ladung elektrische Kraft für einen Tagesbetrieb aufzuspeichern vermöchte. Die Batterie selbst besteht aus 124 Elementen, die unterhalb der Sitze in den Wagen eingebaut sind. Von hier aus führen Kabel den elektrischen Strom zu dem unter dem Wagen zwischen den beiden Rädern befindlichen Motor, welcher durch die auf dem Perron angebrachten Steuerapparate bedient wird.

Zum Vauchwinkel. In den meisten Berliner Vororten haben im Jahre 1895 die Zwangsverkäufe von Grundstücken zugenommen. Nur in Potsdam hat eine auffällige und in Nixdorf eine geringe Verringerung der Zahl der Substationen stattgefunden und in Friedenau ist die Zahl gleich geblieben. Nach amtlicher Aufstellung wurden im Jahre 1895 gezählt in Charlottenburg 218 Substationen (gegen 179 im Jahre 1894), Weipensee 82 (80), Nixdorf 41 (46), Schöneberg 91 (87), Panlow 19 (—), Wilhelmsdorf 40 (25), Friedenau 15 (15), Steglitz 16 (18), Zehlendorf 3 (2), Lichterfelde 20 (19), Tempelhof 5 (2), Potsdam 11 (36).

In Schöneberg ist durch eine Polizeiverordnung das Klopfen von Teppichen, Sonnen von Balken u. s. w. auf den nach der Straße zu belegenen Fenstern und Balkonen bei 9 U. Strafe verboten worden. In Berlin besteht eine solche Verordnung bekanntlich schon längst.

Der Kampf um das Tempelhofer Feld. Zwischen dem Militärklub und den Gemeinden Tempelhof und Schöneberg ist es auf Grund des neuen Kommunalsteuer-Gesetzes zu einem Streit über die Besteuerungsfähigkeit des Tempelhofer Feldes gekommen. Nach dem Kommunalsteuer-Gesetz haben, wie fast sämtliche einzelnen Gemeinden, auch Schöneberg und Tempelhof den gesamten Grund und Boden ihres Gemeindegebietes mit einer Grundbesitz- und Bodensteuer belegt. In diesem Grund und Boden gehört nun auch das Tempelhofer Feld, das die Gemeinde Tempelhof, soweit es in ihrem Gebiete liegt, mit 38 000 M. Wertsteuer, die Gemeinde Schöneberg mit 80 000 M. eingeschätzt hat. Hiergegen hat

jedoch der Militärklub Einspruch erhoben, weil das Tempelhofer Feld als Truppen-Exerzierplatz öffentlichen Zwecken diene und deshalb nach dem Kommunalabgaben-Gesetz überhaupt nicht besteuert werden dürfe. Die beiden Gemeinden aber gründen ihr Besteuerungsrecht auf eine Kabinettsordre aus dem Jahre 1834, die bestimmt, daß Plätze etc., die öffentlichen Zwecken dienen, nur dann nicht zu besteuern sind, wenn sie schon bei ihrer Erwerbung steuerfrei gewesen und auch mit dem Recht der Steuerfreiheit gekauft worden sind. Dies soll aber nach der Behauptung der beiden beteiligten Gemeinden auf das Tempelhofer Feld nicht zutreffen. So haben denn Schöneberg wie Tempelhof die für den Exerzierplatz bisher fällig gewordenen Wertsteuern von Militärklub hauptsächlich exekutiv einzuziehen lassen. Von dem Fiskus ist aber Klage erhoben worden.

Für den automatischen Verkauf warmer und kalter Getränke wird gegenwärtig von einer Gesellschaft ein Lokal in der Pringelstraße eingerichtet; die Eröffnung desselben ist für den 1. Februar in Aussicht genommen. Man erhält dort gegen Einwurf eines Bezahlenschein-Stückes in den betreffenden Automaten je nach Wunsch Kaffee, Thee, Chokolade, Wein, Cognac, Likör, sowie belegte Bröckchen.

Grober Unfug. Die ehemalige Geliebte des Freiherrn v. Hammerstein, Fräulein Flora Gah, ist, wie berichtet wird, von dem Inhaber eines Wiger-Café in der Gegend der Lindenpasse zu Reklamezwecken ausbeisenden worden. Sie soll in dem fast ausschließlich von der Ledewelt besuchten Lokal Kaffee trinken werden.

Den Eigentümern, die schon seit längerer Zeit das Polizeipreisdienstgebäude beherbergt, scheint das Leben im Gewohrsam nicht besonders zu behagen. Die an eine ungebundene Freiheit gewöhnten Leute fühlen sich unter ihren gegenwärtigen Verhältnissen, die immerhin einer Art von Gefangenleben entsprechen, nicht recht wohl. Der Hauptmann Peter Seckla ist davon ganz krank geworden. Er wurde allmählich so schwach, daß er sich gestern einschließen mußte, ein Krankenhaus aufzusuchen.

Sonderbare Gerüchte werden seit zwei Tagen in der Gegend des Dönhofsplatzes und der Leipziger Kolonnaden über den Verbleib des allgemein bekannten Zeitungspeditors August Schälze verbreitet. Schälze hatte seit vielen Jahren seinen Stand an den Kolonnaden und erzeute sich der Kundschaft vieler Geschäfte und Anstalten des Bezirks. Bis zum 7. Januar hat Schälze die Zeitungen, für deren Lieferung ihm meist für ein Vierteljahr im Voraus bezahlt worden ist, richtig bestellt; seit dem genannten Tage ist Schälze verschwunden und es sind alle von den Kunden angefertigten Nachforschungen resultatlos geblieben. Vielfach wird angenommen, daß der verschundene Expeditur infolge von Familienzwistigkeiten sich ein Leid angethan hat.

Die Leiche der Frau Wasse, die zur Feststellung der Todesursache gerichtärztlich geöffnet worden ist, hat die Staatsanwaltschaft zur Beerdigung bereit freigegeben. Die beiden Kinder Edmund und Hedwig scheinen die Folgen der Karbolvergiftung rasch zu überwinden. Ihre Besserung macht andauernd gute Fortschritte.

Der Schneesturm hat am Donnerstag Nachmittag der 55-jährigen Appretierfrau Eveline Bachmann aus der Kurfürstenstraße 71 schweren Schaden gebracht. Die betagte Frau ging mit ihrer Tochter gegen 1 1/2 Uhr durch die Karlstraße, als plötzlich das Unwetter sie zu Boden warf. Sie zog sich so erhebliche Verletzungen zu, daß sie in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

In einer Droschke hat sich ein Liebespaar erschossen, und zwar der 32-jährige verheiratete Koch Arthur Weber, Sebastianstraße 67, und die 20-jährige Verkäuferin Camilla Ramm, deren Vater Besitzer einer Restauration in Schöneberg ist. Aus einem hinterlassenen Schriftstück geht hervor, daß beide den Entschluß gefaßt hatten, gemeinsam in den Tod zu gehen. Als Motiv der That wird unglückliche Liebe angenommen. Weber war vor längerer Zeit in Stellung und hatte dort die Bekanntschaft der Ramm gemacht, mit der er alsbald ein Liebesverhältnis anknüpfte, das hier in Berlin fortgesetzt wurde. Es wird angenommen, daß Weber zuerst seine Geliebte und dann sich selbst erschossen hat. Die Leichen sind von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

Einem Schlaganfall ist am Donnerstag Mittag der Polizeihauptmann Westphal auf seinem Bureau im Präsidialgebäude erlegen.

Vor den Augen vieler Vorübergehenden sprang am Donnerstag Nachmittag um 5 1/2 Uhr ein unbekannter Mann in unmittelbarer Nähe des Potsdamer Bahnhofes in den Landwehrkanal und ertrank, da ihm niemand Rettung bringen konnte. Die Leiche wurde von der Strömung weggetrieben und kam nicht wieder zum Vorschein. Der Vorgang spielte sich so blitzschnell ab, daß niemand den Lebensmüden so genau gesehen hat, daß er eine Beschreibung von ihm geben könnte. Es fehlt daher an jedem Anhalt zur Feststellung der Persönlichkeit.

Ein betrübendes Unglück ist vorgestern Abend um 7 1/2 Uhr dem 18 Monate alten Knaben Erich des Schuhmachermeisters Berger zu Strassberg zugefallen. Während Frau Berger krank darniederlag und der Mann an seinem Schufterische arbeitete, kam der Kleine an den Vater heran und machte sich bei ihm zu schaffen. Pöblich fiel, als der Kleine da stand, ein scharfes Schuftermesser vom Tische herab und drang dem Knaben in das linke Auge. Berger brachte das verunglückte Kind sofort nach Berlin in ein Krankenhaus; hier erlankte man jedoch bald, daß das verletzte Auge nicht zu retten war.

Witterungsübersicht vom 10. Januar 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0° - 40°)
Swinemünde	778	WSW	3	halb bedekt	-6
Hamburg	778	WSW	5	Schnee	-4
Berlin	780	S	2	heiter	-9
Biesbaden	780	NO	1	heiter	-6
München	778	NO	5	bedekt	-10
Wien	778	NO	3	wolkenlos	-11
Saparanda	761	NO	2	bedekt	-10
Petersburg	757	NO	3	bedekt	-5
Cork	787	NO	2	wolfig	3
Amsterdam	784	NO	3	wolfig	4
Paris	781	NO	3	wolkenlos	-6

Weiterprognose für Sonnabend, 11. Januar 1896. Gelindere Wetter mit mäßigen bis frischen westlichen Winden, zunehmender Bewölkung und geringen Niederschlägen. Berliner Wetterbureau.

Kunst und Wissenschaft.

Der neue Rembrandt im königl. Museum, den Frau Schwieger-Draus, wie gestern berichtet, zum Gegenstand ihrer Angriffe gemacht hatte, löst nicht, wie gestern irrthümlich von uns mitgeteilt worden 200 000 M., sondern 500 000 M.

Der Dichter Paul Verlaine ist, wie gestern bereits in einem Telegramm aus Paris berichtet worden, am 8. Januar gestorben. Er war im Jahre 1840 in Metz geboren und trat schon mit 20 Jahren zum ersten Male in die Öffentlichkeit durch seine „Poèmes saturniens“, die 1865 erschienen. Ver-

fouderz bekannt wurde Verlaue durch die Gedichte der „Fetes galantes“ und die „Bonnes chansons“. Zu seinem „Peyrou“ legte er Erinnerungen an seine Jugendzeit, die er in Montpellier verbrachte, nieder. Eine unglückliche Heirat und der deutsch-französische Krieg unterbrochen sein Schaffen bis zum Jahre 1874, wo „Les romans sans paroles“ herauskamen. Ein langer Aufenthalt in dem Cartäuserkloster La grande Chartreuse liehen die Gedichtsammlungen „Sagesse“ entstehen. Er schrieb dann noch „Prêtres maudits, Amour et Bonheur etc. Den größten Teil seines Lebens verbrachte der Poet in Paris, wo er in einem bescheidenen Carpon-Logis des Quartier Latin wohnte.

Gerichts-Beitrag.

Von weittragender Bedeutung speziell für die organisierte Arbeiterschaft ist ein Urtheil des Straßensatzes des Kammergerichts, welches am 9. Januar gefaßt wurde. Es handelte sich um eine Auslegung des § 1 Abs. 1 des Vereinsgesetzes. Gegen diesen und den § 12 des genannten Gesetzes sollte sich der Gastwirth Gabbert dadurch vergangen haben, daß er in seinen Räumen eine Versammlung duldet, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert wurden, ohne daß dieselbe polizeilich angemeldet worden war. Genosse Bindele sollte sich der Uebertretung des gleichen Paragraphen dadurch schuldig gemacht haben, daß er in dieser unangemeldeten Versammlung als Redner fungierte. Die betreffende „Versammlung“ vom 20. Mai v. J. war in Wirklichkeit eine jener Zusammenkünfte von Parteigenossen des 6. Wahlkreises, zu denen die betreffenden lediglich der gemeinschaftliche Zweck führte, ihre Wahlvereinsbeiträge zu bezahlen: ein sogenannter „Zahlabend“, verbunden mit zwanglosem geselligen Verkehr. Am fraglichen Abend ließ der Beitragskassierer sehr lange auf sich warten und so entschloß Genosse Bindele sich, einen Abschnitt einer liebtöschlichen Broschüre: „Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen“, vorzulesen. Der Lokal-Inhaber wandte nichts dagegen ein. Die Angeeschuldigten wurden vom Schöffengericht freigesprochen, vom Landgericht aber verurtheilt. Ihr Vertreter machte in der

Revision geltend, daß nach Paragraph 1 Abs. 1 des Vereinsgesetzes von allen den Versammlungen bei der Polizeibehörde Anzeige zu machen ist, in welchen „öffentliche Angelegenheiten“ erörtert oder berathen werden sollen“, daß aber die Zusammenkunft am 20. Mai 1895 nicht von vornherein der Vorlesung aus der fraglichen Broschüre gewidmet gewesen sei. Der Wortlaut der angezogenen Bestimmung lasse als Voraussetzung der Anmeldepflicht erkennen, daß als Zweck der gemeintem Versammlungen im voraus die Erörterung oder Berathung öffentlicher Angelegenheiten bestimmt gewesen sein müsse. Da diese Voraussetzung hier fehle, könnten die Angeeschuldigten auf keinen Fall bestraft werden. Die Vorlesung hätten sie nicht voraussehen können. Das Kammergericht entschied dahin, daß die Angeklagten von der Anschuldigung der Uebertretung des § 1 des Vereinsgesetzes freizusprechen seien, obwohl es sich um eine politische Versammlung handelte. Durch die Vorlesung sei die vorher nicht politische Versammlung Versammlung geworden. Vorher sei die Anmeldung nicht nötig gewesen, da der vorausbestimmte Zweck der Versammlung sich lediglich auf die Abrechnung und ein geselliges Beisammensein erstreckte, und als dann durch die Vorlesung öffentliche Angelegenheiten erörtert wurden, sei die Anmeldung nicht mehr möglich gewesen. Straffällig hätten sich G. und L. nur gemacht, wenn von vornherein die Absicht bestanden hätte, die Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten auszuführen.

Vermischtes.

Entlastung der Telephonistinnen. Die Telephonistinnen gehören zu den durch ihre Dienstthätigkeit am meisten ausgegrugten Beamtencategorien. Eine Erleichterung der Arbeit dieser Damen ist daher, sobald sie sich durchführen läßt, schon aus Humanitätsgründen geboten; dazu kommt, daß jede solche Entlastung den Telephonbenutzern direkt zu gute kommt. Aus diesen Ursachen hat man in Amerika mehrfach versucht, den Abonnenten durch mechanische Einrichtungen ein Zeichen zu geben, wenn die von ihnen gewünschte Telephon-

verbindung anderweitig besetzt ist; durch solche mechanische Signalvorrichtung wären die Telephonistinnen von der Pflicht befreit, die Mittheilung, daß ein Anschluß nicht vermittelt werden kann, mündlich zu machen — und das wäre eine immerhin nicht unbedeutende Erleichterung. In Boston hat man zu diesem Zweck jetzt die Einrichtung getroffen, daß in den gedachten Fällen ein Graphophon, das ist eine Art Phonograph, so mit dem Karusenden verbunden wird, daß diesem der Apparat einige Male zuruft: „Die Leitung ist besetzt, bitte rufen Sie nach 5 Minuten!“

Schneestürme in Ungarn. Aus Debensburg wird berichtet: Infolge der andauernden großen Schneestürme ist die Kommunikation mit den in abartigen Orten unmöglich. Der Verkehr auf der Südbahn ist be eits eingestellt. Der Zug nach Steinamanger konnte gestern nicht mehr abgelassen werden.

Zusolge einer Explosion im Expreszug. Der gerade den Tunnel unweit Waterford passirte, wurden, wie aus London berichtet wird, am Freitag mehrere Reisende sehr schwer verletzt und einige Wagen zertrümmert.

Sardinische Räuberromantik. Aus Cagliari wird vom Donnerstag berichtet: Eine Bande von Verbrechern machte einen Raubeinfall in Jerza; dieselben tödteten drei Personen und verwundeten einen Genbarmen schwer.

Erdbeben. Dem Reuterschen Bureau in London wird aus Teheran gemeldet: Nach hier aus Aserbeidshen eingegangenen Nachrichten fanden in Kalkhal, nördlich von Mianch, zwei heftige Erdbeben statt. Durch das erste Erdbeben, welches sich in der Nacht vom 2. Januar ereignete, und welches außerhalb des Distriktes nicht verspürt wurde, wurden das große Dorf Janabad vollständig und andere Dörfer theilweise zerstört; dreihundert Personen verloren bei dem Erdbeben das Leben. Der zweite Erdstoß fand in der Frühe des 5. Januar statt und wurde in einer Ausdehnung von über 100 Meilen wahrgenommen. Die kleine Stadt Gai mit 1000 Häusern wurde vollständig zerstört, viele Dörfer wurden stark beschädigt. In Gai allein kamen 800 Personen um das Leben. Auch große Mengen Rindvieh und Gase sind umgekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, 11. Januar.
Opernhaus. Laubhäuser.
Schauspielhaus. Hungerloof.
Deutsches Theater. Weh dem, der lügt.
Berliner Theater. Faust.
Kessing-Theater. Komtesse Guderl.
Neues Theater. Der Herr Direktor.
Residenz-Theater. Hals über Kopf.
Vorher: In doppelter Belehrung.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Gefallene Engel.
Schiller-Theater. Der Widerspenstigen Zähmung.
Adolph Ernst-Theater. Frau Lohengrin.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Alexanderplatz-Theater. Die kleinen Lämmer.
National-Theater. Kean. Ischens, das Waldmädchen.
Theater Unter den Linden. König Chilperich.
Selle-Alliance-Theater. Böse Buben.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Wilhelm Tell.
Abends 8 Uhr: Zum ersten Male! Onkel Bräsig.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Volks-Vorstellung
zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Gastspiel des Herrn Hans Proger vom Stadttheater zu Mainz.

Kean.
Schauspiel in 5 Aufzügen von Alex. Dumas. Deutsch von Randolf.
Regie: Max Samst.
Zum Schluß:
Ischens, das Waldmädchen.
Morgen nachm. 4 Uhr: Gr. Kinder-Vorstellung. Robinson Crusoe.
Abends: Der Trompeter von Säckingen.
Zum Schluß: Ischens, das Waldmädchen.
In Vorbereitung: Opfer der Großstadt.

Passage-Panopticum.
Täglich um 5 1/2 und 8 Uhr:
Affentheater und Circus.
30 Affen,
30 Hunde,
12 Pferde,
Esel, Ziegen,
Schweine, Hasen

Adolph Ernst-Theater.
Zum 20. Male:
Frau Lohengrin.
Schwank mit Gesang in 3 Akten von Ed. Jacobson und W. Mannstädt.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexanderplatz-Theater.
Zum 83. Male:
Die kleinen Lämmer.
Vaudeville in 2 Akten von L. Varney.
Nach Urtheil der gesamten hiesigen Presse die beste Novität dieser Saison.
Vorher: Fortunio's Lied. Operette.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Sonnabend, 11. Januar 1896;
Zum 127. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund und Wilh. Mannstädt.
Musik von Julius Einblashaler.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Walhalla-Theater
Oranienstr. 52 (dicht am Moritzplatz).
Täglich: 2098b
Eine Stunde im
Zukunftsstaat.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Kolossaler Beifall!
Neu! Prinzessa Neu!
Colibri.
James Wunderausstellung
Hirschfeld und Tochter.
Paoly-Truppe (5 Personen).
4 Geschwister Zora.
3 Gebrüder Hanlon.
Die urkomische Stutzki.
Die Kunstschützen
Valmor Morell Stuart.
Anfang (Sonntag) 6 Uhr.
(Wochentags) 7 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf. Reserv. Pl. 50 Pf.

W. Noack's
Konzert- und Gesellschafts-Säle,
Brunnenstr. 16.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag:
Großes Konzert Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:
● **Großer Ball.** ●
Empfehle meine hocheleganten Säle für Vereine, Privatgesellschaften zu den billigsten Bedingungen.
W. Noack.
Mein Saal ist im Februar u. März noch z. vergeben. Bohne, Hasenbalde 45.

Großes Konzert Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:
● **Großer Ball.** ●
Empfehle meine hocheleganten Säle für Vereine, Privatgesellschaften zu den billigsten Bedingungen.
W. Noack.
Mein Saal ist im Februar u. März noch z. vergeben. Bohne, Hasenbalde 45.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Die pikanteste aller Soubretten
Dora Parness.
● **Signor Salerno** ●
d. beste Jongleur d. Gegenwart
Sergeant Simms
mit seinen 12 Negerjungen.
Ferner 40 Künstler I. Ranges
Kasseneröffnung 6 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Concerthaus Sanssouci
Kottbuserstraße 4a.
Heute, sowie jeden Sonntag und Donnerstag:
Soiree der allbeliebten Stettiner Sänger
(Maysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Sohrador)
Anfang 7 Uhr. — Entree 50 Pf.
Heute:
Hydrastisches Programm!
Montag: Victoria-Brauserl.
Anfang 8 Uhr. — Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf.
Dienstag: Böhmisches Brauhause.
Mittwoch: Moabiter Stadttheater.

Neuer Circus. (Bahnhof Börsen).
Circus Busch
Sonnabend, 11. Jan., abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Sport-Vorstellung
Ischens, das Waldmädchen.
Außerdem:
Ein hippologisches Potpourri von 100 Hengsten, in Gruppen dreif. u. vorgef. v. Dir. Busch. Conversano II, echt Lipizaner Schimmelhengst, dreif. und ger. v. Herrn Footitt-Burghard. Mme. Maria Doré als Schulerleiterin a. Petronius, traf. Hengst, ohne Sattel u. Zaum. Ein Reiterinnen-Potpourri, ausgef. v. Sign. Natalie, Geschw. Powell und Senora Dollinda de la Plata. Die 5fache Jockey-Konkurrenz. Senor Passi m. f. großartig dressirten span. Stier. Austr. d. beliebtesten Klowns.
Sonntag: 2 große Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr (ermäßig. Preise) und ein Klod unter 10 Jahren frei); Ein Winterstraßentanz. Abends 7 1/2 Uhr: Ischens.

Th. Boltz' Festsäle,
S., Alte Jakob-Strasse 75.
Amt I, 1082. 4274L*
Empfehle meine Säle zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen zu kulantesten Bedingungen.
Neu eröffnet!
Hippodrom
Rungestrasse 8
Großes Musikreiten
für Herren und Damen täglich bis abends 11 Uhr. Entree frei.

Urania
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Kaiser-Panorama
(Passage).
Neu! Zum ersten Male! Eine interess. Wanderung durch Lissabon. Dritte Reise durch das materische Thüringen. Eine Reise 20 Pf., Kinder 10 Pf., Abonn., 8 Reisen, nur 1 M.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Neu: **Theatrum mundi!**
(Mechanisches Welttheater.)
Im Musikons-Haal:
Allerseelen.

Alcazar.
Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage).
Neu! Die Neu! Erholungsreise.
Posse von Angelg.
Regie: Edwin Stempel.
Victor und Magda.
Nisch-Oris. Miss Raymond.
Entree: Wochent. 10 Pf., Anf. 8 U.
Sonntag 30 " " 6 "

Welch' ein Erfolg!
Stets das Gute bricht sich Bahn!
Täglich ausverkauft
ist
Kaufmann's Variété-Theater
Königsstraße, Kolonnaden.
Blanck's Stadt-Klatsch
Die modernen Bänkelsänger
Gebr. Nickel's
Hammerstein's Leiden
Schmidt Hawkins,
Rudersport
Hals über Kopf!!!
Der lustige Carnevals-Scherz.

Empfehle Freunden u. Bekannten mein
Weiss- u. Bairisch-Bierlokal
A. Neufeld, Reichenbergerstr. 10.
Paster's Festsäle
Neue Königstr. 7.
Mein Saal mit Nebenräumen noch einige Sonnabende zu vergeben. (4269L*)
Säle zu Festlichkeiten u. Versamml. unentgeltl. Alexanderstr. 27c.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied
Stephan Hellwig
am Mittwoch, den 8. Januar, an der Proletarierkrankheit gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des freireligiösen Friedhofs (Vappel-Allee) aus statt.
Um rege Betheiligung bittet
Die Ortsverwaltung.
Am 9. d. M. verstarb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann und guter Vater, der Gastwirth
Julius Hoppe,
im 48. Lebensjahr. 2118b
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Jakobskirchhofes aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.
Für die zahlreiche Theilnahme bei der Beerdigung des Tischlers **Julius Schwarz** sagen wir allen, besonders den Arbeitern der Werkstat. Ländge herzoglichen Daul. 2108b
Die trauernden Hinterbliebenen.

Alte Stiefeln, ausw. Bestellungen u. Reparaturen reell u. billig Dresdenerstr. 49, Runge.
Neue Dosen, Leberzieher *M billig zu verkaufen Pfandleihe Kaltehofstr. 13.

Strickwooll-Neste, Zephyr, Hochwohle zu Partierpreisen jetzt Holzmarktstr. 60, Hof links 1 Tr.
Schlittschuhe, 15 Pf. an, Kottbuserstraße 13. 2125b
2 Pferde und 2 Geschäftswagen zu verk. Möckernstr. 115, Röber. 2127b

Grünau. G. Lindenhayn,
Gastwirth,
hält seine Lokalitäten best. empfohlen.

Mühlentstr. Nr. 8
nahe Oberbaum, sind von sofort oder später billige Wohnungen von 1 u. 2 Stuben nebst Küche und Zubehör zu vermieten. 42762*
Möbl. Schlafst. f. 2 Herrn, sep. Eing. Preis 6 M. Boedstr. 51 a. Grimm-Bart, Hof 3 Tr. h. Fr. Josp. 2126b

Arbeitsmarkt.
Goldleisten. 21815
Tüchtige Vergolderinnen finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung Köpnickstr. 109a.

Goldleisten. 21826
Tüchtige Grundrizer finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung Köpnickstr. 109a.
Tücht. Fraiser zum Montag verlangt N. Hoyer, Pankowstr. 78. 2118b

Ein auf kleinere Silberfachen geübter **Presser** wird Prinzessinnenstr. 16 gesucht. 21215
Papier- u. Papponzuschnider, aber nur geübte, suchen 2116b
Gutmann & Meyer, Mendelssohnstr. 2

Karton-Arbeiterinnen, aber nur geübte, suchen 2117b
Gutmann & Meyer, Mendelssohnstr. 2
Verfälscher auf Reizen verl. Schulh. Niddorf, Berlinerstr. 89. 2123b

Aus dem bayerischen Landtage.

(Eigener Bericht.)

München, 9. Januar.

Bei überfüllten Tribünen wurde heute die Interpellation bez. des Vorfalls im Pischorbräu in der Abgeordnetenkammer verhandelt. Ueber die Debatte selbst wurde bereits telegraphisch berichtet, es erübrigt noch, einige das allgemeine Interesse berührende Momente kurz hervorzuheben. Die Entrüstung, welche wie jede spießbürgerliche Kundgebung sehr bald verschwinden wird, zeigt immerhin, daß auch dem „besseren Publikum“ nach und nach die Augen aufgehen über den militärischen Wechselbalg, den es in bürgerlichem Reservelieutenant's-Entschlusse großgepöppelt hat. Und wir verstehen, wenn auch mit berechtigter Schadenfreude, den Schmerz des Kriegsministers über die bedenkliche „antimilitärische Strömung“, die sich in Birthinghaus-Palaten wie: „Hier werden keine Honneurs gemacht“ oder: „Unteroffizieren ist der Eintritt verboten“ etc. dokumentiert. Herr Professor Quibde, der Mächtegerademokrat und Hans Dampf in allen politischen Gassen, welcher mit der Frigidität des smarten Geschäftsmannes das spießbürgerliche Geschehen über drohendes Ordnungsbürgerleben und Entweihung geheiligter „besserer“ Viertel politisch aufschlochte, hat sich aber allmählich doch so viel Menschenkenntnis erworben, um zu wissen, daß die besagte Entrüstung seines geliebten Publikums nicht lange genug vorhält, um acht Tage nach dem Begebnis eine gutbesuchte Versammlung im Münchener Kindellager zu stände zu bringen. Und der Galgula-Mann äußerte diese seine Meinung in der von ihm arrangierten Kellamerversammlung auch öffentlich und unverhohlen. Daß der bürgerliche Entrüstungsgeist wirklich bereits stark zum Teufel gegangen, bewiesen auch die Reden der „liberalen“ Münchener Interpellanten Schwarz, Seyboth und des in seinen alten Tagen zum erbaulichen Biertrinker umgewandelten Abg. v. Stauffenberg. Allgemeine Lebensarten über das notwendige Einvernehmen zwischen dem herrlichen Kriegsheer und dem braven Zivilpublikum, keine Kritik des Systems, ein Gaffen an Neuerscheinungen, ein: „Wach mir den Pelz, aber mach' ihn nicht naß.“ Da war der Pre-trumpfdröner Dr. Daller viel glücklicher, er fand wenigstens ein paar Worte für die Bedrückung der Wäcker durch die Militärpatronen und wußte sich auch, allerdings mit der üblichen bayerisch-patriotischen Naivität, die „antimilitärische Strömung“ daraus zu erklären: „daß der Militarismus die Sonne ist, um den die bürgerlichen Organisationen wie kleine Sternlein kreifen müssen“ und daß solche Vorfälle symptomatisch für die Entwicklung sind und nicht zufällig kommen wie ein Sternschnuppen.“ Die Interpellation lautete:

1. Ist die königl. Staatsregierung in der Lage, den Sachverhalt betreffs der während der Spalsternnacht in der Gastwirtschaft „zum Pischor“ in München stattgehabten Vorfälle bekannt zu geben? 2. Welche Maßnahmen gedenkt die Kriegsverwaltung zu treffen, um derartige unerhörte Uebergriffe für alle Zukunft (?) zu verhüten? Begründung: Die Anfragen erklären sich durch den Hinweis auf das Vorkommnis, welches in der Nacht vom 31. Dezember vorigen Jahres in dem erwähnten Gasthause sich ereignet, und welches, herbeigeführt durch das Verhalten eines Sergeanten und das Einschreiten einer Militärpatronin, eine tiefe Erregung in allen Bevölkerungskreisen hervorgerufen hat. Unterzeichnet hatten die „liberalen“ Abgeordneten von München: A. Linger, Hänle, Maison, Schwarz und Seyboth.

Von der Antwort des Kriegsministers muß gesagt werden, daß sie das Bestreben zeigte, so viel es eben einem einseitig erzogenen Militär möglich, nach allen Seiten gerecht zu sein. Er gab sowohl den Helden Zech, wie den wachhabenden Lieutnant Schwarz unter Ausdrücken harter Kritik über deren Benehmen, preis, wie er sich auch ehrlich über das Publikum entrüstete, das es wagte, den Unteroffizier Zech anzuzucken. Und wenn es auch hie und da Komische gienge, als Herr von Asch auf die trefflichen Ausführungen Grillenberger's hin erklärte, die — ach, so schuldlosen Militärs! — wollten sich nicht soweit herunterdrücken lassen, bloß gebüdet zu sein, blieb auch hier wieder das Auftreten des bayerischen Kriegsministers das eines ausländischen Mannes, der weiß, daß er der Volkvertretung Rechenschaft schuldig ist. Das wirkliche Verständnis der Situation ist aber, der heutige Tag bewies es wieder, zu den Sozialdemokraten geflohen. Was Genosse Grillenberger in einstündigen Auseinandersetzungen sagte, wie er an den Symptomen des System schonungslos kritisierte, das dürfte an der Hand des Spalsternereignisses im Pischorbräu doch manchem Zweifler jetzt als das einzig richtige erscheinen. Und bei der Stimmung, die in weiten bayerischen Volksteilen

seit Buchsmühl sich immer mehr der Sozialdemokratie zuneigt, wird das Wort Grillenberger's besser wirken, wie alle Entrüstung „besserer Spießbürger“: Wenn Sie derartige unerhörte Uebergriffe für alle Zukunft verhüten wollen, so bleibt Ihnen nichts übrig, als sich unserem Kampfe gegen den Militarismus anzuschließen, so aber haben Sie allen Grund, sich an die Brust zu schlagen und auszurufen: mea culpa, mea maxima culpa! Seitens eines Abgeordneten des Bauernbundes wurde ein Antrag auf Beseitigung der militärischen Ehrenbezeichnungen in öffentlichen Lokalen angekündigt. Diesen Antrag ist wohl die Zustimmung aller Parteien, mit Ausnahme des pfälzischen Nationalliberalismus sicher. Die Reichsraths-Kammer wird indessen dafür sorgen, daß er nicht Gesetzeskraft erlangt.

Während im Sitzungssaale die Verhandlung stattfand und allerlei Vetheuerungen vom guten Einvernehmen zwischen Militär und Zivil dahin flossen, hatten wir Gelegenheit im Korridor oben vor dem Eingang zu den Tribünen eine kleine Szene anzusehen, die gewisse militärische Ansichten sehr hübsch illustriert. Ein bayerischer Kavallerie-Offizier mit der Mütze auf dem Kopfe, wollte in die reservierte Loge eintreten. Ein Landtagsbote mochte den Herrn darauf aufmerksam, daß er auf der Tribüne, die doch einen Bestandteil des Sitzungssaales bilde, die Mütze abzunehmen habe. So? die Mütze abnehmen? Nein, die nehme ich nicht ab. Doch, Herr Lieutenant, da drinnen dürfen Sie die Mütze nicht aufbehalten. So, nicht? Nun, dann gehe ich. Sprach's und schwebte stolz ab mit der Mütze auf dem edlen Haupte, das unbemüht zu sehen dem Zivilhaupte der Volkvertreter nicht gegnärt wurde.

Ein Stimmungsbild aus dem Saarrevier

entwirft im christlich-sozialen Volk ein Korrespondent des Blattes aus der dortigen Gegend. Wir geben die für unsere Leser wesentlichen Theile desselben wieder, bitten aber, die Quelle, der wir den Bericht entnehmen, vor Augen zu halten. Er lautet:

Pfarrer Venke hat in seiner berühmten gewordenen Unterredung mit dem Freiherrn v. Stumm von einem System der Gewalt, des Denunziens und Spionirens zu reden den Muth gehabt, was über seiner späteren Kleinmüthigen und devoten Haltung doch nicht vergessen werden sollte. Wobin dieses System auf die Tauer führt, läßt sich im Saarrevier, das ja seit lange unter dem System „der festen Hand“, wie es der Freiherr wohlklingend bezeichnet, steht, in einer für Psychologen interessanten Weise beobachten. So sind für die Begriffe von politischer Freiheit, welche der Normalbürger des Saarthaales hegt, und für seine politische Unreife die Gerichte anheißt bezeichnend, welche fortwährend hier aufstehen und gelaugt werden. Sobald irgend eine sozialpolitische Auffassung oder gar Bestrebung, wenn auch in der allerbescheidensten Form, sich bemerkbar macht, welche von der durch den Freiherrn gebilligten abweicht, so tauchen sofort Gerichte auf, daß die Vertreter derselben Maßregelungen ihrer vorgeordneten Behörde zu gewärtigen hätten. Augenblicklich spricht man wieder sehr lebhaft davon, daß einige Herren, welche als „Schwarzgeister“ gelten, demnächst ihre Vernehmung nach Posenaukel, Zwanzigau oder einem anderen lieblichen Orte zu erwarten haben. Es giebt Leute, die sich einbilden, ein königlicher Landrath könne sich dazu hergeben, zum Vermittler Stumm'scher Wünsche zu werden. Ja noch mehr. Der an das „System der festen Hand“ gewöhnte Saarbürger glaubt es auch, wenn ihm erzählt wird, daß Stumm bei Gelegenheit einer Jagd in Fehlingen vor mehreren Wochen in der Regierungspräsidenten von Trier „scharf gemacht“ habe, gegen einige Verurtheilte vorzugehen. Ganz neuerdings endlich rannen sich die Leute ins Ohr, der Freiherr werde demnächst bei dem Oberpräsidenten in Koblenz zu Tisch sein und bei dieser Gelegenheit auch den General-Superintendenten der Rheinprovinz treffen. Daß der Freiherr beabsichtigt, auch diese auf seinen Salzfleisch zu legen und „scharf zu machen“, ist für unser Publikum selbstverständlich.

Wie dergleichen leere Gerüchte thatsächlich geglaubt werden, zittert alles vor Stumm's Macht, und die Furcht vor ihm ist noch größer als seine Macht. Es liegt wie ein magisches Band auf dem ganzen Saarrevier, der es ermöglicht, daß ein Privatmann eine geradezu unerhörte Gewalt ausübt. Darum glaubt man natürlich auch, daß Landräthe, Regierungs- und Oberpräsidenten und dann erst recht General-Superintendenten sich diesem Vorze nicht entziehen könnten.

Ein freilich ist besonders lehrreich. Bis her zogen derartige Gerüchte die kirchlichen Behörden niemals in ihr Spiel. Wenn nun ein böses Mißtrauen auch vor der ehrwürdigen Gestalt unseres Superintendenten nicht mehr Halt macht, so sehen wir hier etwas von dem „Widerhall“, den der Erlaß des Oberkirchenraths im Lande findet, und der hier als ein anderer erscheint, als der Oberkirchenrath so zuverlässig gehofft zu haben scheint. Ein giftiges Mißtrauen gegen alle amtlichen Vertreter der Kirche, als wären sie nur Gehilfen der Reichen, insbesondere der Stumm und seiner Gefinnungsgenossen, wird aus dem beklagenswerthen Erlasse neue Nahrung ziehen, und den Boden, den die Kirche im Volke hat, ruhelos zernagen und zerföhren. Das erfährt unser verehrter Generalsuperintendent nun schon am eigenen Leibe.

Da ich gerade an dem Erlaß des Oberkirchenrathes bin, so will ich auch ein anderes Gerücht noch verzeichnen. Eine Stelle des Erlasses, welche von der Erfolglosigkeit des Auftretens der Geistlichen in Versammlungen spricht und von „Kompromittiren“ redet, wird hier gleichfalls indirekt auf Stumm zurückgeführt. So erstaunlich, wie sie auf den ersten Blick erscheint, ist diese Kombination freilich nicht. Es ist nämlich, wenn ich nicht irre, vor der letzten Reichstagswahl Liebknecht im Saargebiete gewesen und hat eine große Versammlung dort abgehalten. Der einzige, der den Muth fand, ihm entgegenzutreten, war Pfarrer Epbisch von Neunkirchen. Der direkte Erfolg seines Auftretens war gering, er wurde einfach niedergeschrien und später im „Vorwärts“ mit Hohn behandelt. Trotzdem hatte sein Auftreten ohne Frage einen moralischen Erfolg, wie jedes ehrliche und muthige Auftreten nie ohne einen solchen ist. Welch einen Eindruck hätte es gemacht, wenn niemand — ich sage niemand im ganzen Königreich Stumm — es gewagt hätte, Liebknecht entgegenzutreten. Und nicht von Liebknecht überwunden, sondern von bestellten Radaubrüdern niedergeschrien wurde der tapfere Geistliche. Gerade das hat bei vielen Arbeitern die Auffassung hervorgerufen, daß man den Eindruck einer Rede des beliebigen Geistlichen gesüchtet habe und darum nicht gewagt habe, ihn zu Wort kommen zu lassen. Eber selbst angenommen, daß Auftreten des Pfarrers Epbisch hätte keinen Erfolg gehabt, so ist man umsomehr berechtigt, zu fragen, wo waren denn die Könige und Fürsten des Saargebietes, die sich immer rühmen, daß sie „ihre Arbeiter“ vor der Sozialdemokratie bewahrt hätten? Wo war vor allem der Löwe des Saargebietes, als Liebknecht in seine Höhle kam? Warum konnte Liebknecht aus der Höhle des Löwen hervorgehen wie ein siegreicher Held? Die Arbeiter erzählten später, es seien einige Subalternbeamte der Grube und einige Werkbeamte aus Neunkirchen zu der Versammlung kommandirt gewesen, um die anwesenden Arbeiter „auszuspienieren und zu denunzieren“. Aber von den freitretenden Herren war niemand zu sehen, und der Arbeiter sagt sich: Sie hatten nicht die Kurage“. Sie ließen den muthigen Pfarrer allein und gaben dann in der Stumm'schen „Saar- und Bied-Zeitung“ ihr überlegenes Urtheil dahin ab, daß sie im Interesse der Würde des Geistlichen (oder eine ähnliche gönnerhafte Wendung) gewünscht hätten, das Hervortreten desselben wäre unterblieben. Der „Vorwärts“ druckte das mit Behagen ab. Es ist aber eine jämmerliche Weise, erst den muthigen Mann im Stich zu lassen und ihm dann hinterher mit Gönnermiene einen „vornehmen“ Zutritt unter dem Weisfall des „Vorwärts“ zu geben. Einen Professor, der wahrscheinlich nie eine Pistole geführt und sehr kurzschichtig ist, unter Verletzung christlicher Grundsätze vor die Pistole fordern, ist freilich leichter, als Liebknecht Rede stehen. Und seine Arbeiter durch das von Herrn Venke gekennzeichnete System vor der Sozialdemokratie bewahren, ist freilich öffentlich weniger kompromittirend, als in einer Volksversammlung, in der nicht die Anhänger die Majorität sind, gegen Liebknecht stehen.

Loch um auf den Erlaß des Ober-Kirchenrathes zurückzukommen, so denkt man hier, daß der Willkür, wo Geistliche in sozialdemokratischen Versammlungen sich „kompromittirt“ haben, fast keine bekannt geworden sind, und meint, der schmählich im Stich gelassene Pfarrer Epbisch habe Modell sitzen müssen für den Erlaß des Ober-Kirchenrathes. Bezeichnend für unser Publikum ist dabei besonders, daß man Stumm hinter allem sucht und ihm sogar den Einfluß zuschreibt, einen, vielleicht den wichtigsten Passus des oberkirchlichen Erlasses

Clotilde. (Nachdruck verboten.)

Roman aus der Gegenwart von D. W. M. von Walthausen.

Dr. Langenberg beantragte, die Leiche des Majors müsse ausgegraben werden, um festzustellen, ob dieses Gift in dem Körper sich vorfinde.

Hanne wurde nochmals verhört. Unter Schluchzen gestand sie ein, etwas von dem Wohlriechenden aus der großen Flasche genommen zu haben, aber schon vor längerer Zeit. „Ich fand das kleine Fläschchen leer damals beim Aussegnen am Boden liegen“, erzählte Hanne weinend, machte es rein und goß etwas von dem Gutriechenden hinein.

„Und die anderen Kästchen und Büchschchen?“ fragte der Richter.

„Die hatte der englische Major früher schon zurückgelassen. Ich habe sie, anstatt wegzuworfen, aufgehoben, weil so hübsche Bildchen darauf waren.“

„Wie kommen Sie denn zu dem Perlmutter-Portemonnaie und den Goldstücken?“ fragte der Beamte weiter.

„Dies hat mir der englische Major in die Hand gedrückt, als ich ihm ein Glas warmes Wasser brachte.“

„Dabei sollen Sie sich ja sehr lang verweilt haben und in demselben Glase hat man von dem J. halte des Arsenikfläschchens vorgefunden. Haben Sie das Fläschchen ausgegossen um Parfüm hineinzuthun?“

Hanne sagte ganz verwirrt: „ich weiß von nichts, ich bin unschuldig.“

„Das wird sich erst ergeben“, erwiderte der Assessor. „Die Verdachtgründe sind so schwerwiegender Art, daß ich Sie beide sofort verhaften muß.“

Hanne that einen lauten Schrei.

„Verhaften?“ schrie Friedrich, „warum denn?“

„Eben weil Sie das Warum kennen und nichts wissen wollen.“

„Das geht aber nicht, wir heirathen morgen.“

„Darauf fragen wir nicht“, sagte der Assessor, indem er zwei Gerichtsdienern winkte.

„Nicht? Sehen Sie doch dort, wie das arme Mädchen heult. Ich lasse meine Braut nicht verhaften.“

In diesem Augenblick wurde Friedrich von den beiden Dienern angefaßt.

„Ach lieber Herr!“ stieß Hanne weinend hervor und sank in die Knie vor dem Assessor: „Lassen Sie Friedrich nicht anfassen und fortzschleppen, lassen Sie uns hier!“

Friedrich sah mit stehenden Augen kaum, wie Hanne weinte, sah die Hände der beiden Männer, als ihn eine wilde Wuth überfiel. Mit furchtbarer Kraft stieß er beide Fäuste empor und traf jeden der Angreifer so gewaltig im Gesicht, daß das Blut aus Mund und Nase rann. Dann stürzte er auf Hanne zu und bemühte sich, sie mit den freischwebenden Worten emporzureißen: „Nicht laien vor solchen Menschen!“

Tiefe Worte beleidigten den Assessor so sehr, daß er rachschnaubend bei sich schwur: Er muß verurtheilt werden, eher ruhe ich nicht! Er rief noch zwei Gerichtsdiener herbei.

Friedrich wehrte eben die sich wieder ermanneten Diener von sich, da wurde er schon zu Boden geworfen, die zwei anderen Gerichtsdiener stürzten sich auf ihn und den vier starken Männern gelang es erst, den Tollwüthigen zu binden.

Dem Assessor war dieses Aufstehen gegen die öffentliche Gewalt noch ein Beweis mehr, daß er recht habe.

„Führt sie fort“, befahl er den Gerichtsdienern, „wir wollen ihn zahm machen und sie bekennen lehren. Ich habe mich nicht geirrt. Wir haben den Raubmörder und seine Gehilfin, die Giftmischerin.“

Hanne und Friedrich mußten geführt werden. Hanne war halb ohnmächtig aus Angst und Zorn. Friedrich konnte vor Schmerz kaum gehen. Man hatte ihm die Arme so fest noch hinten gebunden und verknürrt, daß er oft laut anschnie.

Es war ein trauriger Anzug, der sich im frühesten Morgengrauen durch die Straßen bewegte.

Am Tage vor ihrer Hochzeit gingen Hanne und Friedrich an der Kirche vorbei ins Gefängniß.

Hanne bot einen Anblick zum Erbarmen. Die hellen Thränen rannen ihr über die Wangen, als sie an der Kirche vorüberfuhr. Sie hatte noch so viel zu thun bis morgen, und jetzt dieser Aufenthalt. Daß man sie für länger einsperren könnte, das war ja nicht möglich. Friedrich sagte sich freilich, daß er seine Widersehlichkeit wohl mit ein paar Wochen Arrest würde büßen müssen. Als beide im Gefängnißhof ankamen, wollten sie mit einander sprechen, es wurde ihnen untersagt. In getrennten Zellen wurden sie untergebracht und in diesen öden, dumpfen Räumen fanden sie reichlich Zeit, über ihre unglückliche Lage nachzudenken.

Die Leiche des Majors war ausgegraben worden. Bei der nochmaligen Section erklärten die versammelten Aerzte den mit anwesenden Gerichtsperonen: Vergiftung durch Arsenik.

Man betrachtete nun das Brambach'sche Dienstmädchen Hanne als die Verbrecherin, trotz seines Leugnens.

Daß Friedrich ihr bei dem Morde geholfen und den Raub begangen haben mußte, war außer Zweifel; nur wollte er noch immer nicht gestehen, wohin er das Geld aus der Kassette verstedt.

Es wurde daher eine hohe Belohnung dem zugesichert, der das Geld fände oder zur Wiedererlangung hüfe, beziehungsweise über den Verbleib desselben Aufdeckungen bringe.

Allen Bankiers und Polizeibehörden wurde das Verzeichniß der gestohlenen Werthpapiere und Geldsorten zugestellt. Die Untersuchungen und Verhandlungen über dieses Doppeltverbrechen waren von umfangreicher, langwieriger Art. Aber sie hatten doch wenigstens allen Verdacht von der Brambach'schen Familie abgewendet. — —

Georgine war froh, in Gertrude ein nettes, brauchbares Dienstmädchen gefunden zu haben. Sie war still und bescheiden, und was die Hauptsache, von auswärts, kannte also die sich kürzlich im Hause abgespielten Begebenheiten nicht.

Brambach behauptete zwar, daß die blonde Landpomeranze Christl, wie er das neue Mädchen nannte, als perfekte Köchin noch viel zu wünschen übrig lasse.

veranlaßt zu haben. Auch das ist bezeichnend für den „Widerhall“, den der Erfolg findet. Wir fürchten, das Echo des Schlafes wird trotz des Beifalls der Mittelparteien und der Schandenfreude des Freisiums und der Sozialdemokratie noch manches mal Töne an das Ohr des Oberbürgermeisters bringen, nach denen er nicht verlangt hat.

Soziale Uebersicht.

Ueber die Handwerkerfrage äußert der Obermeister der Tischlerinnung in Magdeburg in einer kleinen Schrift zur Erhaltung der dortigen Innungs-Hochschule einige sehr wertvolle Gedanken, denen allerdings die prinzipielle Schärfe, wie das ja erklärlich ist, fehlt. Es heißt da: „Man mag über Zwangsmassregeln, Schutzgesetze denken wie man will, welche jetzt mit erneuter Energie von den handwerklichen Verbänden verlangt werden, eines steht unumstößlich fest, daß es nur Verbesserungsmittel sind, durch welche man die innerlich wühlende Krankheit äußerlich zu verdecken anstrebt, gehoben; beseitigt werden die betrübenden Zustände durch derartige Schutzmassregeln niemals, nur in der freien Entwicklung der persönlichen geistigen Kräfte wird eine wirkliche Genesung herbeigeführt. Körperliche Kräfte können heute keine Vorrechte mehr erwerben, einzig und allein ist es die Intelligenz, wodurch ein Kulturvolk seine führende Stellung erwirkt und dauernd erhält. Die geistigen Kräfte eines Volkes nicht verkümmern zu lassen, im Gegenteil zur höchsten Ausbildung zu bringen, muß als eine besonders dankbare und lohnende Aufgabe bezeichnet werden. Dieselbe kann aber nur in der umsichtigen Erziehung der Jugend zum Ausdruck kommen, es ist daher der Schule und ganz besonders dem Fachschulwesen, welches die fachliche Ausbildung des Handwerkerstandes anzustreben hat, die weitestgehende Beachtung und Unterstützung zu gewähren, eine Lebensfrage von der allergrößten Bedeutung. Von dem Augenblick an, wo der jugendliche Handwerkerstand befreit wird von dem allseitig als unbrauchbar bezeichneten Abendunterricht, dagegen am Wochentag die zu seiner theoretischen und praktischen Ausbildung nötige Zeit erhält, ist das sichere Fundament einer gesunden Entwicklung angebahnt, der erste Schritt einer aufsteigenden Bewegung getan.“

Ueber die Nationalität der westfälischen Grubenarbeiter bringt die „Frankfurter Zeitung“ nach der vom Oberbergamte in Dortmund veröffentlichten Zusammenstellung der Verhältnisse der Bergleute folgende interessante Mitteilung:

Von den im Oberbergamtsbezirk Dortmund beschäftigten Personen stammen 97,7 pCt. aus Preußen, 1,29 pCt. entfallen auf andere Bundesstaaten, 2,71 pCt. sind Ausländer. Aus Westfalen selbst entfallen 87 242 (42,46 pCt.), aus dem Rheinlande 31 967 (20,20 pCt.), aus Hannover 2480 (1,57 pCt.). Hingegen entfallen auf Ost- und Westpreußen 20 098 (12,69 pCt.), Posen 9889 (6,21 pCt.), Schlesien 9435 (5,95 pCt.), Posen-Russen 8412 (5,91 pCt.). Fremdsprachlich waren rund 28 000 Mann. Hierunter waren 1849 Analphabeten. Von den Zugezogenen waren zwei Drittel katholisch, nur ein Drittel evangelisch. Von den Fremdsprachlichen haben sich 60 pCt. mit Niederländischen, 40 pCt. mit deutschen Mädchen verheiratet. Das polnische Element ist namentlich im Kreise Selskirkens vorherrschend; auf diesen entfallen allein 10 000, auf Niederrhein 7000. Das Tierstall der Bergleute war: bis zu 5 Jahren 64 800, 5—10 Jahren 27 200, 10—15 Jahren 23 100, 15—20 Jahren 16 000, 20 bis 25 Jahren 13 100, über 25 Jahre 14 200. Davon waren 40 500 noch auf demselben Werke thätig.

Arbeitsvermittlung. Die Arbeitsvermittlungskasse in Dresden hat im vergangenen Jahre 8630 (8078 mehr als im Jahre 1894) Personen und zwar 2188 männlichen und 6442 weiblichen theils dauernde, theils vorübergehende Arbeit nachweisen können. Seit dem Bestehen dieser Vermittlungskasse haben im ganzen 85 261 Personen Arbeit erhalten. Die Nachfrage bei den männlichen Arbeitsuchenden war bedeutend höher als das Angebot der Arbeitgeber. Bei den weiblichen Arbeitsuchenden, bei welchen sich die Arbeit größtentheils auf Waschen, Scheuern, Aufwartungen u. dgl. erstreckt, war nur in den ersten Tagen jeder Woche die Nachfrage nach Arbeit höher als das Angebot der Arbeitgeber.

Der Sonntag als Wochentag hat sich bei der Gewerbegerichts Wahl in Wetzlar außerordentlich gut bewährt; das beweist folgender Satz aus einer gergerischen Zeitung: „An der sonntägigen Wahl der Arbeiterbeisitzer zum Gewerbe-Schiedsgericht zeigte sich eine unerwartet zahlreiche Beteiligung der Arbeiter, wodurch wohl am besten das große Interesse derselben an dem Zustandekommen des Gewerbegerichts dokumentiert ist.“

Er selbst hatte die Stelle des Hausburschen durch eine martialische Persönlichkeit ersetzt, die später seinen Diener vorstellen sollte.

Jean Barbo war mit dem Marchese Terani als Koch und Lakai im Bade gewesen, hatte, nachdem sein Herr als geküßt das Bad verlassen, durch die Zeitung eine Stelle gesucht und Brambach hatte ihn engagiert. Er war also ebenfalls fremd im Hause, wie in der Stadt.

Brambach ließ ihn zwar noch keine Livree, aber eine Bedientenmütze tragen.

Der Vorstand des Sächsischen Vereins theilte in einem artigen Schreiben Georgine mit, daß sie sich wegen Erkrankung einer Ehrendame schon jetzt vorbereiten solle, ihre freundliche Zusage zu erfüllen.

Der Bazar hatte schwachen Besuch gehabt und daher geringe Erträge erzielt. Man sann auf Mittel, das Interesse für die vornehme Bettelei zu erhöhen.

Nach vielen Bemühungen war es gelungen, das Königspar zu der Gewogenheit bereit zu finden, den Bazar zu besuchen. Dieses Ereigniß wurde in der Zeitung mit großen Lettern folgendermaßen verkündet: Dem von den Damen der hohen Aristokratie veranstalteten Bazar von Liebesgaben zum Besten der verwundeten Krieger wird eine seltene Auszeichnung zu theil werden. Das allbeliebte Königspar wird heute den feierlich geschmückten Bazar mit seinem hohen Besuch beehren. Es steht daher zu erwarten, daß dem schönen Liebeswerke zahlreich noch viele Wohlwollende zugeführt werden, um dem erhabenen Beispiele zu folgen. Die Verkaufsstelle, welche bisher von Baroness von der Mühlen, welche leider erkrankt ist, verwaltet wurde, haben mit dankenswerther Bereitwilligkeit Frau Kommerzrathin Brambach und deren Tochter Fräulein Clotilde Brambach übernommen.

Georgine traute ihren Augen kaum, als sie erst durch die Zeitung erfuhr, daß auch ihre Tochter für ein so hohes Ehrenamt herangezogen wurde.

Da galt es denn Clotilden geschmackvoll heraus zu putzen. Und das verstand Georgine.

In ihrer neuen Unschuld strahlte Clotilde wie eine Fee, die Amuth und Liebreiz mit freundlichen Blicken ausstrahlt.

Brambach konnte sich an seinen Liebling nicht satt sehen. Er war sehr stolz auf das Kleinod, das er in Clotilden sein nannte.

(Fortsetzung folgt.)

Wohnungsverhältnisse der Arbeiter in Mannheim. Gelegenheit einer Preispolenit über die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter in Mannheim veröffentlicht das dortige „Tageblatt“, ein bürgerliches Organ, Theile eines Berichtes einer Sachverständigen-Kommission, die die Wohnungsverhältnisse der Stadt untersuchte. Es heißt darin u. a.:

Besteht Wohnungsnoth hier in Mannheim? Wenn man plant, diese wichtige Frage einfach dadurch abzuhan zu können, daß man eine Anzahl lehrreicher, gedundter Arbeiterwohnungen aufzählt, so ist dies ein großer Irrthum. Die Frage muß vielmehr lauten: Sind hier genügend gesunde Wohnungen zu einem für den Arbeiter erschwingbaren Preis zu haben? Für ungesund halten wir aber eine Arbeiterwohnung, 1. wenn in demselben Raum gelocht, gewaschen und geschlafen werden muß, 2. wenn auf eine erwachsene Person weniger als zwölf Kubikmeter und auf ein Kind weniger als sechs Kubikmeter Luft kommen, ohne daß dieser Luftmangel durch aussergewöhnlich gute Ventilation aufgeglüht ist, 3. die auch durch das Gesetz verbotenen Kellerwohnungen und den ebenfalls schon sittenpolizeilich beanstandeten Belag von Schlafräumen. Es sind dies gewiß sehr bescheidene Anforderungen und weit entfernt von den praktisch nicht erreichbaren Utopien, wie solche früher monden Versammlungen und Schriftstellern vorgeschwebt haben. So lange aber sogar diese bescheidenen Anforderungen nicht erfüllt sind, so lange Miethslofen wie die sogenannten Spinnerel, Bitterburg u. a. hier bestehen, so lange auch die kleine Statistik des hiesigen Wöchnerinnen-Klubs, wonach unter 340 Familien 211 Familien nur ein Zimmer hatten, nicht widerlegt ist, so lange ferner die Preise der Arbeiterwohnungen im allgemeinen derart hoch geschraubt sind, daß der Kubikmeter der geringsten, ersten Arbeiterwohnung anderthalbmal so theuer ist, als der Kubikmeter guter, geräumiger Arbeiterwohnungen, so lange endlich der Kubikmeter in den Arbeiterwohnungen überhaupt viel theurer bezahlt werden muß, als in den Wohnungen der Wohlhabenden — so lange ist hier für den Arbeiter Wohnungsnoth vorhanden und ist die Gemeinde nicht nur aus humanitären, sondern auch aus hygienischen Gründen verpflichtet, behend einzuschreiten.

Mannheim ist eine der modernsten und bestgeordneten Städte Deutschlands und hat noch lange keine großstädtischen Verhältnisse: die Schlussfolgerung daraus ist sehr einfach zu ziehen.

Die Landarbeiterfrage auf dem Kongress der russischen Landwirthe. In der Session dieses Kongresses für die Abmilderung des Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Landwirtschaft plachten die Meinungen bestig aneinander. Während ein Theil der Redner über die Unbarmherzigkeit der Arbeiter klage und das Verlangen aussetzte, daß ihnen als Väter Arbeitssicherungen dienen sollen, in welchen die Arbeitgeber ihre Bemerkungen eintragen dürfen, und daß diejenigen Arbeitgeber, die kontraktbrüchige Arbeiter beschäftigen, strafrechtlich verfolgt werden sollen, sagten die anderen, daß ausländische Löhne das beste Mittel seien, sich vor einem Kontraktbruch der Arbeiter zu sichern; zu dem Schutze der letzteren sei eine gesetzliche Versicherung gegen Unfälle, wie auch die Einführung eines Arbeiter-Inspektorates erforderlich. Nachdem die Anekdote der Arbeiter durch Arbeitssicherer mit 79 gegen 58 Stimmen abgelehnt worden, wurde die folgende Resolution angenommen, die das nicht ganz glückliche Resultat eines Kompromisses zwischen beiden in der Session vertretenen Richtungen ist. „Es ist erwünscht, daß Arbeitsvermittlungsbüreaus eingerichtet werden und daß die Beziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter für langjährigen Dienst, wie auch die Alters- und Unfallversicherung für sie eingeführt werden soll; auch ist die Entwicklung von Arbeiter-Arbeitsgenossenschaften zu begünstigen unter der Bedingung, daß die ganze Mittel für den Kontraktbruch eines ihrer Mitglieder haftet.“

Gewerkschaftliches.

Schwammig. Mittheilungen von Organisationen, vor allem solche über Währungs- oder Währungsfragen, müssen sich den Stempel der betrieblichen Organisation tragen.

Zum Streit der Tischler und Hülfsarbeiter in der Dampfmaschinenbauerei des Bauunternehmers Fr. Scheffler in Brandenburg wird uns mitgetheilt: Schon vor vier Jahren, als dieser Betrieb noch handwerksmäßigen Charakter hatte, herrschten dort Verhältnisse, die zu einem Streit führten, der leider an dem farrnen Sinn des Geschäftsinhabers scheiterte. Nachher wurde der Maschinenbetrieb eingeführt. Infolge dessen sanken die Löhne fortgesetzt, so daß sie heute überaus niedrig sind, und das unter der Regie eines Verwalters (Schiltensky), der selber früher hervorragend in der Arbeiterbewegung thätig gewesen ist und seinerzeit sogar den großen Tischlerstreik in Dresden geleitet hat. Ueber die Ursache des jetzigen Streiks wurde in einer Versammlung der Holzarbeiter Brandenburgs folgendes angegeben: Der Bauunternehmer Scheffler, der Bauarbeiten für Berlin liefert, hat durch seinen Verwalter vier Arbeitern befohlen, nach Berlin zu fahren und dort Eisenarbeiten zu verrichten, jedoch zu einem Lohn, der den Arbeitern doch gar zu niedrig erschien, um so mehr, als nicht einmal die sogenannten Montagegelder gezahlt werden sollten. Als nun am 27. Dezember v. J. die Arbeiter reisen sollten, begaben sie sich in das Komptoir und äußerten hier ihre Zweifel, daß in Berlin solche niedrige Preise gezahlt würden. Der Techniker legte ihnen darauf Verträge vor, die Herr Scheffler mit Berliner Eisenwerkern abgeschlossen habe; diese sollten beweisen, daß die Preise, welche man zahlen wollte, den Berliner Preisen entsprächen. Der Vorstand der Brandenburger Filiale des Deutschen Holzarbeiterverbandes erhielt Kenntniß von diesen Verträgen und sandte zwei Kollegen nach Berlin, um die Angelegenheit zu untersuchen. Im Verein mit den Berlinern wurde nun festgestellt, daß es den Brandenburgern unmöglich ist, die betreffenden Arbeiten zu den Preisen, die Herr Scheffler zahlen wollte, auszuführen, weil dabei kaum so viel verdient würde, als zum eigenen Unterhalt der Arbeiter in Berlin nöthig ist. Während der Berliner Tour hätten ihre Familien daheim darben müssen. Außerdem würden die Berliner Kollegen durch die billigen Preise schwer geschädigt worden sein. Herr Scheffler, dessen Allortpreise übrigens noch bedeutend niedriger sein sollen als die in Brandenburg üblichen — die Differenz soll mitunter sogar 50—60 pCt. betragen! — wurde nun um 25—30 pCt. Erhöhung der Preise angegangen. Er wies die im Auftrag der Beisitzer bei ihm vorkommend gewordenen Arbeiter jedoch mit dem Bemerkten ab, daß er sich keine Preise machen lasse; die Beschwerdeführer hätten sowieso ihre Entlassung bekommen. Darauf begann der Streit, an dem, wie schon gestern erwähnt, 13 Mann theilhaftig sind. Die bereits erwähnte Versammlung der Brandenburger Holzarbeiter erklärte sich in einer Resolution durchaus zu gunsten der Brandenburger und gegen die Sachverständigenfirma, die durch ihre Lohnbrücherei den übrigen Firmen eine nicht zu billigende Konkurrenz bereite. Wie üblich, hat Herr Scheffler schließlich den Sach der Polizei erbeten und erhalten; natürlich bewahren die Ausständigen, wie es sich für alle Klassenbewußten Arbeiter schickt, ihre Kaltblütigkeit und hoffen, daß sie durch mühsigen Ausbarrn ihrer gerechten Sache zum Siege verheßen werden.

Aus Wachen wird berichtet, daß die Webererei von Arnoldschall sich infolge Vermittlung der von ihrem ausständigen Personal angerufenen Behörden bereit erklärt hat, den größten Theil der Arbeiter unter ihnen günstigen Bedingungen wieder einzustellen. Es hätten daher am letzten Dienstag 89 von 108 Webern die Arbeit wieder aufgenommen. — In der Fabrik der Gebrüder Wallach ist auf's neue ein Ausstand ausgebrochen. Die Firma hat darauf die Weber entlassen.

Die Schuhmacher Frags rüsten sich zu einem allgemeinen Ausstand, der im Frühjahr unternommen werden soll. Ein Streikkomitee ist bereits ernannt, das an einem neuen Lohnarif arbeitet. In einer von 500 Personen besuchten Schuhmacherverammlung am 6. Januar sprach ein Redner die Befürchtung aus, daß der allgemeine Ausstand vor Abschaffung des Schugelassen-Wesens aussichtslos sei. Die günstige Stimmung für den Streik wurde aber dadurch nicht erschüttert. Die Schuhmachergehilfen glauben ihre Forderungen, die sich auf kürzere Arbeitszeit und höheren Lohn beziehen werden, um so sicherer durchsetzen zu können, als das Erder billiger geworden, die Meister aber die Schuhwaaren zu höheren Preisen weiter verkaufen. Zur besseren Organisation des Ausstandes werden von nun an wöchentlich vertrauliche Versammlungen der Werkstätten-Vertrauensmänner veranstaltet werden.

Eine Versammlung schweizerischer Bierbrauer-Beisitzer, die am 9. Januar in Olten tagte, beschloß in Beziehung auf die Lohnbewegung ihrer Arbeiter für den Fall eines Bierboycotts oder eines Ausstandes energischen Widerstand.

Organisationen schweizerischer Verkehrsangestellter. Die schweizerischen Postkassen haben sich organisiert und wollen wegen Gewährung von Rubetagen bei der eidgenössischen Postdirektion vorstellig werden. Dasselbe haben auch die bernischen Trambahn-Angestellten und Briefträger getan. Auch diese verlangen kürzere Arbeitszeit und mehr Ruhetage und auch mehr Lohn.

Lohnbewegung der schweizerischen Eisenbahn-Angestellten. Auf Einladung des Vorstandes des Eisenbahn-Verbandes sind die Vertreter der schweizerischen Bahngesellschaften in Bern zusammengetreten, um über ihre Stellungnahme zur Lohnbewegung zu verhandeln. In der gleichen Sache findet auch eine Konferenz mit dem eidgenössischen Eisenbahndirektor statt. Danach scheint ein gemeinsames Vorgehen der Unternehmern nach dem Antrage der schweizerischen Eisenbahntätigen Guyer-Jeller nicht durchaus ausgeschlossen. Ein bürgerliches Blatt schreibt zur Lohnbewegung der Eisenbahn-Angestellten: „Es ist überhaupt ein zweifelhaftes Verdienst, gegen eine Bewegung anzukämpfen, die 20 000 Männern, welche sämtlich Kinder des eigenen Landes sind, eine bessere ökonomische Stellung verschaffen soll, indem doch allbekannt ist, daß das, was wir entbehren und uns abverdienen sollen, zum größten Theil ausländischen Börsenspekulanten zu gute kommt.“ Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, wollen wir bemerken, daß dies bürgerliche Blatt in der Schweiz erscheint, die deutsche Bourgeoisie also nicht für diese außerordentlich vernünftige Erklärung verantwortlich zu machen ist.

„Die Gewerkschaften“, sagte der französische Finanzminister Doumer in seiner Ansprache an die Delegirten der Gewerkschaften und gegenseitigen Hilfsvereine von Nizza u. a.: „erschrecken immer noch einige Menschen. Man fürchtet Uebertreibungen, ja selbst Ausschreitungen von ihnen; gewisse Leute scheinen sogar soweit zu gehen, eine Freiheit, die doch notwendig ist, für gefährlich zu halten. Man vergißt zu sehr, daß der Gebrauch aller Freiheiten eine Erziehung und eine Lehrgzeit verlangt, die nicht das Werk eines Tages sind, Irrthümer und Fehler sind im Anfang unvermeidlich, aber sie lassen sich wieder gut machen. Sie sind ein Zeichen der Schwäche. Sie verschwinden in dem Maße, als die Kräfte sich entwickeln. Die Gewaltthätigkeit ist nicht von den Starken zu befürchten; die Starken haben das Gefühl ihrer Verantwortlichkeit; im gleichen Maße, wie sie sich ihrer Rechte bewußt werden, werden sie fähig, ihre Pflichten zu begreifen.“

Ungefähr zur gleichen Zeit, wo diese Nachricht in die Presse kam, konnte man auch lesen, daß in Deutschland einer von den wenigen Männern in der Regierung, die den modernen Arbeiterorganisationen gegenüber verständlich zeigte, Herr v. Rottenburg, seinen Abschied nehmen wird.

Gerichts-Beilage.

Die Beleidigungsfrage, die Frau Lina Morgenstern gegen den Redakteur der „Jugendchristen-Warte“, Redner Paul Ziegler angestrengt hat, kam heute vor dem hiesigen Schöffengericht (Vorstand: Richter Janick) zum vorläufigen Abschluß. Unter dem Titel: „Ein Wort aus berufener Munde“ hatte die „Jugendchristen-Warte“ als Organ der von den Lehrervereinen niedergesetzten Prüfungsausschüsse für Jugendliteratur aus einem vom Dr. Albrecht Göthz zu Jüterburg herausgegebenen Werk „Erziehung und Ausbildung der Mädchen“ einen ganzen Abschnitt abgedruckt. In letzterem wird mit Keulenstößen gegen eine ganze Reihe von Jugendschriftstellerinnen gekämpft, deren Werke als verderblich für die weibliche Jugend verurtheilt werden. Es wird von „Weibern“ und „weiblichen Schmierern“ gesprochen, deren „fabes, phantastisches, süßes und schließlich stümmelndes Geschwätz“ bei der weiblichen Jugend eine leichtsinnige gedankenlose Sinnlichkeit hervorruft, sie zum Hassen und Jagen, nach Genuss, zu Liebesleiden u. dgl. erregt und ein frivoles Spiel mit dem heiligsten Gefühlen des Menschenseins treibe. Derartige Schmierer aus den Reihen der Frauen und Jungfrauen seien der weiblichen Jugend gefährlich, sie huldigten einer verächtlichen Lebensanschauung, man müsse eigentlich die Hilfe der Sittenpolizei gegen sie anrufen, oder sie verdienen, wie jener verächtliche römische Schulmeister der Sage von der verführten Jugend mit Authenbieren aus dem Lande gepreßt zu werden. Zu jenen Schriftstellerinnen wurden namentlich auch Luise Blücher und Lina Morgenstern ausdrücklich gerechnet und bezüglich der letzteren auf ihre Novelle „Liebe und Leid“ (früher „Blüthenleben“ betitelt) verwiesen. — Frau Lina Morgenstern hat wegen der in dem Artikel enthaltenen Beleidigungen sowohl gegen Direktor Göthz, als auch gegen den Redakteur Paul Ziegler die Klage erhoben. Ersterer ist inzwischen vom Schöffengericht zu Leipzig in erster Instanz zu 40 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Der Angeklagte Ziegler bestritt die Absicht der Beleidigung. Als Redakteur eines Organes der deutschen Lehrerschaft, in welchem die schädlichen Jugendschriften-Literatur bekämpft werde, sei es sein privates Recht, ein herbes Urtheil eines berufenen Pädagogen abzugeben. — Frau Morgenstern erklärte dagegen, daß sie sich selbstverständlich der Kritik unterwerfe, dem Angeklagten aber das Recht bestritte, sie persönlich zu beleidigen und als die Trägerin verächtlicher Lebensanschauungen zu brandmarken, gegen die eigentlich der Schatz der Sittenpolizei anzurufen sei. Ihr im Jahre 1899 erschienen Buch „Liebe und Leben“ sei ihre Erstlingswerk und eigentlich eine Selbstbiographie, denn es schildert ihr Vaterhaus und ihre Jugend und habe das Bestreben, die weibliche Jugend zur Sittlichkeit, Selbstbestimmung und Berufstreue anzuspornen. Sie habe gerade infolge dieses Prozesses zahlreiche sympathische Kundgebungen für dieses Buch von Pädagogen und aus den Reihen deutscher Frauen erhalten und überweise dem Gerichte dieselben. Jenes Buch sei auch weder für Schulmädchen oder Backfische, sondern für die reifere weibliche Jugend geschrieben und es sei nicht lokal, im Jahre 1894 mit hartem Beleidigungsgeschütz gegen ein vor dem Gerichte geschriebenes Werk loszugehen. — Als Sachverständiger war der tgl. Regierungs-Schulrath Dr. Wäholdt geladen. Dieser äußerte sich dahin: Es ganze weibliche Jugendschriften-Literatur sei seit 20—30 Jahren ein Spekulationsobjekt geworden und es werde darin in großer Ueberproduktion weit mehr auf den Markt gebracht, als die weibliche Jugend verdauen könne. Solche Jugendschriften, soweit sie Tendenzschriften seien, sollten den Zweck haben, die jungen Mädchen zu selbständigen Persönlichkeiten herauszubilden und ihnen zu zeigen, daß sie im Leben noch andere als gesellschaftliche Pflichten zu erfüllen haben. Er

Sei deshalb ein Gegner der herrschenden Richtung, der sogenannten Pädagogik-Literatur. „Liebe und Leid“ enthalte nun aber lediglich eine Liebesgeschichte zwischen einem eben erst der Schule entwachsenen Mädchen und einem polnischen Flüchtling. Es werde lediglich von Liebe gesprochen und das Liebesleben zwischen den beiden jungen Leuten dargestellt, während die neuere Richtung dieser Literatur den jungen Leserinnen ernste Hinweise auf ernste Lebensfragen giebt. Auser einigen Stellen, in welchen von Frauenpflicht und Frauenwürde die Rede sei, habe er in dem Buche der Mägenin ähnliches nicht gefunden. In einer ganzen Anzahl von Stellen wurden allerdings auch moralische und Sittengesetze aufgestellt, aber der Verfasserin sei es nicht gelungen, diese in die Charaktere zu verweben. Verächtliche Lebensanschauungen der handelnden Personen zeigen sich nicht, andererseits aber müsse er doch sagen: auf Mädchen, die eben ins Pubertätsalter treten, könne ein Buch, welches auf 2-300 Seiten fortgesetzt von Liebe rede, verwirrend wirken. Er könne auch nicht leugnen, daß er manche scharfe, sühliche Reueherung herausgefunden habe. In den aufgeführten moralischen Sätzen finde zweifellos ein sittlicher Ernst, er vermisse aber die einfache, gesunde, seltsame Frömmigkeit. Was die Bestrebungen der Ausschüsse zur Kritik der Jugendliteratur betrifft, so seien diese an sich sehr verdienstlich. — Auf eine Frage des Rechtsanwalts Gebhardt gab der Sachverständige zu, daß das Buch ganz in dem Rahmen der damals herrschenden Anschauungen sich halte. Tomols hatte die Literatur für die weibliche Jugend immer etwas Weiches, Episches, Sentimentales an sich. Die von ihm bevorzugte neuere Richtung sei erst neuen Datums. Frau Morgenstern belächelt einzelne Ausführungen des Schulraths und hat wiederholt darum, ihr in dem Buche auch nur einen einzigen Satz zu zeigen, der als „unsittlich“ oder „verderblich“ gelten könnte. — Als zweiter Sachverständiger trat Prediger Richter-Mariendorfer auf. Dieser erklärte es für ungedauerlich und unverantwortlich, daß gebildete Leute, die Edeles anstreben, eine Frau wie die Mägenin, die Jahrzehnte hindurch betriebe sei, das weibliche Geschlecht für den Ernst des Lebens tauglich zu machen, mit beleidigenden Ausdrücken persönlich heranzuschauen. In Herrn Gebhardt's Buch würden 49 hervorragende Schriftstellerinnen als „Schmererinnen“ an den Pranger gestellt, gegen welche die Sittenpolizei eigentlich schützen müßte. Die in jener Kritik enthaltenen Andeutungen gegen die Mägenin seien unzulässig, ganz unverdient und einfach der Sache unwürdig. — Nachdem Rechtsanwalt Gebhardt für die Mägenin, Justizrath Winterfeldt für den Beklagten und dieser noch selbst gesprochen, erging das Urtheil dahin, daß der Angeklagte zu 150 M. Geldstrafe zu verurtheilen und der Mägenin die Publikationsbefugnis zurückzuziehen sei. Ton und Inhalt des Urtheils deute auf die beleidigende Absicht hin, das abgegebene Urtheil sei ungut, für eine solche Kritik biete nach Ansicht des Gerichts das Betr. Buch nicht den geringsten Anlaß. Die Kritik müsse vor der persönlichen Ehre anderer Personen Halt machen und nur mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte von kretalen Stieben befreit sei, habe der Gerichtshof von einer empfindlichen Freiheitsstrafe abgesehen.

Wie man wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt wird. Ein ganz eigenartiger Fall von Majestätsbeleidigung gelangte am 9. d. M. zur Kenntnis des Reichsgerichts. Das Landgericht Chemnitz hat am 15. Oktober v. J. den Altstädter Franz Otto Weinig aus Hartmannsdorf bei Burgstädt wegen Beleidigung des deutschen Kaisers zu sieben Monaten Gefängnis verurtheilt und außerdem auf Eingziehung der zu der Beleidigung benutzten Kaiserbriefe erkannt. Der Angeklagte hatte an sein Wohnhaus für sein Pferd einen Stall angebaut und über diesem Stalle ein Schloßzimmer für sich und seine Familie angebracht. Auf ein vorstehendes Gemälde des Pferdeshalles hatte er die Wüste des Kaisers gezeichnet, die er vor einer Reihe von Jahren einmal erworben hatte. Der Amtshauptmannschaft nachschickten diese Zeichnung unziemlich und sie veranlaßte Weinig, die Wüste herunterzunehmen. In der Auffassung der Wüste und in verschleierten Reueherungen, die jedoch eine direkte Beleidigung des Kaisers nicht hatten, ist vom Landgericht die Majestätsbeleidigung erklart worden. Daß der Angeklagte Sozialdemokrat wäre, wie behauptet worden war, konnte nicht festgestellt werden. Das Gericht erklarte in der Auffassung der Wüste über dem Pferdeshalle eine verächtliche Kundgebung, eine Verhöhnung und Verunglimpfung, nicht eine Ehrung des Kaisers, wie der Angeklagte behauptete. „Dazu kommt“, heißt es u. a. im Urtheil, „die Äußerung des Angeklagten und seine mindestens verdächtige politische Stellung“. — In der Revision des Angeklagten wurde bestritten, daß in der Auffassung der Wüste schon eine Majestätsbeleidigung gefunden werden könne. Auch die Eingziehung der Briefe sei ungerechtfertigt. — In diesem letzten Punkte trat der Reichsanwalt der Revision bei. Auf Eingziehung habe nicht erkannt werden dürfen, da die Wüste nicht das Bildwerk, sondern das Objekt resp. Substrat der Beleidigung gewesen sei. — Das Reichsgericht erkannte auf Aufhebung des gesammelten Urtheils und verwies die Sache an das Landgericht Leipzig. In der Begründung wurde dem Zweifel Ausdruck gegeben, ob das Landgericht Chemnitz sich des Unterschiedes zwischen Verletzung der Ehrerbietung und Beleidigung im gewöhnlichen Sinne bewußt gewesen sei.

Nahrungsmittelverfälschung en gros. Wegen Nahrungsmittelverfälschung wurde am 9. Januar vom Landgericht Leipzig der Inhaber der Firma Nötting u. Komp., Landesprodukte und Kolonialwaaren en gros, Kaufmann Traugott Franz Oskar

Nötting zu einem Monat Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe event. weiteren 100 Tagen Gefängnis verurtheilt. Nötting hat nach der Beweisnahme von Oskar 1896 bis zum November 1896 folgende Gewürze veräußert: Pfeffer mit 8-10 pCt. Stielen, 10-12 pCt. entöltem Reis, Palmkerne, Rohndrüsen, gestohene Pfenzen und Frankfurter Schwarz (Riß); Nelken mit 8 1/2 pCt. entöltem Nelken und Nelkenstiele, Zimmt mit Abfällen von geringerem Zimmt, Zucker und Zitronensäure; Saffran, der 80 Mark pro Kilo kostet, mit 30 pCt. Safflor — wilden Saffran — und gelbem Oker; Ingwer mit 50 pCt. entöltem Ingwer; Pfeffer oder Neue Würze mit 25 pCt. entöltem Pfefferkörnern und Nelkenstiele, Mustardblüthe mit wertlosen Bombopflüthen, Zwieback mit Paniermehl. Diese Gewürze wurden im gemahlten Zustande verkauft. Korriander, Anis, Kümmel und Fencheltörner hat er durch Zusatz von entöltem Gewürzen gleicher Gattung gefälscht. 1890 und 1891 hat er aus alten Birnen, Pflaumen und Beigen Pflaumenmus hergestellt; da dies rötlich aussah, wurde es mit Ruß geschwärzt und als prima türkisches Pflaumenmus verkauft. Die gefälschten Gewürze hat er an Kleinhandlung als „präparierte“ Gewürze verkauft, das Publikum blieb selbstverständlich hierüber im Unklaren. Nötting entschuldigt sich damit, daß er nur das gethan habe, was in allen Geschäften gleicher Branche gethan werde. Die Verurtheilung erfolgte nur für die in den letzten fünf Jahren verübten Fälschungen, weil die vor dieser Zeit verübten Fälschungen verjährt waren.

Verfassungen.

In einer Volksversammlung des 2. Kreises, die am 9. d. M. im Lokal des Igshof tagte, sprach Genosse Antrich in einem 2 1/2 stündigen Vortrag über die gegenwärtige politische Lage. Er gab in großen Zügen ein Bild der politischen Situation des Jahres 1878, schilderte die Kampfweise, die die damalige Regierung gegen unsere Partei anwandte, und verglich dann die heutige Situation mit der von 1878, die auffallende Ähnlichkeit beider betonend. Wie indessen das Ausnahmegesetz nicht im Stande gewesen sei, die Sozialdemokratie zu vernichten, so werde man auch mit der jetzt beliebten Kampfweise, die in der Schließung der Organisation, der Anwendung vorwiegender Rechts u. s. w. bestehe, unsere Partei nicht aus der Welt schaffen. Redner schloß mit einem warmen Appell an die Anwesenden, trotz aller Drohungen und Verfolgungen fest zu einander zu stehen. Hieraus wurde die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

In einer Volksversammlung des 6. Wahlkreises, die am Donnerstag im Puhlmann'schen Salon für die Schönhäuser Vorstadt abgehalten wurde, sprach Genosse Timm unter lebhaftem Beifall über das Thema „Die Sozialdemokratie im Kampfe mit der Regierung“. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten durch Nötting wirkungsvoll ergänzt. Augustin, Wagner und Koopmann forderten noch die Parteigenossen auf, für regeren Besuch der Versammlungen Sorge zu tragen. Eine Resolution, wonach sich die Versammlung mit den Ausführungen Timm's einverstanden erklärte und es den Genossen zur Ehrenpflicht macht, für weitere Verbreitung des „Vorwärts“ zu wirken, wurde einstimmig angenommen. Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie ging die Versammlung auseinander.

Vom Vertrauensmann der Lederarbeiter waren alle in der Lederfabrikation beschäftigten Arbeiter zum 9. Januar zu einer öffentlichen Versammlung nach Uhlis' Lokal in der Badstraße berufen. Es galt darüber Beschluß zu fassen, welche Maßnahmen zu ergreifen seien gegenüber der Aussperrung der Kollegen bei der Firma D. Römer in Pantow. Nötting, der dort beschäftigt gewesen, schilderte den Vorgang so: In der Römer'schen Fabrik waren 46 Arbeiter beschäftigt, die angeblich wegen Arbeitsmangels sämtlich am 2. Januar entlassen wurden. Der eigentliche Grund sei aber Revanche der Firma für den vorjährigen Streik. Von den 46 ausgesperrten seien 36 organisiert; 3 wären abgereist und 2 anderweit in Arbeit getreten. Bedauerlicherweise hätten am 9. Januar 15 der Entlassenen wieder bei Römer angefangen, ohne dem dingenden Anrathen Oscher's zu schenken, wonach sie den Versammlungsbeschlus abwarten sollten. Von diesen 15 gehörten 11 erst seit ganz kurzer Zeit der Organisation an; außer ihnen seien 4 oder 5 vorher nicht in der Fabrik beschäftigt gewesen, (nicht organisierte) Arbeiter bei Römer in Arbeit getreten. Unter solchen Umständen könne die Fabrik ihren Betrieb fortsetzen. Der Vertrauensmann Antrich fügte ergänzend hinzu, daß die Aussperrten ihm gleich am folgenden Tage von der Entlassung Mitteilung machten. Seiner Pflicht gemäß habe er mit den Firmeninhabern zu vermitteln gesucht, was jedoch gänzlich resultatlos geblieben wäre. Der Vertreter der Firma, Herr Eichholz, habe Arbeitsmangel als Grund der Entlassung vorgebracht; daß alle Arbeiter entlassen wurden, sei geschehen, um Reibereien zu vermeiden; nötig sei nur die Entlassung eines Theiles gewesen. Auf weitere Vorstellungen habe Herr Eichholz erklärt, daß, wenn die Arbeiter wieder kämen, er dieselben, die ihm gefielen, wieder einstellen würde. Gegenüber der Vermuthung, daß es sich hierbei wohl darum handeln solle, den Lohnsatz nicht inne zu halten, habe Herr Eichholz geäußert, er sei nicht der Mann, der sich von seinen Arbeitern Vorstrafen machen lasse. In seiner Fabrik wolle er Herr im Hause sein. Im Sommer hätten die Arbeiter gestreikt, jetzt würden sie (die Firmeninhaber) einmal heikel sein; im übrigen gefalle ihnen der Geist der Leute durchaus nicht mehr, sie seien viel zu „led“ geworden. Außerdem sei

Deutschland groß und es gäbe Arbeiter genug darin; Herr Strinlein sei mit seinen Maßnahmen ja auch ganz gut gefahren. So der Vertreter der Firma. Thatsache sei, daß die Aussperrung schon längere Zeit vorbereitet gewesen wäre, denn schon seit Wochen sei nichts mehr eingespart worden. Dadurch, daß jene 15 Arbeiter wieder angefangen haben, sei eine Einwirkung auf die Verhältnisse der Römer'schen Fabrik vorläufig ausgeschlossen. In der Diskussion wurde das Verhalten der 15 Arbeiter vielfach scharf getadelt, ferner wurde die Arbeiterfreundschaft, die der Firmen-Inhaber bei der vorjährigen Feier des hundertjährigen Bestehens der Fabrik zur Schau trug, mit der Aussperrung in Vergleich gebracht. Schließlich nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, worin zunächst gesagt ist, daß die Firma D. Römer-Pantow die Aussperrung der Arbeiter dazu benutzte, den vereinbarten Lohnsatz zu durchbrechen und sich in jeder Hinsicht gefügige, unterwürfige Arbeiter zu schaffen. Dann heißt es weiter: „Die Versammlung erklärt es als eine verkehrte Sache, Maßnahmen zu ergreifen, die dazu angethan sein könnten, die früheren Lohn- und Arbeitsverhältnisse wieder herzustellen, da fast die Hälfte der arbeitslosen Kollegen die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen haben. Die Versammelten verurtheilen die Handlungsweise dieser Kollegen, die die Bedeutung der Organisation noch nicht begriffen haben, auf das Entschiedenste; sie erblicken darin eine Schädigung der übrigen Kollegen und eine Verletzung des Solidaritätsgefühls. Die Versammelten halten es für ihre moralische Pflicht, die Opfer der Aussperrung zu unterstützen und erklären, unentwegt für Aufklärung und für die Organisation weiter zu agitieren.“

Am Schluß stimmte man einem Antrage zu, wonach die drei Strasser'schen Gemäße, welche noch diese Woche unterstellt werden sollen.

In der hiesigen Zählstelle des Zentralverbandes der Zimmerer hielt Genosse Timm einen lehrreichen Vortrag über die Lage der arbeitenden Klassen Deutschlands. Nötting theilte dann u. a. folgenden Vorkommnisse mit, daß sich auf der Gewerbenaußstellung zugetragen habe. Wie es an den Vorabend der drei großen Feste üblich sei, hätten am Weihnachtseabend die bei einer Altengemeinschaft arbeitenden Zimmerer zwei Stunden früher als sonst Feierabend gemacht. Der Polier sei nicht zu finden gewesen. Der Bauarbeiter, der hinzu gekommen wäre und sie gefragt habe, warum sie schon Feierabend machten, da bei den anderen Firmen doch auch noch gearbeitet würde, sei mit der Erklärung, daß der frühzeitige Feierabend so üblich wäre, zufrieden gewesen. Der Polier, der inzwischen gekommen, habe sich aber gegen die Zimmerer Redensarten erlaubt, die nicht wiederzugeben wären. Am dritten Feiertag hätten dann 11 Mann wegen des früheren Aufhörens Feierabend bekommen. Der Redner bemerkte, daß die übrigen Zimmerer sich wenig um diese Maßregelung gekümmert und ruhig weiter gearbeitet hätten. Nötting theilte mit, er habe bei derselben Firma angefangen. Der Polier habe ihm erklärt, die Gesellschaft habe eine eigene Krankenkasse, der jeder ihrer Arbeiter angehören müsse. Es seien ihm ebenfalls Beiträge abgezogen worden. Nun sei ihm ein Unfall am Auge passiert; der Polier wäre nicht zu finden gewesen, und auf der Unfallstation habe man ihm gesagt, er solle nach Hause gehen. Jetzt habe er erst dreimal nach seinen Krankenkassenschein schreiben müssen (das der Zentral-Krankenkasse sei seinerzeit auch einbehalten worden); endlich seien die Bücher angekommen. In seinem Erlaunen habe er erfahren, daß die „eigene“ Kasse, von der der Polier gesprochen, die Meyer'sche Orts-Krankenkasse war, und deren Revidant habe ihm auf seine Anfrage nach dem Krankengeld erwidert: Was er eigentlich wolle? Er sei freiwilliges Mitglied und habe erst in sechs Wochen Anspruch auf Krankengeld. Wie er behauptete, daß bei der Firma Friedrich Maurer- und Zimmermeister, Stargarderstraße) auf der Ausstellung auch Sonntags gearbeitet werde. Am Schluß erörterte die Versammlung innere Vereinsangelegenheiten.

Arbeiter-Bildungsschule. Wegen des heute Abend in Keller's Pension, Koppenhofsche 23 stattfindenden Stiftungsfestes fällt der Unterricht in beiden Schulen aus.

Landverein der Uhrmacher und verwandter Berufsgenossen Berlin und Umgebung. Sonnabend abends 9 Uhr ordentliche Generalversammlung im Lokal von Ring u. Co. Alle Tafelbesitzer. Vortrag des Genossen Timm über: „Historien Genet.“

Theater- und Vergnügungsverein „Corragona“. Sonntag abends 4 Uhr Sitzung im Lokal des Herrn G. Dr. hier, Garnstr. 16.

Gesellschaft „Gymn“. Sonntag, den 12. Januar 1896, abends 7 Uhr, Jubiläum. 199 bei Kleghof. Nach der Sitzung Adellied.

Privat-Theater-Verein „Gymn“. Sonntag abends 6 Uhr Sitzung bei Schirmer, K. Koppenhofs 1. Besprechung über den nächsten Wackentball. Nachher Adellied.

Studenten-Verein. Heute Abend 9 Uhr Reichshofstraße 16 General-Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Arbeiter-Bildungsschule. Im letzten Halbjahr 1895 gingen ein: Gesamt: Matinee-Überlauf des Bes. Vereins Wackerlichkeit 10.—, Dr. Hoffmann zum Sommerfest 5.—, Personal vom „Vorwärts“ 10.—, Nordschule, Bierdorf, Pichelsdorf 1.80, Nordschule, Pichelsdorf 1.15, Schule 20.—, L. in E. 100.—, Arthur Wittschow 65.—, Amerik. Aktion einer Celsardine bei Streit 4.35, Gefangenen „G. f. f. f.“, Norden, 10.—, 2 Mitgl. der „Freien Volksbühne“ —75. Einport 3.—, Köttcher 5.—, Überausch der Teller-Sammlung der Kr. K. Ver. von 2 Böwe durch Hübelsmeyer 8.—, Müller 200.—, Teller-Sammlungen: bei Grindel 16.60, bei Keller 6.60, bei Cohn 4.25, im Wedding-Fest 3.35, in Sal.-Ost 9.80, bei Grindel 9.20, bei Holz 16.90, im Kolberger Fest 11.80, Summa 704.25. Dankend quittirt für den Vorstand: G. Adwig, Kassier, Pichelsdorf, 30.

Heberall
Packets à 10 Pf.
mit ca. 200 Gr.
Inhalt.

Man prüfe alles und behalte das Beste!

Heberall
Packets à 10 Pf.
mit ca. 200 Gr.
Inhalt.

Volks-Kraft-Kaffee

ist vermöge seiner gesundheitsvollen Bestandtheile, seiner Billigkeit und seines Wohlgeschmacks

der beste Kaffee-Ersatz.

Volks-Kraft-Kaffee

nimmt dem indischen Kaffee seine schädlichen Wirkungen und ist durch diese und seine sonstigen hervorragenden Eigenschaften auch

der beste Kaffee-Zusatz.

Keine Hausfrau möge es unterlassen, mit dem Volks-Kraft-Kaffee einen Versuch zu machen, der Erfolg wird es reichlich lohnen!
Weitere Niederlagen werden vergeben durch die

Hauptniederlage von A. Glaeser, SW. 47, Wartenburgstraße 28,
Fernsprech-Anschluß Amt VI. 2177.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Sonntag, den 12. Januar 1896, vormittags 10 Uhr, bei Keller (großer Saal), Koppenstr. 29:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

Beschlussfassung über die zu stellenden Forderungen.
Jedes Mitglied ist verpflichtet zu erscheinen. **Mitgliedsbuch legitimiert.** Die Ortsverwaltung.

Die Zahlstellen des Verbandes befinden sich:

Für den Norden:
Ruppinerstr. 44 bei Raabe.
Treschowstr. 24 bei Schmidt.
Bohringerstr. 67 bei Dieke.
Schwedterstr. 31 bei Liske.
Müllerstr. 7a bei Kleinert.
Bergstr. 80 bei Hilgenfeld.
Thurnstr. 83 bei Holzbacher.
Sirkenstr. 28 bei Buge.

Für den Osten:
Friedrichsbergerstr. 19 bei Winkelmann.
Blumenstr. 38 bei Wiedemann.
Frankfurter Allee 90 bei Zabel.
Koppenstr. 47 bei Lorenz.
Langestr. 65 bei Tempel.
Sandberger Allee 27a bei Lange.

Für Süd-Ost:
Cuvyrstr. 25 bei Erbe.
Ritterstr. 123 bei Stramm.
Raumnstr. 86 bei Streit.

Grünauerstr. 3 bei Golz.
Görliger- und Sorauerstraßen-Ecke bei
Tolkdorf.
Pücklerstr. 55 bei Schilling.
Dieffenbachstr. 31 bei Gauls.
Manteuffelstr. 69 bei Brödenfeld. (Daselbst befindet sich auch die Bibliothek der Drechsler.)
Königsplatzstr. 194 bei Reichert. (Daselbst werden täglich abends Beiträge entgegen genommen.)

Für den Westen:
Eisenauerstr. 35 bei Rosse.
Culmstr. 36 bei Raumann.
Welle-Müncenplatz 6 bei Hilscher.

Für Friedrichsberg:
Friedrich-Karlstr. 11 bei Heinicke.

Für Rummelsburg:
Kant- und Türschmidtstraßen-Ecke bei Schröder.

Jeden Sonnabend: Zahlabend.

Alle Werkstatt-Angelegenheiten sind zu melden bei dem Koll. Wiedemann, Innenstr. 39, auf dem Arbeitsnachweis, oder an den Vorsitzenden der Werkstatt-Kontrollkommission, Kollegen Granert, Manteuffelstr. 64.

Verband der in Buchbindereien,

der Papier- u. Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäftigt. Arbeiter und Arbeiterinnen.

Sonntag, den 12. Januar 1896, im Königstadt-Casino, Holzmarkt-Strasse 72:

Anatomischer Vortrag des Naturarztes Hrn. D. Grundmann über: „Ein Blick in das Innere des Menschen.“ (Mit Experimenten an einer lebensgroßen Figur.)

Nach dem Vortrag: Gemüthliches Beisammensein und Tanz. Anfang des Vortrages pünktlich 6 Uhr. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. — Gäste willkommen. 24/16

Verband der Möbelpolirer.

Versammlung

am nächsten Montag, abends 8 Uhr, Badstraße Nr. 12.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Kurth. 2. Bericht vom 4. Quartal. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, die Kontrollkarten für das Jahr 1895 auszufüllen und heut Abend in den Zahlstellen oder morgen Sonntag, vormittags 10 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29, mitzubringen; daselbst findet eine öffentliche Versammlung statt. (Siehe Inserat von gestern.)
Ferner laden wir die Kollegen sowie Freunde des Verbandes zu dem am 25. d. M. bei Rieft, Weberstr. 17, stattfindenden Maskenball ein. Herren 50 Pf., Damen 25 Pf.
Der Vorstand.

Grosse öffentliche Glasarbeiter-Versammlung

für Stralau-Rummelsburg u. Umgeg.

am Sonntag, 12. Januar, nachm. 1 Uhr, bei Bowninkel, Rummelsburg, Hauptstr. 83.

Tages-Ordnung:

1. Die Vorlage des Gesetzentwurfs betreffend den unlauteren Wettbewerb im Reichstag und seine Wirkung auf die Glasarbeiter, wenn derselbe Gesetz wird. Referent Reichstags-Abgeordneter Georg Horn (Eddtau). 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vertrauensmann. 73/5

Fachverein d. Musikinstrumenten-Arbeiter

General-Versammlung

am Montag, 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Oranienstr. 51.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1895. 148/18
2. Ergänzungswahlen der Kommissionen.
3. Jahresbericht des Vorstandes und der Kommissionen.
4. Vereinsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
Mitgliedsbuch legitimiert.
NB. Die Kollegen werden ersucht, mit den Ratinee-Billets und den Streichlisten abzurechnen.

Achtung.

Lithographen, Steindrucker

und Berufsgenossen (Präger und Prägerinnen) Berlins.

Große öffentliche Versammlung

am Montag, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Hoffmann, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn A. Hoffmann über: Glaube und Vernunft.
2. Diskussion. 3. Der internationale Kongress der Lithographen, Steindrucker und verwandter Berufe in London 1896 und die event. Beschickung desselben.
4. Bericht und Neuwahl des Vertrauensmannes zur Gewerkschaftskommission.
5. Verschiedenes.
An anberacht der Wichtigkeit der Versammlung ersucht um zahlreiches Erscheinen
Der Einberufer.

Achtung! Kaufen Sie nur echte Brautweine, alten Nordhäuser, Cognac, Rum, Arrak. q. J. Engelke, Neue Jacobstr. 26. Kleinverkauf von 10 Pf. ab. 42452

Künstl. Zähne schmerzlos eingeseht, feinstehend. Reparaturen sofort. Weniger Bemittelte Ermöglicht. Kreslawski, Spittelmarkt 13

Verband d. Sattler u. Tapezierer.

Versammlung

Sonntag, den 11. Januar, bei Meier, Müllerstr. 7. 158/4 Die Ortsverwaltung.

Allgem. Kranken- u. Sterbefälle der Metall-Arbeiter.

(E. S. 29) Hamburg, Filiale 1.

Mitgliederversammlung

Sonntag, den 12. Januar 1896, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokal Jubel, Lindenstr. 106. Tagesordnung: 1. Kassenbericht der Monate November u. Dezember. 2. Neuwahl eines Bevollmächtigten. 3. Verschiedenes. [119/2]
Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht. Mitgliedsbuch legitimiert!
Die Ortsverwaltung.

Kranken- und Begräbnisfälle der Buchbinder

u. verwandter Berufsgenossen zu Berlin. (E. S. Nr. 24.)

Sonntag, den 13. d. Mt., abends 8 1/2 Uhr.

Generalversammlung

im Englischen Hof, Neue Noßstr. 3. Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht pro IV. Quartal 1895.
2. Jahresbericht pro 1895. 3. Bericht des Vorstandes. 4. Entschädigung der Revisoren laut § 27 des Statuts.
5. Wahl eines Revisors. 6. Vortrag des Herrn Dr. med. Paul Bernstei u über: Rathschläge für gesunde und kranke Tage. 7. Kassenangelegenheiten.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich. 24/17
Fr. Freudenreich, Bruno Gröblicher, Vorsitzender, Kassirer, Wismanstr. 18 I. Wasserthorstr. 14 I. 2.

Rixdorf.

Buchdrucker- und Schriftgiesser-Verein

für Rixdorf - Britz. Sonntag, 12. Januar, vormitt. 11 1/2 Uhr, in den Victoria-Sälen, Hermannstr. 49:

Versammlung.

Tagesordnung: 35/6
1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Herrn Börte. 3. Diskussion und Verschiedenes.
Sämmtliche Buchdrucker und Schriftgiesser Rixdorfs sind hierzu eingeladen.
Der Vorstand.

Aufforderung!

Der Hutmacher Emil Kasten, Berlin, Wühlstr. 59a III wohnhaft, wird hierdurch aufgefordert, das ihm nicht gehörende, von ihm zurückgehaltene Eigenthum des Vereins innerhalb 8 Tagen bei Streit, Raunynstr. 86, abzuliefern. 21246
Arbeiter-Zitherverein Einigkeit.

Jede Uhr

repariren u. reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gelingen nur 1 M. 50 Pf. außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Becker, alle Arten Ketten, sowie Brillen und Pincenez.
Carl Lux, Uhrmacher, 35, Chaussee-Strasse 35.

Möbel u. Polsterwaaren, reelle Waare empf.

Franz Tutzauer, Tischlermeister, [89618] Berlin SW., Gläcker-Strasse 14.

Herrenhüte 1,00,

Mustersachen 0,75, neueste Façons, das verkauft III Fabrikomptoir Barnimstrasse 45, Müllerstrasse 12 c, I. Geöffnet Sonnabend bis 10 Uhr, Sonntag bis 2 Uhr. [17626]

Achtung! Künstl. Zähne v. 3 M. an, 2theilig, wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Herstdbten bei Bekehrung umsonst. Gunkel, Kaufmännischer Platz 2, Gieselerstr. 12

Ein flottgehendes Grüntraum-Geschäft ist mit Waarenbestand und Drehmühle krankheitshalber billig zu verkaufen. 2108b
Panfow, Drehmühlstr. 6.

Achtung! Kein Laden. Kontroll-Schuhmarke. Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Bfd. 60 Fig. 42611*
S. F. Dinslage, Kottbusserstr. 4, Hof part.

Reell und billig

kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Bitschke, gegründet 1872, Skalfingerstr. 13, Ecke Admiralstrasse, am Kottbusser Thor. 42705*

Achtung! Charlottenburg. Achtung!
Sonntag, 12. Januar, vorm. 10 Uhr, in Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39:

Grosse öffentliche Versammlung aller Gewerkschaften.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Gewerkegerichts-Wahl. Referent Genosse Faber. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Das Wahlkomitee. 204/12

Rixdorf.

Sozialdemokratischer Verein Vorwärts.

Dienstag, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Kummer, Berlinerstraße 55:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten E. Wurm: Entsehung der kapitalistischen Produktionsweise. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Bericht des Vorstandes und des Bibliothekars. 5. Vereinsangelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert. 282/11
Die Mitglieder werden auf § 8 Abs. b aufmerksam gemacht.
Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
Der nächste Theaterabend findet Sonntag, den 26. Januar, statt.

Belle-Alliance-Theater

Sonntag, 12. Januar 1896, nachmittags 3 Uhr: Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk.

Einmalige Aufführung:

Die Räuber.

Dramenstück in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.

Karl Moor . . . Wida Preger (Stadttheater in Nürnberg).
Franz Moor . . . Julius Türk.
Kosinsky . . . Carl Wesselsky (Stadttheater in Hamburg).
Amalie . . . Hedwig Margot.
Schweiger . . . Ernst Giesfeld (Nationaltheater).

Karten à 60 Pf. sind in den bekannten Geschäften zu haben.

Beginn der Verlosung und Eröffnung der Kasse 2 Uhr. Sonntag, 19. Januar: Außerhalb der Gesellschaft. (Novität!)

Große Berliner Schneider-Akademie

Berlin C., Noth'sches Schloß nur Nr. 1.

Seit 1880 in denselben Räumen. Gröste und besuchteste Fachschule, garantiert gründlichste theoretische und besonders praktische Ausbildung in der Herren-, Damen- und Wäsche Schneider. Neue Kurse am 1. und 15. jeden Monats. Unentgeltlicher Stellennachweis. Prospekte gratis. Lehrbücher zum Selbstunterricht. Man beachte genau unsere Firma u. Hauszugang: nur Nr. 1. 4138L* Die Direktion (früher Kuhn).

Arbeiter  **Parteigenossen!**

Hüte **O. Gerholdt**

4120L* mit **Kontrollmarke** **Dresdener-Strasse Nr. 2** (am Kottbusser Thor).
Größtes Lager in Sonnen- und Regenschirmen.

Bekanntmachung.

Von Montag, den 13. Januar ab kommen bis auf weiteres Alexanderstr. 34, part. links, die mir zum Verkauf übergebenen 500 Duzend Damen-Unterröcke in Melken, reinwollenem Tuch u. Seide mit Flanellfutter zu fabelhaft billigen Preisen zum schleunigen Verkauf.
Der Verkauf findet nur von 9-1 vormittags und 3-7 nachmittags statt
D. Freund, Agentur- und Kommissions-Geschäft.

Herren-Hüte 75 Pf.

(Ruhersachen) 40478*
Nur neueste Façons, extra prima Qualitäten, giebt zu enorm billigen Preisen ab
Die Fabrik
im Comptoir im Comptoir
Grüner Weg 2, I. Koppenstr. 56, I.
im Comptoir
Reichendergerstraße 166.
Geöffnet bis abends 9, auch Sonntags.

Fernrohr per Stück 3,20 Mark

mit 4 Gläsern und 3 Auszügen.

Starke Vergrößerung unter Garantie!

Jedes Fernrohr, welches nicht gefällt, nehmen per Nachnahme retour.

Preis-Katalog versenden an jedermann gratis und franco.



Gesandtes Fernrohr hatte ich gleich Gelegenheit zu prüfen und musste ich staunen, wie es Ihnen möglich, ein solches Instrument für nur 3,20 Mark liefern zu können. Viele derartige Altsysteme sind oft übertrieben, aber hier herrscht die reine Wahrheit, und kann ich mich nur den Urtheilen der Herren, welche der Katalog aufweist, anschließen. (gez.) W. Arndt, Münster (Westf.), Badstr. 17. Registrierungs-Kantonssekretär.

Adresse: Kirberg & Comp. in Gräfrath bei Solingen.

Carl Schindler,

Chausseestr. 55 (Liköre, Cognac, Rum, Ungarweins etc.) Amt 11 8917
Empfehle alten Nordhäuser Str. 31 I M., 5 Fl. 4,80 M., 10 Fl. 9,10 M.